BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Mai 1963 DM 2,50
Postverlagsort Köln - G 1800 E

INHALT

- Chronik des Monats April 1963 S. 329
- Berichte und Kommentare S. 332

- Die Lage:
  Dr. Achim v. Borries:
  Konkurs in Raten S. 343

- Karl Graf von Westphalen:
  Zur Friedensenzyklika
  Papst Johannes' XXIII. S. 350
- Dr. Arno Klönne:
  Ein Marsch der Vernunft S. 353
- Dr. Richard Werner:
  Kennedys neue Experimente S. 356
- Walter Grab:
  Zur Frage der deutschen
  Raketenexperten in Ägypten S. 361
- Manfred Forster:
  Das Sozialpaket (I) S. 364
- Kurt R. Grossmann, New York:
  Ein Mensch allein. Zum 25. Todestag
  von Carl von Ossietzky S. 369
- Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim:
  Ursachen, Charakter und Wirkungen
  des Nationalsozialismus (II) S. 376
- Günter W. Smirr:
  Aspekte einer geistigen
  Machtergreifung S. 383

- Aus der Wirtschaft S. 388

- Anmerkungen, Glossen, Zuschriften S. 392

- Buchbesprechungen S. 396

- Dokumente zum Zeitgeschehen
  (u. a. Auszüge aus der Enzyklika
  „Pacem in terris") S. 402

HERAUSGEBER:

Hilde Bentele
Franz Beyer
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Manfred Pahl-Rugenstein
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

VIII. Jahrgang Heft 5

Vorgesehen sind u. a.:

Wolfgang Baranowsky:
Kybernetik

Vera Eliashiv, Tel Aviv:
Zum israelisch-arabischen Verhältnis

Prof. Dr. Emil J. Gumbel, New York:
Reiseeindrücke aus Südostasien

Prof. Seymour Melman, New York:
Der Sättigungsgrad der Rüstung

Felix Molitor:
Restauration und Reaktion in westdeutschen Geschichtsbüchern

Prof. Dr. Anton Neuhäusler:
„Pacem in terris"

In den letzten Heften u.a.:

UN-Generalsekretär Sithu U Thant:
Die Ost-West-Beziehungen und die Vereinten Nationen (1/63)

Prof. Dr. jur. Werner Maihofer:
Pressefreiheit und Landesverrat (1 u. 2/63)

Rechtsanwalt Heinr. Hannover:
Zur Frage einer Notstandsverfassung (1 u. 2/63)

Dr. Hermann Rauschning:
Die Strukturkrise der westlichen Allianz (3/63)

Oreste Rosenfeld, Paris:
Die Außenpolitik de Gaulles (4/63)

Sebastian Haffner:
Einziger Ausweg: Disengagement (4/63)

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK
Herausgeber: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf von Westphalen.
Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim. Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.
Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, Barbarossaplatz 2, Tel. 21 53 36; Postscheckkonto: Köln 65 14; Bankverbindung: Deutsche Bank Köln.
Erscheinungsweise: Um den 10. jeden Monats. Preis DM 2,50, zuzüglich DM —,20 Porto oder Postzustellgebühr.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion
Druck: Franz W. Wesel, Druckhaus, Baden-Baden. Printed in Germany.

BLÄTTER

FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

HERAUSGEBER: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf v. Westphalen

VIII. Jahrgang **Mai 1963** **Heft 5**

Chronik des Monats April 1963

1. 4. — U S A. Nach 114tägigem Streik des Druckerei- und Redaktionspersonals können die New Yorker Zeitungen wieder erscheinen.

2. 4. — Rassendiskriminierung. Die UN-Menschenrechtskommission verabschiedet einstimmig den „Entwurf einer Erklärung über die Eliminierung aller Formen der Rassendiskriminierung". Das Dokument wird der Herbstsession der Vollversammlung vorliegen.

3. 4. — Laos. Die Ermordung von Außenminister Pholsena am 2. 4. ist Anlaß neuer Kämpfe zwischen den neutralistischen Truppen und den Pathet-Lao-Streitkräften auf der „Ebene der Tonkrüge". Die Internationale Kontrollkommission, der Diplomaten Schwedens, Polens und Indiens angehören, bezeichnet die Lage als „sehr ernst" und entsendet Vertreter in das Kampfgebiet. Auch Ministerpräsident Prinz Souvanna Phouma nimmt, begleitet vom britischen und sowjetischen Botschafter, Verhandlungen mit den streitenden Parteien auf. Die Außenminister Lord Home und Gromyko, die beiden Vorsitzenden der Genfer Laos-Konferenz, rufen gemeinsam zur Wiederherstellung des Friedens auf. — Im Auftrag Präsident Kennedys reist Unterstaatssekretär Harriman am 20. 4. zu Besprechungen nach Europa und betont nach einem Besuch im Kreml bei Ministerpräsident Chrustschow das sowjetisch-amerikanische Interesse am Fortbestand der laotischen Neutralität.

3.—4. 4. — Tschechoslowakei. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei beschließt auf einer Plenartagung die Überprüfung aller politischen Prozesse der Jahre 1949 bis 1954.

4. 4. — NS-Verbrechen. Aus seiner Mailänder Wohnung flüchtet der wegen Beihilfe zum Mord gesuchte SS-Hauptsturmführer Dr. Erich Rajakowitsch, ein ehemaliger Mitarbeiter Adolf Eichmanns. Rajakowitsch kann am 11. 4., aus der Schweiz kommend, ungehindert in die Bundesrepublik einreisen und in München „untertauchen". Am 14. 4. stellt er sich in Wien der Polizei. — In diesem Zusammenhang erfährt die Öffentlichkeit, daß Rajakowitschs früherer Vorgesetzter, Oberregierungsrat Dr. Harster (obwohl in Holland wegen seiner Tätigkeit in der NS-Zeit zu 12 Jahren Freiheitsentzug verurteilt), im Regierungspräsidium von Oberbayern amtiert. Harster wird überraschend „wegen erwiesener Dienstunfähigkeit" vorzeitig pensioniert.

— „Achse Bonn—Paris". Abgeordnete der Regierungsparteien vereinbaren

mit dem Bundeskanzler in Cadenabbia, dem Ratifizierungsgesetz zum deutsch-französischen Vertrag eine „Auslegungs"-Präambel beizugeben. Eine solche Präambel, so verlautet aus dem Auswärtigen Amt, besitze jedoch keine rechtliche Verbindlichkeit. — Die erste parlamentarische Lesung des Vertrages findet am 25. 4. statt.

5. 4. — Abrüstung. Die Sowjetunion akzeptiert den amerikanischen Vorschlag, zwischen dem Kreml und dem Weißen Haus direkte Nachrichtenverbindungen zu installieren, um den Ausbruch eines Krieges „durch Irrtum" zu verhindern.

— Frankreich. In den Gruben der Carbonnages de France nehmen die Bergarbeiter nach fünfwöchigem Ausstand die Arbeit wieder auf, nachdem die Regierung einer gestaffelten Lohnerhöhung um 12,5 Prozent (das ursprüngliche Angebot lag bei 6 Prozent) und einer Urlaubsverlängerung von einer Woche zugestimmt hatte. Ein vorher erlassener Mobilisierungsbefehl Präsident de Gaulles war am Widerstand der Arbeiterschaft gescheitert.

7 4. — NATO. Der britische Oppositionsführer Wilson wendet sich im Fernsehen gegen eine „unabhängige europäische Abschreckungsmacht". Wenn es zu einer erstrangigen Militärmacht gehöre, über eigene Atomstreitkräfte zu verfügen, dann würde er vorziehen, Großbritannien als eine Militärmacht zweiten Ranges zu sehen. — Am 8. 4. protestiert die sowjetische Regierung gegen die Aufstellung einer multinationalen, atomar ausgerüsteten Truppenformation und äußert den Verdacht, die Bundesregierung könne auf diese Weise Verfügungsgewalt über Kernwaffen erlangen. — Am 10. 4. kündigt US-Verteidigungsminister McNamara die Entscheidung über eine alliierte Nuklearstreitmacht für die NATO-Ratssitzung in Ottawa im Mai dieses Jahres an. (Vgl. den Bericht über die geplante NATO-Atomstreitmacht in diesem Heft.)

8. 4. — Kanada. Als Sieger aus den Parlamentswahlen geht die bisher in Opposition stehende Liberale Partei hervor, erreicht jedoch keine regierungsfähige Mehrheit. Das Kabinett Diefenbaker demissioniert, der Parteichef der Liberalen, Lester Pearson, bildet die neue Regierung. (Vgl. den Bericht in diesem Heft.)

11. 4. — Vatikan. Papst Johannes XXIII. ruft in seiner Enzyklika „Pacem in terris" (Frieden auf Erden) dazu auf, „die Kriegspsychose zu bannen" und Streitfragen zwischen den Völkern durch Verhandlungen zu lösen. Der Krieg sei im Atomzeitalter kein Mittel der Gerechtigkeit mehr. (Vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen".)

— Algerien. Auf Außenminister Mohammed Khemisti wird ein Attentat verübt. Regierungschef Ben Bella, der das auswärtige Ressort zusätzlich übernimmt, tritt am 17. 4. außerdem die Nachfolge des zurückgetretenen Generalsekretärs des Politischen Büros der FLN, Mohammed Khider, an.

12. 4. — Ostermarsch. Auf Anweisung des Bundesinnenministeriums wird englischen Bürgern, die an dem Marsch der Atomwaffengegner in der Bundesrepublik teilnehmen wollen, auf dem Flughafen Düsseldorf-Lohausen die Einreise verweigert. Bei einem anschließenden Sitzstreik und einer Protestdemonstration in der Düsseldorfer Innenstadt geht die Polizei mit Wasserwerfern vor und verhaftet den evangelischen Pfarrer Günneberg „wegen Rädelsführerschaft". — Während des Marsches von Aldermaston nach London veröffentlicht in Großbritannien eine Gruppe „Spione für den Frieden" bisher unbekannte Details aus geheimen Notstandsplanungen der Regierung für den Kriegsfall. (Vgl. den Bericht über den diesjährigen Ostermarsch in diesem Heft.)

15. 4. — Kanzlernachfolge. CDU-Fraktionschef v. Brentano versucht in mehrstündigen vertraulichen Gesprächen am Ostermontag in Cadenabbia, die Zustimmung Dr. Adenauers für die schnelle Lösung der „Kanzlernachfolge" zu erhalten.

— Am 22. 4. setzen sich der CDU/CSU-Fraktionsvorstand und am 23. 4. die Gesamtfraktion gegen den Willen des Bundeskanzlers durch und nominieren Prof. Erhard als „Nachfolgekandidaten". Nach den Abstimmungen erklärt Erhard, er werde die bisherige Politik der Regierung auch nach seiner Amtsübernahme unverändert fortsetzen.

17. 4. — VAR. Der Irak, Ägypten und Syrien schließen sich zu einer neuen Vereinigten Arabischen Republik zusammen. Die in Kairo unterzeichnete Konvention,

die noch der Ratifikation durch eine Volksabstimmung in den beteiligten Staaten unterliegt, sieht eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik der Föderation vor. Volkswirtschaften und Parlamente sollen vorläufig getrennt bleiben, aber in „Bundeskomitees" zusammenarbeiten. Der Präsident des Jemen erklärt noch am gleichen Tage, sein Land wolle sich so bald wie möglich der neuen VAR anschließen.

17. 4. — Lohntarife. Nach dem Zusammenbruch der Tarifgespräche zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern der Metallindustrie Baden-Württembergs (die Gewerkschaft verlangte 8 Prozent, die Unternehmer bestanden zunächst auf einem vorläufigen Lohnstop und boten schließlich eine 3,5prozentige Erhöhung der Bezüge an) unterbreitet die IG Metall ihre Forderungen in einer Urabstimmung. 87 Prozent der organisierten Arbeiter stimmen für Streikmaßnahmen. — Eine ähnliche Situation ergibt sich in den übrigen Tarifgebieten der Bundesrepublik.

18. 4. — Ungarn. Der österreichische Kardinal König trifft zu seinem schon angekündigten Gespräch mit dem ungarischen Fürstprimas in Budapest zusammen und kehrt noch am gleichen Tage nach Wien zurück. König erörtert im Auftrage des Vatikans Möglichkeiten für die Beendigung des Asyls, das Mindszenty seit 1956 in der US-Gesandtschaft genießt.

20. 4. — Spanien. Im Carabanchel-Gefängnis von Madrid wird der Sekretär der illegalen Kommunistischen Partei, Julian Grimau, hingerichtet. Die Vollstreckung des Todesurteils führt in Ost und West zu Protestkundgebungen vor spanischen Botschafts- und Konsulatsgebäuden. Hauptanklagepunkte gegen Grimau sind angebliche Straftaten aus der Zeit des Bürgerkrieges vor mehr als 25 Jahren. Der Prozeß am 18. 4. dauerte nur fünf Stunden. — Der britische Unterhausabgeordnete und Rechtsanwalt Freeman bezeichnet nach seiner Rückkehr in London das Urteil als einen Versuch zur Abschreckung jeder Opposition. Auf Grund der vorgelegten Beweise sei es nicht zu rechtfertigen. (Vgl. Kommentar in diesem Heft.)

— Jordanien. Anhänger der arabischen Einheit bereiten dem Ministerpräsidenten im Parlament eine Niederlage. Premier Refai hatte Polizei gegen Demonstranten eingesetzt, die den Anschluß Jordaniens an die neue Vereinigte Arabische Republik forderten. König Hussein löst Parlament und Regierung auf und verkündet den Ausnahmezustand. Truppeneinheiten gehen mit Waffengewalt gegen die Gegner des Monarchen vor.

22. 4. — Berlin. Bedenken gegen eine Sitzung des Bundestages in Berlin trägt Großbritanniens Botschafter Sir Frank Robertson im Namen der drei Westmächte dem Bundestagspräsidenten vor. Die Intervention wird auf dem Hintergrund der sowjetisch-amerikanischen Sondierungsgespräche über die Berlin-Frage gesehen.

26. 4. — Bulgarien. Das Präsidium der Nationalversammlung gewährt eine Amnestie für alle Bulgaren, die nach dem 9. September 1944 das Land illegal verlassen haben. Den zurückkehrenden Personen wird das seinerzeit konfiszierte Vermögen zurückerstattet oder eine Entschädigung zuerkannt.

28.—29. 4. — Italien. Stimmenverluste der regierenden Democrazia Christiana (deren Anteil von 42,3 auf 38,3 Prozent zurückgeht) und beachtliche Gewinne der Kommunisten, Liberalen und Sozialdemokraten kennzeichnen das Ergebnis der Wahlen zum Abgeordnetenhaus und Senat. Einen geringen Stimmenzuwachs verzeichnet auch die neofaschistische Partei, während die Monarchisten eine vernichtende Niederlage erleiden. (Vgl. den Bericht in diesem Heft)

30. 4. — Streik. Mit „Schwerpunktstreiks" in verschiedenen Metallbetrieben Baden-Württembergs setzt die IG Metall den Kampf für ihre Lohnforderungen fort. Der Arbeitgeberverband antwortet noch am gleichen Tage mit der Aussperrung aller Arbeiter im gesamten Tarifbezirk. — Die Große Tarifkommission der IG Metall in Nordrhein-Westfalen beantragt die Streikgenehmigung für ihr Gebiet.

— Lateinamerika. Die Präsidenten Boliviens, Brasiliens, Chiles, Ecuadors und Mexikos einigen sich auf einen Plan zur Errichtung atomwaffenfreier Zonen in ganz Mittel- und Südamerika und leiten ihren Vorschlag der Genfer 18-Mächte-Konferenz zu.

Breslau lebt

Die Vertriebenen-Verbände — nicht gleichzusetzen mit der breiten Masse der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge — sind ein Kind und ein Instrument des Kalten Krieges. Sinn und Zweck dieser von Bonn ausgehaltenen Organisationen ist es, die Entwicklung in den ehemals deutschen Ostgebieten nicht zur Ruhe kommen zu lassen, die neue deutsche Ostgrenze am Bluten zu erhalten und die Aufnahme von Beziehungen, vor allem zu Polen, zu hintertreiben. Der moralische und politische Schaden, den sie der Bundesrepublik in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten im Ausland zugefügt haben, ist groß. Von konservativ-nationalistischen Kräften getragen, können sie in der neuen Welt nach 1945 naturgemäß kein schöpferisches Programm entwickeln; sie sind der Geist, der nur und stets verneint. Allen ihren Friedensbeteuerungen zum Trotz betreiben sie die aktive Zurückgewinnung Schlesiens, Pommerns und Ostpreußens, auch wenn sie wissen, daß das ohne Krieg unmöglich ist und daß dieser Krieg ganz Deutschland vernichten würde, und nicht nur Deutschland. Nur aus solchen Kreisen kann die Forderung stammen, jeden Bundesbürger einzusperren, der sich für einen „Verzicht auf die deutschen Ostgebiete" ausspricht. Der Mann, der diese Forderung wiederholt erhob, ist der niedersächsische Vertriebenenminister Schellhaus, eine für die Ideologie der Vertriebenen-Verbände charakteristische Gestalt; noch als kleiner Flüchtling, im Heidedorf Eschede bei Celle, gleich nach 45, drückt er jedem gegenüber, der es hören wollte, sein Bedauern darüber aus, daß Hitlerdeutschland den Krieg verloren habe, und bestritt die Rechtmäßigkeit dieser geschichtlichen Entscheidung, — und dennoch (wahrscheinlicher: gerade deshalb) ist er Minister geworden.

Logisch also, daß die Vertriebenen-Verbände in der vordersten Front jener reaktionären Kräfte stehen, die es sich in letzter Zeit, Morgenluft witternd, glauben leisten zu können, gegen alle jene demokratischen Einrichtungen, vor allem Presse, Rundfunk und Fernsehen, ein konzentriertes Feuer zu eröffnen, die sich redlich und manchmal schon verzweifelt bemühen, mit ihrer Arbeit vor der Welt den fatalen Eindruck einer schleichenden westdeutschen Refaschisierung zumindest zu neutralisieren. Den bisherigen Höhepunkt fand diese Kampagne darin, daß die Vertriebenen-Verbände allen Ernstes dem besonders angefeindeten Norddeutschen Rundfunk eine Fernsehsendung über B r e s l a u verbieten wollten! Klarer kann man sich nicht demaskieren: Für alle diese Leute, und die Vertriebenen-Verbände stehen da nicht allein (das wissen sie gut), ist das geheiligte, im Grundgesetz verankerte Statut von der Presse- und Informationsfreiheit in dem Augenblick leeres Geschwätz, nichtsnutzig wie ein Wisch Papier, wo die Sache anfängt, ihre eigenen Interessen zu berühren. Demokratie als buntgeputztes hübsches Fähnchen, zu schwenken, wann immer die Welt es sehen will: ausgezeichnete Idee; Demokratie aber als Zustand, täglich von neuem, auch unter Schmerzen, zu verwirklichen: wo kämen wir da hin!

Denn begreiflicherweise kann es nicht im Interesse der Vertriebenen-Verbände liegen, daß die Welt — und vor allem die Masse der deutschen Heimatvertriebenen — aus dem Munde eines so weitgehend unbefangeen Journalisten wie Jürgen Neven du Mont erfährt, wie es im ehemals deutschen, heute polnischen Breslau wirklich aussieht. Ein solches Bild zu vermitteln,

möchten die Vertriebenen-Verbände sich selber vorbehalten; sie beanspruchen da ganz schlicht ein Monopol, obwohl niemand einsehen kann, warum und wieso. Wie kommt ein politischer Zweckverband (der in unserem Fall zudem, wenn auch vielleicht unausgesprochen, am völkerverhetzenden Dogma klebt, die Polen seien „gar nicht fähig", „die deutschen Ostgebiete" zu verwalten) dazu, einer Rundfunkanstalt, die doch hierzu wahrlich berufen, ja verpflichtet ist, das Recht auf eine Breslau-Sendung absprechen zu wollen? Soll die deutsche Öffentlichkeit nicht sehen, wie es in dieser Stadt, aus der Hitler hatte einen Trümmerhaufen machen lassen, heute wirklich aussieht? Soll niemand erfahren, wie imponierend weit der Wiederaufbau fortgeschritten ist, mit wieviel Liebe die Polen die Kirchen und andere architektonisch wertvolle Bauten restauriert haben, daß sie das alte geistige Erbe Breslaus mit rührender Obsorge hegen (soweit es aus den Trümmern überhaupt noch geborgen werden konnte), daß die Industrieproduktion der Stadt, obwohl diese heute erheblich weniger Einwohner hat als vor 45 (450 000), zweieinhalbmal größer ist als früher, daß in Breslau 18 000 Studenten studieren, daß jeder fünfte Erwachsene nach Feierabend einen Fortbildungskurs besucht, daß der polnische Staat diese leidgeprüfte Stadt planmäßig und zäh zu einem Geisteszentrum von europäischem Format ausbaut, daß es im Schweidnitzer Keller hoch hergeht wie eh und jeh, daß es sieben Theater gibt, daß das weltberühmte Polnische Pantomimentheater Henryk Tomaszewskys hier seinen Sitz hat, daß 40% der neuen Einwohner Breslaus hier geboren sind, daß am Rande der Stadt moderne, schöne Wohnsiedlungen entstanden sind und laufend weiter entstehen und daß die dunklen Straßenzüge aus der Kaiserzeit, soweit sie stehen geblieben sind, Zug um Zug eingerissen werden, um luftigeren Wohnungen Platz zu machen? Wer kann ein Interesse daran haben, daß wir das alles und vieles andere mehr nicht erfahren? Doch nur diejenigen, die unser Volk weiter in der Verdummung halten und ihm die Illusion nicht nehmen lassen wollen, im Osten sei für uns noch etwas zu „holen": die Vertriebenen-Verbände, die davon leben (und dafür bezahlt werden), daß sie dem Volk Gaukelspiele vorführen, die vom Fehlen jedwelcher wirklicher Ostpolitik unserer Regierung ablenken sollen.

Sie haben sich blamiert: Die Fersehsendung über Breslau fand selbstverständlich dennoch statt. Sie war sehr instruktiv und von sauberer Gesinnung, sogar sensationell: für alle diejenigen, die sich bisher vom Objekt eine Vorstellung etwa nach dem Rezept der Vertriebenen-Verbände und Landsmannschaften gebildet hatten. Sie brachte nichts weiter auf als das selbstverständliche Bißchen schönen Mut, das man braucht, um den Tatsachen ins Auge zu blicken: Die Polen lassen Breslau nicht verkommen, sondern sie machen daraus nach Warschau und Krakau ihr drittes Zentrum. Wir können sie daran nicht hindern, denn wir haben Breslau an sie verloren, verspielt. Wer fair ist, wünscht ihnen dazu weiterhin Erfolg: gerade weil Breslau einst uns gehört hat, soll es nicht verkommen. Wäre ich Breslauer, würde ich d a s unter (Heimat-)Liebe über das Grab hinaus verstehen.

Wie weit die antidemokratische Verblendung der Heimatvertriebenen-Verbände geht: Wissend oder doch ahnend, daß sie allein zu schwach seien, dem Norddeutschen Rundfunk das Handwerk zu legen, entblödeten sie sich nicht, öffentlich zu bedauern, daß die Regierungspartei keinen Einfluß auf Funk und Fernsehen habe ... Hier wird also davon ausgegangen, daß die Regierungspartei, wäre sie im (oft angestrebten) Besitz besagten Einflusses, eine solche objektive Breslau-Sendung gewiß verhindert hätte. Wie wahr das doch ist! Und eine wie unmißverständliche Warnung an a l l e, es nie so-

weit kommen zu lassen. Denn wenn wir schon die Wiedervereinigung und die Rolle als Brücke zwischen Ost und West vertan haben, können wir uns doch vor der Welt noch so lange einigermaßen legitimieren, als wir weiterhin um unser bißchen Demokratie kämpfen.

J. W.

Die italienische Wahl

In den Parlamentswahlen, die am 28. und 29. April in Italien stattfanden, ging es ausschließlich darum, die „Öffnung nach links" gutzuheißen oder abzulehnen, die Anfang 1962 von der christlich-demokratischen Partei (D. C.) getätigt wurde. Nach Jahren einer gemäßigten Koalition der Mitte, in der die konservative Liberale Partei die Rolle des Hemmschuhs gegen jegliche Reform auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet spielte, ermöglichte die Abwendung der Nenni-Sozialisten (P. S. I.) von den Kommunisten die Regierung Fanfani, d. h. eine Koalition zwischen D. C., Sozialdemokraten, Republikanern, auf Grund eines gemeinsamen Programms, das im Parlament von den Sozialisten unterstützt wurde. Auf diese Weise konnte eine Majorität zustande kommen, ohne daß die christlich-demokratische Partei auf die Stimmen der Liberalen angewiesen war. Das erste Jahr dieses politischen „new look" brachte die Realisierung der längst fälligen Nationalisierung des Elektrizitätswesens. Der italienische Wähler wußte außerdem, daß die Weiterführung des Experimentes einer nach links geöffneten Regierung zur Verwirklichung anderer wichtiger Programmpunkte führen würde: Einführung der von der Verfassung vorgesehenen, aber bisher nicht in Angriff genommenen Autonomie der Regionalregierungen; eine durchgreifende Steuerreform; eine gemäßigte Planwirtschaft und ein umfassendes Schulprogramm für den Ausbau der staatlichen Schulen.

Auf Grund dieser Situation ergab sich ein Wahlpanorama, das sich den Wählern in folgender Weise präsentierte:

An der Spitze der Opposition gegen die „Öffnung nach links" stand die Liberale Partei, flankiert von den extremen Rechtsparteien — zwei monarchistische Splitterparteien und die neofaschistische Bewegung —, unterstützt jedoch auch von dem rechten Flügel der christlich-demokratischen Partei. Hinter der Liberalen Partei stand der Großindustriellen-Verband mit seinen Geldern, standen die Bank- und Börsenkreise, d. h. alle jene wirtschaftlichen Kräfte, die schon seit Monaten alles taten, was in ihrer Macht lag, um eine wirtschaftliche Panikstimmung zu erzeugen.

Die D. C., deren Wählerschaft sich aus allen Schichten der Bevölkerung rekrutiert, zeigte sich in einem Zwielicht. Sie führte sowohl die Befürworter und Autoren der „neuen" Richtung ins Feld wie auch die Exponenten, die öffentlich und offiziell gegen das Experiment Fanfani Stellung genommen hatten. Dabei konnte die D. C. auf ihre Rolle als traditionelle relative Mehrheitspartei pochen, der es auf jeden Fall obliegen wird, die Regierung zu bilden und auf die Treue der Wählermasse in einem Staat und in einem Verwaltungsapparat, der in allen wesentlichen Positionen von der Regierungspartei kontrolliert wird.

Die Linksopposition von seiten der Kommunistischen Partei bediente sich bezeichnenderweise einer Sprache, die den liberalen Argumenten nahestand. Für die Kommunisten bedeutet die „Öffnung nach links", d. h. eine auf soziale Reformen und wirtschaftliche Gerechtigkeit ausgerichtete Regierungskoalition, die Gefahr zunehmender Isolierung und eine Schwächung ihrer revolutionären Anziehungskraft in der Arbeiterschicht. Die Kommunisten haben daher weitgehend versucht, genau wie die Liberalen, der Regierung Fanfani die Schuld an der Preissteigerung in die

Schuhe zu schieben, die teils eine Folge der europäischen Konjunktur ist, teils — besonders auf dem Gebiet der Lebensmittel — durch den für Italien besonders strengen Winter verursacht wurde, im Wesentlichen aber die natürliche Konsequenz einer Wirtschaft ist, in der die Löhne langsam auf ein gesundes Niveau kommen. Für die Kommunistische Partei ist das Abschwenken der Sozialisten ins demokratische Lager der entscheidende Faktor, der sie zwingt, gegen die „Öffnung nach links" Stellung zu nehmen. Sie haben andererseits versucht, ihre zunehmende politische Isolierung zu durchbrechen, indem sie eine tiefe Verbeugung vor der „Kulturwelt" machten und sich als Hüter einer liberalen Kulturpolitik ausgaben. Wobei es nicht an Intellektuellen gefehlt hat, die, wie der Schriftsteller Carlo Levi, der Versuchung nicht widerstehen konnten, sich mit den kommunistischen Stimmen mühelos einen Sitz im Parlament zu erobern.

Die Position der Nenni-Sozialisten war bedingt durch die Existenz eines starken pro-kommunistischen Flügels in den eigenen Reihen, der in der Zusammenarbeit zwischen der sozialistischen und der katholischen Partei die Gefahr einer Zersetzung der Arbeiterbewegung und einer Verwässerung des sozialistischen Programmes sieht. Die P. S. I. war daher gezwungen, sich vor den Wahlen schon von der D. C. abzusetzen und ihre Bejahung der „Öffnang nach links" stark kritisch gegen die christlich-demokratische Partei zu unterbauen.

Von den beiden anderen Koalitionsparteien, Republikaner und Sozialdemokraten, war es besonders die letztere, die ohne jedes „wenn und aber" das Programm der Fanfani-Regierung und somit die Weiterführung des Experimentes bejahte. Die Republikanische Partei jedoch kämpfte sozusagen um das nackte Leben: sie lief Gefahr, das vorgeschriebene Quorum nicht zu erreichen, da es sich um eine Minoritätspartei handelt, die im Lauf der letzten Jahre zwar noch meinungsbildend für die intellektuelle Mittelschicht blieb, jedoch die Konkurrenz mit den modernen Massenparteien aufzunehmen nicht im Stande ist.

Die Position der Sozialdemokraten charakterisierte sich nicht nur durch ihre Klarheit dem Regierungsprogramm gegenüber, sondern auch durch die Reserve, die sie dem eventuellen Regierungsbeitritt der Nenni-Sozialisten entgegenbringt. Die Sozialdemokraten sind bereit, weiterhin im Parlament auf die Unterstützung der P. S. I. zurückzugreifen, lehnen jedoch eine direkte Zusammenarbeit mit den Nenni-Sozialisten ab, solange sich diese nicht eindeutig zu einer westlich orientierten Außenpolitik bekennen, ohne jede Einschränkung der italienischen Position im Rahmen des Atlantik-Paktes und der Europäischen Gemeinschaft und unter Verzicht auf jegliche neutralistische Tendenz.

Dies ist, in großen Zügen, das politische Panorama, das sich dem italienischen Wähler bot. Es muß hier jedoch ein Faktor erwähnt werden, der diesem Wahlgang sein Gepräge gab und der durchaus eine Neuigkeit darstellt: die Haltung der katholischen Kirche. Genau wie die gesamte Innenpolitik, so waren auch die „Wahlschlachten" in den letzten 18 Jahren von dem massiven Eingriff der katholischen Hierarchie gekennzeichnet. Der klerikale Druck, der vor keinem Mittel zurückschreckte, hatte einen antiklerialen Gegendruck ausgelöst, der besonders in den Parlamentswahlen von 1958 in der Propaganda der nicht-konfessionellen Parteien zum Ausdruck gekommen war.

Dieses Element hat diesmal fast völlig gefehlt. Unter dem Pontifikat von Johannes XXIII. hat sich die Lage wesentlich geändert. Die katholische Hierarchie hat zwar auch diesmal mit den ihr zu Verfügung stehenden Mitteln die katholischen Wähler ermahnt, für die katholische Regierungspartei zu stimmen. Es fehlte jedoch der ideologisch-

theologische Terror, mit dem bisher die nicht-konfessionellen Parteien samt und sonders als „Teufelswerk" dargestellt wurden, und es fehlte das direkte Einwirken des Klerus und seiner säkularen Gefolgschaft zugunsten der extremen Rechtskräfte unter dem Vorwand des notwendigen „Bollwerkes" gegen den Kommunismus. Die päpstliche Enzyklika „Pacem in terris", die kurz vor den Wahlen verbreitet wurde, stellt eine deutliche Abkehr von den reaktionären Tendenzen des Vatikans dar. Mit der Unterscheidung zwischen „ideologischen Gehalten", die für die christliche Welt unannehmbar sind und bleiben, und solchen, deren Ab- und Umwandlung innerhalb gewisser Strömungen und Formationen, die dem Wandel der Zeiten Rechnung tragen, auch für den christlichen Menschen akzeptierbar sind, hat der Papst den Weg zu einer neuen Bewertung des sozialistischen Gedankens freigelegt; vor allem aber hat er das Gewissen des katholischen Wählers freigegeben. So ist es nicht zu verwundern, daß auch die nicht-konfessionellen Parteien diesmal auf die antiklerikale Note weitgehend verzichtet haben.

Unter diesen Voraussetzungen konnte die Entscheidung des italienischen Volkes sich gegen die „Öffnung nach links" aussprechen, indem ein bedeutsamer Stimmenanteil von der D. C. zu der Liberalen Partei überging. Ein wesentlicher Stimmenverlust der Regierungspartei mußte dem Experiment Fanfani ein Ende setzen. Ein erheblicher Rückgang der Sozialistischen Partei andererseits mußte bedeuten, daß die Regierungskoalition nicht auf eine ausreichende Unterstützung von seiten der P. S. I. rechnen konnte. In diesem Fall sowohl wie im Falle eines starken Verlustes der beiden kleineren Koalitionsparteien konnte der D. C. nur die liberale Alternative offenstehen, was das Ende der „Öffnung nach links" bedeuten mußte. Andererseits hätte ein starker Zuwachs der kommunistischen Partei die bürgerliche Mitte in Alarm versetzt und somit den Rechtstendenzen innerhalb der Regierungspartei Vorschub geleistet. Diese verschiedenen Möglichkeiten waren dem italienischen Wähler im Lauf der zweimonatigen Wahlkampagne klar auseinandergesetzt worden. Im Lichte dieser Voraussetzungen kann also heute das Gesamtresultat bewertet werden.

Da ist zunächst das erstaunliche und negative Phänomen eines Zuwachses der Kommunisten festzustellen. Dies bedeutet zweierlei: erstens, daß ein Teil der sozialistischen Stimmen auf die kommunistische Partei übergegangen ist, also die autonomistische, auf Zusammenarbeit mit der Mehrheitspartei ausgerichtete Politik Nenni's ablehnt; zweitens, und dies ist wohl das tiefergreifende Argument, daß der Arbeiter, der im Zeichen des Wirtschaftswunders sich von der Elendsexistenz des Landarbeiters in das Industriewesen abgesetzt hat und vom Land in die großen Städte übergesiedelt ist, im Zeichen seiner neu erworbenen Menschenwürde einen Stimmzettel der „Befreiung" abgegeben hat.

Die katholische Mehrheitspartei ihrerseits hat ungefähr 4 Prozent ihrer Stimmen eingebüßt: ihre Wählermassen haben damit ausgesagt, daß sie der D. C. bisher treu gefolgt sind, weil sie in ihr das konservative, gemäßigte Element sahen; auf das „Abenteuer" der Linksöffnung wollen sie sich nicht einlassen.

Die Mobilisation der Wirtschaftskräfte im Zuge der Liberalen Partei hat zu einer Verdopplung ihrer politischen Gefolgschaft geführt; damit sind die Liberalen, auf Kosten der extremistischen Rechten, zum führenden Faktor der Opposition von rechts geworden, dürften jedoch nicht stark genug sein, um im Parlament eine Rechtsalternative zu bieten. Die Republikaner haben weiterhin Stimmen eingebüßt, die Sozialdemokraten haben einen stetigen, wenn auch nicht überwältigenden Stimmenzuwachs zu verzeichnen.

Die Nenni-Sozialisten haben ihre

Position gehalten. Dies bedeutet, daß die Stimmen der vier Millionen Neu-Wähler, derjenigen, die zum ersten Male das Wahlalter erreicht haben, nicht ihnen zugute gekommen sind und daß sie — trotz ihrer neuen, autonomen Politik — keinen wesentlichen Zulauf erhalten haben. Damit stellt sich für die P. S. I. die generelle Frage einer zukünftigen Zusammenarbeit mit den demokratischen Kräften. Kann es sich die sozialistische Partei leisten, unter diesen Umständen eine Politik weiterzuführen, die früher oder später eine Trennung von den Kommunisten auch innerhalb der Gewerkschaften mit sich bringen muß?

Dies ist das große Problem, das sich nun für die Regierung stellt. Eine neue Regierung, die sich weiterhin auf das Programm der Linksöffnung festlegen will, hat mit der Opposition in den Reihen der Mehrheitspartei abzurechnen. Es besteht die Möglichkeit — die von fortschrittlichen demokratischen Stimmen als Gefahr bezeichnet wird —, daß die D. C. sich zusammen mit den Sozialdemokraten auf ein „verwässertes" Experiment einläßt; in diesem Fall wäre sogar denkbar, daß die Sozialdemokraten und die Christlich-Demokraten die parlamentarische Unterstützung der Liberalen annehmen für eine Formel, die nur noch dem Namen nach eine linksgeöffnete, das heißt fortschrittliche Regierung darstellen würde.

Alles in allem muß also gesagt werden, daß eine psychologische Interpretation, die in diesem Falle der Wahrheit näher kommt als die reinen Zahlen, nicht umhin kann festzustellen, daß die Wähler das Experiment der Linksöffnung zwar nicht völlig abgelehnt haben, denn das Gesamtgewicht hat sich nicht nach links verschoben, ohne jedoch den tragenden Kräften des new look eine wirklich entscheidende Übermacht zu sichern. Zahlenmäßig eindeutig ist andererseits der Zuwachs der Kommunisten, und dabei muß bedacht werden, daß eines der stärksten Argumente für die Linksöffnung die Überzeugung der demokratischen Parteien und des modernen Flügels der D. C. war, daß nur eine fortschrittliche Politik die Kommunisten eindämmen und isolieren könne. Dies war auch die Überzeugung der Kennedy-Regierung, die in dem italienischen Experiment einen Weg sah, den auch andere Länder in Europa gehen könnten. Dies alles ist in Frage gestellt. Welches auch die regierungstechnische Lösung sein wird, es steht außer Frage, daß die Wahlresultate ein Hindernis bedeuten auf dem Wege der Umwandlung Italiens in eine moderne Demokratie. Die Kräfte der Reaktion erhalten neuen Auftrieb in dem Augenblick, in dem es sich erweist, daß die „Öffnung nach links" zur Verstärkung der Kommunisten geführt hat. Die Demokraten aller Richtungen, die katholische Mehrheitspartei, der Vatikan selbst, müssen ohne Zweifel in den nächsten Wochen und Monaten den Kampf in den eigenen Reihen aufnehmen, falls sie unter weitaus schwierigeren Bedingungen auf dem eingeschlagenen Wege fortschreiten wollen; anderenfalls wird es schwer sein, einen ausgesprochenen Rechtsruck zu vermeiden.

Lily E. Marx, Rom

Mord in Madrid

Die Erschießung des spanischen Kommunisten Julian Grimau, nach dem Schnellverfahren einer Justizparodie, hat in aller Welt Entsetzen und Entrüstung ausgelöst. In Paris demonstrierten Zehntausende im Stadtzentrum, auf der historischen Place de la République; in London, Amsterdam, Oslo, Stockholm, Mexiko erhoben sich Menschen zum Protest. Der Papst bemühte sich, den Mord zu verhindern, französische Schriftsteller sandten durch Aragon und André Breton einen telegrafischen Appell, der christ-demokratische Bür-

germeister von Florenz, La Pira, wandte sich an Franco: „Sie haben die edle spanische Erde mit Blut befleckt." Und sogar die Regierung de Gaulles, die gerade in letzter Zeit — parallel zur traditionellen Politik Bonns — die Beziehungen zur spanischen Diktatur enger gestaltete, unterbrach die Verhandlungen über einen Finanzkredit. Am schwächsten waren die Reaktionen der Bundesrepublik, wo auch der Justizmord Freundschaftsbande nicht stören durfte. Plädiert Dr. Adenauer nicht schon lange, ungeachtet des Widerstands der europäischen Partner, für den Beitritt Francos zur NATO und zu Europa-Institutionen? Nannte nicht Professor Erhard begeistert den „Caudillo" — nach einem Gespräch mit ihm — einen „echten Liberalen"? Und findet nicht gerade hier die Verlängerung der Achse Bonn—Paris nach Madrid ihre lautesten Fürsprecher? Im Sinne der Machtpolitik wurde Franco propagandistisch „liberalisiert". Unsere Presse hat sich abgewöhnt, vom iberischen Faschismus zu sprechen, geschweige denn kritisch gegen ihn vorzugehen, und pflegt ihn stattdessen voller Güte als einen sicheren Verbündeten gegen den „Weltfeind". Trotz demokratischer Lippenbekenntnisse ist der Geist der Legion Condor, die den Sieg der spanischen Gegenrevolution ermöglichte, nicht so tot, wie man es andererseits gern wahrhaben möchte. Während aus Madrid die Nachrichten über die Terrorjustiz sich häuften, frohlockte die mit liberalem Etikett geschmückte „Frankfurter Allgemeine" am 5. Februar 1963: „Von der Achse Bonn—Paris—Madrid ist dieser Tage die Rede. Das ist ein mit unangenehmen Erinnerungen behaftetes Schlagwort. Aber da seine Erfinder in Moskau sitzen, kann das, was damit getroffen werden soll, nicht so schlecht sein." Und so kann der Tod Grimaus gar nicht so schlecht sein, da er auch in Moskau mißfiel und Franco überdies behauptet, ihn dem großen Kreuzzug christlicher Zivilisation dargebracht zu haben. Bundesdeutscher Einäugigkeit zum Trotz, die nur entrüstenswert findet, was sich gegen Kommunisten ausschlachten läßt, dürfen wir über den Toten vom Gefängnis Carabanchel nicht pharisäerisch-geschwind zur gewohnten Tagesordnung übergehen.

Unzweideutig weist er auf die große Lüge von der Zweiteilung der Welt in Gut und Böse hin: Hier Demokratie, dort Diktatur — hier Recht, dort Unrecht. Der Madrider Prozeß zerriß das Lügengespinst auch für den Naivsten. Grimau wurde von einem Militärgericht abgeurteilt. Es gab keine Zivilverteidiger, keine Zeugenvernehmung, nicht die elementarste Garantie, die ein Rechtsstaat dem Angeklagten gewährt. Die Gerichtsszenerie war so prompt autoritär wie das Erschießungskommando. Grimau wurde für seine Beteiligung am Bürgerkrieg verurteilt, 24 Jahre nach dessen Beendigung, und er wurde hingerichtet, weil er an seiner Gesinnung festgehalten hatte. Die Terrormaßnahme sollte deutlich unterstreichen, daß für die Diktatur der Bürgerkrieg noch nicht abgeschlossen ist, daß zu dem sie sich — in enger Gemeinschaft mit Hitler und Mussolini — von Beginn an bekannte, als Franco prahlte, „die Hälfte Spaniens zu füsilieren". (Der von ihm vom Zaun gebrochene Bürgerkrieg kostete eine Million Tote.) Der Leichnam von Carabanchel soll alles Gerede von der Liberalisierung des Regimes blutig verhöhnen.

Und wie immer ist der Terror Produkt nackter Angst. Die Fundamente der Diktatur sind ins Wanken geraten, weil den alten klassischen Gegnern auf der Linken sich neue zugesellten. Das Heraufkommen einer neuen Generation, die nach dem Bürgerkriegsschrecken heranwuchs, macht sich seit einigen Jahren bemerkbar. Junge Schriftsteller wie Juan und Luis Goytisolo, ein Filmregisseur wie Bardem beleuchteten ihre Haltung. Diese Generation greift die Probleme mit unvergleichlicher Frische und Unbekümmertheit an, sie kennt weder den Haß noch die Furcht ihrer Eltern. Vor dieser Jugend ist Franco

jede Freude vergangen. Der alternde Diktator sah seine Saat unter den Zeichen der Enttäuschung, der Verachtung und der Hoffnungslosigkeit aufgehen. Die Arbeiterklasse und die arme Bauernschaft versöhnte er sich nie, doch wie sehr seine Schwäche zunahm, bewiesen die vielen Flüchtenden aus dem eigenen Lager. Auf dem Münchner Kongreß, der die Diktatur tief erschreckte, war vor allem bemerkenswert die große Zahl der ehemaligen Franco-Freunde. Neben alten Republikanern der Emigration sah man dort den Monarchistenführer Gil Robles und den einstigen Propagandachef der Falange, Dionisio Ridruejo. Das sind längst keine Einzelerscheinungen mehr. Man weiß, daß sich auch in der katholischen Kirche gemäßigte Auffassungen ihren Weg bahnen. Während des letzten asturischen Streiks waren kirchliche Arbeiterorganisationen besonders aktiv. Im Schoß des Katholizismus hat sich eine breite liberale Strömung herausgebildet, die im Lande eine historische Neuheit ist. Das Erscheinen der jungen Generation verändert nicht allein alle politischen Voraussetzungen (wie für Franco bildet sie ein Problem für dessen ergraute Gegner). Wenn auch bedeutend langsamer als in anderen europäischen Ländern, geht ein Prozeß wirtschaftlicher Erneuerung vor sich in der Form der Industrialisierung, der Schaffung zum Teil ganz neuer Produktionsgebiete. Während die Landwirtschaft, so veraltet wie immer, zur Domäne des Großbesitzes gehört, während die Kleinindustrie auf kläglichem Niveau stagniert, entstanden durch Initiative des Staates und der Großbanken eine Reihe von mächtigen Betrieben der Eisenerzeugung, Chemie und Elektrizität, die sich mit westeuropäischen Mustern vergleichen lassen. Die stetige Kapitalskonzentration legte die Hälfte des gesamten Aktienkapitals in die Hände von fünf Banken. Deren wirtschaftliche Bedeutung führt zu einem politischen Einfluß, der ebenfalls Breschen in das System der Diktatur schlug, wie sie sich 1939, unter entscheidender Mitwirkung der faschistischen Falange, konstituierte. Diese Kräfte drängen zu einer Befestigung der Beziehungen mit Europa und zum Eintritt in den Gemeinsamen Markt. Ihnen ist an einer gewissen Liberalisierung gelegen, während sie alle Maßnahmen verurteilen, die den wirtschaftlichen Anschluß an die europäischen Staaten erschweren. In diesem Sinn ist für sie der Madrider Mord von Schaden. Die großkapitalistischen Kreise sind der Meinung, die terroristische Diktatur gehöre in das moderne industrialisierte Spanien, das ihnen vorschwebt, nicht hinein. Wichtige Veränderungen seien notwendig. Ist die Landwirtschaft europafreudig (sie exportiert heute bereits 40 % ihrer Ausfuhr in die Länder des Gemeinsamen Marktes), so ist es die kleinere Industrie, aus Furcht vor dem Ruin, nicht.

Es gibt also verschiedenartige Ursachen (generationsmäßige, wirtschaftliche, innen- und außenpolitische), die die Solidität des Regimes in Frage stellen. Immer mehr wird es als ein anachronistisches Überbleibsel der Vergangenheit betrachtet. Das Problem eines friedlichen Umbaus, einer gütlich durchgeführten Liberalisierung steht nach wie vor im Vordergrund. Doch hat Franco jetzt bedeutet, daß man auf ihn keine Hoffnungen gründen soll. Er ist der General des Bürgerkriegs, und er will es bleiben. Zwar rang ihm die gesamte Situation bisher einige Zugeständnisse ab (den Geistigen wurde größere Bewegungsfreiheit zuerkannt, die letzte Streikbewegung endete mit einem Kompromiß und nicht im Blutbad), doch soll der Mord an Grimau bedeuten, daß der Diktator das Heft in Händen behalten und die zu bewilligenden Konzessionen selber genau abstimmen will. Wenn die Opposition sich mit seinem natürlichen Hinscheiden nicht vertrösten möchte, dann ist sie gezwungen, die Entwicklung mächtig voranzutreiben. Die Verantwortung der anderen Länder, vor allem der des

Gemeinsamen Marktes, wird hier besonders wichtig. Gerade wenn eine relativ friedliche Umgestaltung der Diktatur angestrebt werden soll, ist ihr Einfluß von großer Bedeutung. Bei den zweifellos wieder zu erwartenden Verhandlungen um den Beitritt Spaniens können sie durch ihre Bedingungen den Weg zur Liberalisierung erleichtern. Insgesamt haben sie die Pflicht, durch ihr Verhalten, wo auch immer, ihren Widerwillen diesem Ableger der Hitlerherrschaft gegenüber zu bekunden. Bisher sind sie dieser Verpflichtung nicht nachgekommen. Sie verrieten die demokratische Mission, die sie zu verteidigen vorgaben. Aber gerade dadurch beschwören sie die Explosion einer gewaltsamen Revolution — die sie doch vor allem vermeiden wollen — herauf, machen sie unausweichlich. Von den sechs Staaten der europäischen Gemeinschaft bekundete die Bundesrepublik der Franco-Diktatur ihre Freundschaft am freimütigsten, solcherart ihre demokratischen Missionsansprüche selber der Lüge überführend. Die USA gingen mit schlechtem Beispiel voran, indem sie nach dem Kriege durch finanzielle Unterstützung und politische Protektion — im Austausch gegen Militärstützpunkte — das zerbrechliche Regime des „Caudillo" kitteten und es als verschämtes Glied in die Freie Welt aufnahmen. So verdankte der Hitler-Sproß der Entfesselung des Kalten Krieges, der doch dem Schutz der Demokratie dienen sollte, sein Überleben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß gerade die gaullistische Konzeption eines Kontinentaleuropas Spanien einschließen muß, was Franco die Möglichkeit verschafft, seine Finanzforderungen an die ihn ebenfalls umwerbenden USA höher zu schrauben. Trotz der sich anhäufenden Schwierigkeiten verbleiben ihm also noch etliche Möglichkeiten des Manövers, die er seit 1936 bis heute meisterhaft auszunutzen verstand. Die Beziehungen der westlichen Demokratien zu Franco enthüllen wichtige politische Lehren: die Diskrepanz zwischen Propaganda und Wirklichkeit wird sichtbar.

Heinz Abosch, Paris

Die Krise in Mittel-Amerika

Drei Jahre lang war Dr. Miro Cardonas, ehemaliger Ministerpräsident Kubas, Vorsitzender der kubanischen Flüchtlingsorganisation in Miami gewesen. Während des amerikanischen Invasionsversuchs in der „Bay of Pigs" hatte er eine entscheidende, unglückliche Rolle gespielt. Mit dem Scheitern dieses Angriffs hat er sich nie abgefunden. So wurde er der geistige Vater der „raiding parties", die kubanische Emigranten gegen ihr Heimatland unternahmen.

Diese Kleinangriffe hatten zwar keinerlei militärischen Erfolg, irritierten aber die kubanische Bevölkerung. Eine Reihe von Zuckerfeldern war von den Emigranten in Brand gesteckt worden; Napalmbomben, angeblich über Industrieanlagen abgeworfen, trafen öfters Wohngebiete und töteten oder verletzten eine Reihe kubanischer Zivilisten. Dr. Castros Regierung bewahrte eine erstaunliche Zurückhaltung; denn es war ja — im Grunde — jeder einzelne Angriff ein potentieller „casus belli".

Unter diesen Umständen mußte die amerikanische Regierung handeln. Der erste Schritt des Präsidenten: Aufruf an die kubanischen Emigranten, die Kriegshandlungen, welche die Vereinigten Staaten in Verlegenheit brachten, einzustellen. Cardonas Gruppe jedoch befolgte Kennedys Anordnung nicht: Die „hit and run raids" wurden fortgesetzt.

Kennedy mußte diese Emigranten entwaffnen und die Schiffe, die diese halbmilitärischen Verbände nach Kuba brachten, abfangen. Aber jede Direkthandlung hätte den Präsidenten die Sympathien der rechtsradikalen politischen Gruppen in den Südstaaten gekostet — Gruppen, welche seit Jahren zum offenen Krieg gegen das revolutionäre Kuba hetzten und die es Kennedy nie verziehen hatten, daß er die Herbstkrise des vorigen Jahres nicht

zum offenen Krieg steigerte. Kennedy wählte daher eine zweite Lösung: Er forderte britische Flottenverbände, die in der Nähe der Bahama-Inseln stationiert waren, auf, die Emigrantenschiffe abzufangen und zu entwaffnen. Die Mannschaften zweier Kaperschiffe wurden von britischen Matrosen nach der „great Bahamah", der größten Insel des Archipels, gebracht, und die Schiffe wurden nach der Kolonialverwaltungsstadt Nassau abgeschleppt.

Dieses Ereignis brachte die lang schwelende Krise zwischen der Kennedy-Regierung und den Exilkubanern zur Explosion. Cardonas lud die Journalisten Miamis zu einer Pressekonferenz ein und erklärte: „Mr. Kennedy hat uns eine zweite Invasion Kubas versprochen, eine Invasion, die von amerikanischen Kriegsschiffen und Flugzeugen offen unterstützt werden sollte. Dieses Versprechen hat er gebrochen. Deshalb kann ich nicht weiter der Führer der kubanischen Exilregierung sein und lege mein Amt nieder!"

Der Präsident dementierte sofort: Er erklärte, zu keiner Zeit sei ein solches Versprechen von ihm gegeben worden. Jedoch machte er die beunruhigende Feststellung, wohl zur Beruhigung der rechtsradikalen Bewegung der Südstaaten, der letzte Akt des kubanischen Dramas sei noch nicht geschrieben.

Die Hintergründe dieser Entwicklungen: In Lateinamerika gärt es. Seit Jahrhunderten leidet der Kontinent unter einer untragbaren Last der Güterverteilung. Einer verschwindend kleinen, unsäglich reichen Oberschicht stehen die Millionen verarmter und unterernährter Bauern und Landarbeiter gegenüber — über 80 % der Bevölkerung —, die unter ökonomischen Bedingungen leben, die für Europäer schlechthin unvorstellbar sind. Diese Situation führte zu dauernden Erhebungen und Revolutionsversuchen, welche mit ganz wenigen Ausnahmen einen Punkt gemein hatten: Sie blieben alle in der Mitte der revolutionären Entwicklung stecken und wurden rückschrittlich, statt fortschrittlich. Grund: Ungenügende Erziehung, der hohe Prozentsatz der Analphabeten, politische Immoralität der führenden Schichten und — bei weitem der wichtigste Punkt — die ungeheure Militärmacht und Wirtschaftsmacht der Vereinigten Staaten, welche bis vor kurzem immer auf Seiten des Rückschritts gestanden hatten. So folgte den sogenannten „Revolutionen" immer der Triumph des „ancien régime" in etwas modernerer Aufmachung. Der Ausspruch Maximilian de Robespierres: „Die Reichen sind eigentlich gutmütige Menschen: Sie würden alles für das Volk tun, außer natürlich aufhören es auszusaugen", läßt sich auf Südamerika anwenden.

Während der letzten zehn Jahre hatte Südamerika zwei fortschrittlich gedachte Revolutionen erlebt, die im Gegenlager endeten: Romulo Betancourt, der neugewählte Präsident Venezuelas, hatte zwei fortschrittliche Bücher geschrieben und war jahrelang im Gefängnis des faschistischen Präsident-Diktators Marco Perez Jimenez gesessen. Arturo Frondizi, Präsident Argentiniens, war Herausgeber einer fortschrittlichen Zeitung gewesen. Kaum waren die beiden Männer zu Staatsführern avanciert, begannen sie sofort mit der amerikanischen Hochfinanz zu verhandeln. Die wirtschaftliche Ausbeutung ihrer Länder durch amerikanische Interessen wurde fortgesetzt. Die ungleiche Güter- und Landverteilung blieb bestehen. Die Lage der verarmten Masse war die gleiche wie vor der „Revolution", von welcher sich die Völker Befreiung versprochen hatten.

E i n e lateinamerikanische Revolution war jedoch nicht „in der Mitte stecken geblieben", sondern hatte radikal alle Punkte ihres ursprünglichen revolutionären Programms durchgesetzt: Die k u b a n i s c h e Revolution. Darin liegt der Grund der amerikanischen Feindschaft gegen Kuba, und nicht in der geographischen Nähe der Insel zum amerikanischen Festland. Denn Kuba, ein militärisch schwaches Land,

könnte dem mächtigen Amerika nie militärisch gefährlich werden.

Die sozialistischen Länder waren zu weit entfernt, um Kuba je effektive militärische Hilfe zu gewähren. Trotzdem stellt Kuba eine große Gefahr für den amerikanischen Kontinent dar: Nicht wegen der angeblichen sowjetischen Militärsachverständigen, sondern wegen der Existenz und Grundsätze der kubanischen Revolution, die die inneren Verhältnisse Kubas so offensichtlich reformiert hat, daß sie von den verarmten Massen Zentral- und Südamerikas als freiheitsbringende Bewegung empfunden wird. Emsig aus Kuba nach allen lateinamerikanischen Staaten reisende revolutionäre Agenten, die den amerikanischen Journalisten und Fernsehkommentatoren vorschweben, existieren wohl kaum und sind auch denkbar unnötig. Denn die kubanische Revolution ist ihre beste eigene Propaganda.

Die Regierung Kennedy hat versucht, die Anziehungskraft des kubanischen Experimentes auf die Südamerikaner mit einem anderen Experiment abzuschwächen: Der „Allianz für den Fortschritt". Dieser „Allianz" mangelt es in keiner Weise an hochtönenden Worten, an Aufrufen an den Idealismus. Aber mit solchen ist dem unglücklichen Kontinent nicht gedient. Was hier nötig ist, sind nicht vorübergehende Nahrungs-, Geld- und Warenlieferungen, sondern Beendigung der wirtschaftlichen Ausbeutung von außen und eine gerechte Landverteilung im Innern, die den Hunger nicht für den Augenblick, sondern für alle Zeiten bannen würden. Doch ist es der Kennedy-Regierung noch nicht gelungen, auch nur eine einzige südamerikanische Regierung zu solchen Reformen zu verleiten. Und damit ist die ganze Allianz zur Dauererfolglosigkeit verurteilt. Man könnte sie am besten mit einem Betäubungsmittel vergleichen, das man einem Todkranken verabreicht. Die Schmerzen hören für den Augenblick auf. Die Krankheit frißt weiter.

In Lateinamerika gibt es ein sozialistisches Land — Kuba, sowie ein bürgerliches, das wichtige Reformen durchführte und eine fortschrittliche Politik betreibt: Bolivien. Es gibt drei Staaten unter ursprünglich als fortschrittlich geltenden Regierungen, die diese Staaten weiter in den wirtschaftlichen Bannkreis der amerikanischen Hochfinanz geführt haben: Venezuela, Brasilien und Argentinien. Argentinien ist seit Monaten in einen latenten Bürgerkrieg verwickelt, der meist unter der Oberfläche schwelt und alle paar Monate in kurze, sporadische Militärrevolten ausbricht: Der „Bürgerkrieg" dreht sich darum, ob man die größte politische Partei mit den meisten Stimmen überhaupt zu den Wahlen zulassen will, beziehungsweise kann, da ihr Triumph mit Sicherheit zu erwarten wäre. Es gibt in Südamerika schließlich zwei offen faschistische Militärdiktaturen: Peru und Paraguay, sowie einen rückschrittlich verwalteten Staat bürgerlich-nationaler Prägung: Chile. Mit Ausnahme von Bolivien und Kuba hungern etwa 80 % der südamerikanischen Bevölkerung.

Dieser „Hunger der Massen" ist der wichtigste Faktor Lateinamerikas. Er ist die Frage, die die Umriegelung Kubas durch die amerikanischen Interessen für die Wirtschaftsführer der Vereinigten Staaten zu einer Frage von „Leben und Tod" macht. Er ist der Grund zu allen militärischen und politischen Ereignissen Südamerikas. Er ist der Grund für die schlechtbenannte „Allianz für den Fortschritt", welche weder eine Allianz, noch fortschrittlich ist.

Erst wenn der Hunger der südamerikanischen Massen gestillt ist: nicht zeitweilig, sondern für immer; erst wenn alle südamerikanischen Staaten eine einschneidende Landreform durchführen: erst dann können auch die militärischen und politischen Probleme des Kontinents gelöst werden.

Brutus

Die Lage

Dr. Achim von Borries

Konkurs in Raten

I

Die Ära Adenauer geht so grau, so krisenhaft und unrühmlich zu Ende, wie es sich nicht einmal die hellsichtigsten und schärfsten Kritiker des bisherigen Bundeskanzlers vorgestellt haben mögen. Die staatspolitisch desaströse, für seine eigene Partei peinvolle Halsstarrigkeit des 87jährigen, die in den vergangenen Monaten die innenpolitische Diskussion in der Bundesrepublik beherrscht hat, ist, gemessen an den nach einer Lösung verlangenden sachlichen Problemen, nur eine Erscheinung von sekundärer Bedeutung, die freilich bis heute wesentlich dazu beigetragen hat, jene entscheidenden Probleme zu verschleiern. Mit der, wie man, durch Erfahrung gewitzigt, sagen möchte, vorläufig - endgültigen Berufung Prof. Erhards zum Kanzler-Nachfolger ist das personelle Problem vorerst gelöst — umso deutlicher werden nun die Konturen der Sachprobleme, vor denen der Nachfolger steht.

Von dem Mythos Dr. Adenauers ist nicht mehr viel geblieben. Und das nicht etwa nur wegen des hohen Alters und Alters-Starrsinns des Mannes, sondern wegen der von Tag zu Tag klarer erkennbar werdenden Fragwürdigkeit seiner g a n z e n politischen Konzeption. Das besagt, daß nicht etwa nur der Adenauer von heute, sondern auch der von gestern und vorgestern seinen Nimbus verliert. Man täuscht sich über die geschichtlichen Zusammenhänge, wenn man die „historischen Verdienste" des Adenauer von gestern der „Konzeptionslosigkeit" des Adenauer von heute gegenüberstellt; jene frühere Konzeption selbst hat zu dem heutigen Debakel geführt.

Position um Position der bisherigen Bundesregierung zerfällt. Das Fiasko der antisowjetischen Aufrüstungspolitik hat sich schon früh abgezeichnet; es steht heute bereits außer Diskussion. Mag die Bundesregierung diese Politik selbst noch immer fortsetzen, Argumente für sie finden nicht einmal mehr die eifrigsten Apologeten des Regimes Adenauer. Und es muß für dies Regime wahrlich bestürzend sein, daß auch schon seine besten publizistischen Hilfstruppen den Dienst zu verweigern beginnen: der Fall Sebastian Haffner ist wie kaum irgend etwas anderes ein Symptom für den Zusammenbruch der bisherigen außenpolitischen Konzeption Bonns. Haffner, einer der scharfsinnigsten Analytiker der deutschen Politik, gehört heute zu den schärfsten Kritikern des Adenauer-Kurses und hat erst kürzlich wieder in einem bemerkenswerten Fernseh-Gespräch mit dem Schweizer Dr. Hans Fleig eine Neuorientierung der Bonner Außenpolitik gefordert (Panorama vom 22. April).

Zu dem Debakel dieser Ost- und Deutschland-Politik der Ära Adenauer sind in den letzten Monaten in immer stärkerem Maße innerwestliche politische und wirtschaftliche Differenzen, militärpolitische Unstimmigkeiten und Widersprüche hinzugekommen. Und damit nicht genug: auch die Innen-, Wirtschafts- und Sozial-Politik der Bundesrepublik ist in Bewegung geraten. Aus alledem ergibt sich, daß wichtiger noch als die Frage nach einem neuen Mann längst die nach einem neuen K u r s geworden ist — und jeder neue Mann wird sich politisch erst legitimieren müssen durch eine solche neue Konzeption.

II

Prof. Erhard ist gerade in dem Augenblick zum Kanzler-Nachfolger proklamiert worden, da auch sein politisches Prestige schon wesentlich abgenutzt ist. Das sogenannte „Wirtschaftswunder" begründete den Nimbus Erhards. Es ist kein Zufall, sondern entspricht einer inneren Logik der Ereignisse, daß nach dem außenpolitischen nun auch der wirtschaftspolitische und der sozialpolitische Mythos der Bundesrepublik sich auflösen und eine durchaus widerspruchsvolle und spannungsreiche Wirklichkeit erkennbar wird. Und wenn über die mögliche Kanzlerschaft Prof. Erhards eines sich heute schon sagen läßt, so dieses: der Bundeskanzler Erhard wird nicht einfach die Politik des Wirtschaftsministers Erhard fortsetzen können.

Diese Erhard'sche Wirtschaftspolitik, die man heute weithin sehr viel nüchterner zu betrachten beginnt als in den Jahren der „Wirtschaftswunder"-Euphorie, ist der Hintergrund des Lohnstreiks der IG Metall, der Anfang Mai das innenpolitische Hauptthema der Bundesrepublik war. Denn sie hat nicht allein zu einer außerordentlichen Ausweitung der Produktions-Kapazitäten einerseits, der Konsumkraft andererseits, sondern auch zu einer staatspolitisch nicht unproblematischen sehr einseitigen Verteilung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen, von daher aber auch politischen Macht in der Bundesrepublik geführt. Von ihr hat schon 1958 ein keineswegs „linksstehender" Beobachter der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung seit 1948 gesagt:

> „Man wird kaum von der Wahrheit abweichen, wenn man feststellt, daß nach zehn Jahren sozialer Marktwirtschaftstheorie der Fiskus und die großen Kapitalgesellschaften reicher, das Volk in seiner Gesamtheit ärmer ist als vor dem Krieg. Ein Teil des relativen deutschen Wirtschaftswunders ist rein optisch dadurch bedingt, daß die Bundesrepublik den neuen Reichtum in das öffentliche Schaufenster gestellt hat (Juliusturm und Vocketurm) und die unzureichende Vermögensbildung der Bevölkerung im Dunkeln läßt, während die anderen Länder die Vermögensbildung in der Bevölkerung kräftig unterstützen und in das Schaufenster die öffentlichen Schulden stellen. Dadurch kommt das kuriose Ergebnis zustande, daß eine christlich-demokratische Regierung, die ununterbrochen das Bekenntnis zu Privateigentum und Sozialstaat im Munde führt, in Wirklichkeit den Reichtum bei der öffentlichen Hand und den großen Kapitalgesellschaften konzentriert hat (und damit in die Nähe administrativ gelenkter totalitärer Staaten gerät), während die Vertreter kapitalistischer Wirtschaftsprinzipien (USA) den sozialen Reichtum breit verteilen, und sozialistisch regierte Länder (wie ztw. England, Frankreich, skandinavische Länder) die private Vermögensbildung auf Kosten der Verschuldung im öffentlichen Sektor fördern. Die Akkumulation der Reichtumsbildung in der Zehnjahresperiode 1949/57 ist in der Bundesrepublik genau nach den Erwartungen von Karl Marx erfolgt und nicht nach den Theorien von Ludwig Erhard." (Anton Reithinger, „Soziale Marktwirtschaft auf dem Prüfstand", Frankfurt am Main 1958, Seite 25 ff.)

Und derselbe Autor stellt fest:

> „Das deutsche Steuersystem begünstigt die Selbstfinanzierung der Großunternehmungen zu Lasten des Mittelstandes und der Allgemeinheit. Die Ausschüttungspraxis der Verwaltungen macht im Gegensatz zu den Gepflogenheiten in anderen Ländern davon in so konsequenter Weise Gebrauch, daß maßgebende Unternehmungen der deutschen Ausfuhrindustrie im Verlauf weniger Jahre das Mehrfache ihres Aktienkapitals neu investiert haben, während sie nur Bruchteile von 5 bis 10 % der wirklich erzielten Gewinne an die Anteilseigner ausschütten. Die deutsche Großindustrie hat auf diese Weise seit der Währungsreform eine Größenordnung von mindestens 100 Mrd. DM zusätzlich über den Preis und die Steuerersparnis aufgebracht."

Dieser Trend ist in den seit dem Erscheinen der bemerkenswerten Studie von Dr. Reithinger vergangenen Jahren nicht etwa schwächer, sondern noch stärker

geworden. Die IG Metall unter der Führung von Otto Brenner macht kein Hehl daraus, daß sie sich gewissermaßen als das (letzte?) „schlechte Gewissen" der westdeutschen Wirtschafts- und Sozial-Politik versteht. Es geht ihr um eine evolutionäre wirtschaftliche Demokratisierung als Voraussetzung einer wirklichen politischen Demokratie[1]). Der Metallarbeiterstreik hat der breiten Öffentlichkeit der Bundesrepublik zum erstenmal eine unmißverständliche Andeutung der vorhandenen Disproportionen in unserer gesellschaftlichen Ordnung gegeben. Nicht zuletzt, das kann nicht verschwiegen werden, durch das Verhalten der Arbeitgeber, die auf den Lohnstreik mit der (seit 1928 in Deutschland nicht mehr angewandten) Totalaussperrung der Arbeitnehmer antworteten. Rein juristisch gelten Streik und Aussperrung als gleichberechtigte Waffen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber im Arbeitskampf. Aber es sollte darüber doch nicht die moralische und gesellschafts-politische Seite übersehen werden. Und hier können Streik und Aussperrung nicht auf die gleiche Ebene gestellt werden. Der Streik ist ein Kampfmittel der organisierten Abhängigen bei ihrem grundsätzlich gewiß kaum anfechtbaren Verlangen nach wirklich angemessener Beteiligung am Sozialprodukt; die Aussperrung hingegen ist ein Mittel der wirtschaftlich Selbständigen, gesellschaftlich Mächtigen, im Bemühen um die Aufrechterhaltung dieser Machtpositionen. Die Unternehmer dokumentieren gerade durch die Aussperrung, daß sie über andere „verfügen" können. Es verdient in diesem Zusammenhang die Stellungnahme des als katholischer Sozialphilosoph hochangesehenen, für die katholische Betriebsseelsorge im Dortmunder Raum verantwortlichen Jesuitenpaters Clemens Brockmöller Erwähnung. Er erklärte (laut Stuttgarter Zeitung vom 7. Mai), die Aussperrung von Belegschaften nicht bestreikter Betriebe stehe im Widerspruch zu den Lehren der päpstlichen Enzykliken.

Es ist schon vor einigen Monaten an dieser Stelle (Heft 7/62, S. 496 ff.) auf die unverhohlenen Bestrebungen gewisser Unternehmerkreise hingewiesen worden, die Freiheit der Gewerkschaften in der Bundesrepublik einzuschränken. Und wir haben bei dieser Gelegenheit von der, gerade angesichts der immer bedrohlicher werdenden autoritären und militaristischen Tendenzen in der Bundesrepublik, außerordentlichen staatspolitischen Bedeutung der Gewerkschaften gesprochen. Wenn eines an dem Metallarbeiterstreik Anfang Mai interessant ist und Besorgnis hervorruft, dann die Reaktion eines Teiles der deutschen Öffentlichkeit, der beim ersten härteren Lohnkampf in der Bundesrepublik seit vielen Jahren sogleich nach einer Einschränkung der Streikfreiheit und Tarifautonomie verlangte. Erinnert sei hier nur an die Erklärungen des CDU-Geschäftsführers Dufhues in Saarbrücken, der dort ein deutsches Taft-Hartley-Gesetz befürwortete. Es ist zu erwarten, daß dergleichen Bestrebungen in nächster Zeit, verbunden mit einer starken Propaganda von seiten der Unternehmer, forciert werden. Sie verdienen höchste Aufmerksamkeit, ebenso wie die sozialpolitisch höchst fragwürdigen Bemühungen bestimmter Kreise, die Arbeitszeitverkürzung nicht nur zu bremsen, sondern zum Teil sogar rückgängig zu machen. Eine Gruppe von Abgeordneten der heutigen Regierungsparteien hat kürzlich in diesem Sinne im Bundestag interveniert und die Regierung gefragt, „ob dem Arbeitskräftemangel in der Bun-

[1]) Auch der bekannte Hamburger National-Ökonom Prof. Dr. Heinz Dietrich Ortlieb kommt zu der Feststellung, „daß unser rascher Wiederaufbau nach dem Kriege mit der Bildung großer neuer Produktivvermögen verbunden war, die sich überwiegend in den Händen einer kleinen Minderheit ansammelten, daß die breite Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger wohl in den Genuß eines steigenden Lebensstandards gekommen, aber kaum in der Lage gewesen war, sich an der Vermögensbildung zu beteiligen." (Das Ende des Wirtschaftswunders, Wiesbaden 1962, Seite 72 ff.) Und er weist darauf hin, daß „die soziale Marktwirtschaft als Ideologie nicht zuletzt auf eine Heiligsprechung des Privateigentums und der privaten Unternehmer-Wirtschaft hinauslief." (Daselbst.)

desrepublik nicht im Interesse des ganzen Volkes durch Mehrarbeit begegnet werden müßte." (Handelsblatt vom 18. 3. 1963). Ein solches Ansinnen schon muß sozialpolitische Unruhe schaffen, die sich auch staatspolitisch auswirkt.

Angesichts der oben skizzierten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse in der Bundesrepublik und der auf die derzeitige Wirtschaftspolitik zurückzuführenden erheblichen Konjunkturabschwächung stehen der Bundesrepublik ungeachtet der relativ schnellen Einigung im Metallkonflikt vermutlich heftige gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen bevor. Es wird alles darauf ankommen, daß sie in demokratischen Formen ausgetragen werden; anders gesagt, es dürfen diese innenpolitischen Spannungen den Regierenden nicht zum Vorwand für eine die Demokratie gefährdende Notstandsgesetzgebung werden.

III

Diese mehr und mehr zutage tretende Problematik unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung gehört wie die außenpolitische Misere der Bundesrepublik zum Erbe der Ära Adenauer-Erhard. Es besteht zwischen beidem insofern ein unmittelbarer sachlicher Zusammenhang, als gerade die hinsichtlich ihrer außenpolitischen Zweckmäßigkeit schon längst fragwürdig gewordene Bonner Aufrüstungspolitik sich auch immer mehr als gefährliche wirtschaftliche Hypothek erweist. Denn wenn es heute in der Bundesrepublik besorgniserregende inflationäre Tendenzen gibt, dann sind sie vornehmlich auf die Hypertrophie des Rüstens zurückzuführen. Der Wehretat ist inzwischen auf 18,4 Milliarden DM angestiegen. Eine weitere Erhöhung läßt sich schon jetzt absehen. Sollte es zu der geplanten multinationalen Atomstreitmacht kommen, so wird damit gerade für die Bundesrepublik eine weitere außerordentliche finanzielle Belastung verbunden sein; eine Belastung durch ein Projekt, das, von seiner politischen Problematik ganz abgesehen, schon jetzt rein militärisch höchst umstritten ist.

Beachtet werden müssen in diesem Zusammenhang die in letzter Zeit erheblich stärker gewordenen rüstungs-wirtschaftlichen Bestrebungen der deutschen Industrie, die mehr und mehr dazu übergeht, im Augenblick der Konjunkturabschwächung in vom Staate garantierte Rüstungsaufträge auszuweichen (siehe dazu die Spalte „Aus der Wirtschaft" in diesem Heft). Nicht weniger interessant ist der Hinweis des Verteidigungsministers von Hassel auf einer Tagung in Bad Boll Ende April, daß die Bundeswehr gegenwärtig bereits für 700 Millionen DM im Jahr Forschungsaufträge an die deutschen Universitäten vergibt. Das läßt erkennen, welches Ausmaß die Rüstungs-Investitionen angenommen haben und in welchem Maße die Aufrüstung mehr und mehr alle Bereiche der Gesellschaft durchdringt. Ein Blick auf die Verhältnisse in die USA genügt, um der von dieser mittelbaren Militarisierung der Hochschulen ausgehenden Bedrohung der Freiheit von Forschung und Lehre inne zu werden. Die Forschungsaufträge sollen, wie Herr von Hassel deutlich zu verstehen gab, als eine Art Köder dienen — das ganze Elend dieser Bundesrepublik läßt sich daran exemplifizieren, daß die nicht zuletzt infolge des einseitig rüstungspolitischen Interesses der Bundesregierung so ungeheuer vernachlässigten Universitäten nun ausgerechnet auf dem Umwege über Bundeswehr-Forschungsaufträge finanziell „gefördert" werden ...

So unverkennbar der Zusammenbruch der bisherigen Bonner Außenpolitik ist, es darf nicht übersehen werden, daß diese Politik durchaus noch nicht „abgeblasen" ist. Ganz besonders gilt das von der Aufrüstung. Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, in welchem Maße sie sich gegenüber dem rein Politischen verselbständigt hat. Es gibt offensichtlich gerade im Augenblick Bestrebungen, diese Verselbständigung gleichsam zu institutionalisieren. Wir sprechen von den Bemühungen einer Offiziersgruppe, das Verteidigungsministerium im Sinne einer

Übertragung der Kommandogewalt an die Inspekteure der drei Waffengattungen zu reorganisieren. Die Bundeswehr soll autonom werden gegenüber der politischen Führung. Offenbar halten bestimmte Kreise die Stunde für günstig, zeigt doch die Bundesregierung im Moment ihre ganze innere Schwäche. Zum anderen mag der Blick in die Zukunft solche gefährlichen Pläne mitbestimmen — den Militärs kann nicht verborgen geblieben sein, daß am Ende der Ära Adenauer mit der bisherigen Außenpolitik auch die Aufrüstung fragwürdig geworden ist und in den nächsten Monaten wieder stärker als bisher umstritten sein wird. Vermutlich wollen die „Autonomisten" sich noch rechtzeitig sichern gegen eine mögliche neue, nicht mehr auf unbegrenzte Aufrüstung eingeschworene politische Gesamtkonzeption.

Auch die verstärkten Bemühungen der Bundeswehr um Kontakte zu den Hochschulen, wie etwa auf der erwähnten Tagung in Bad Boll, sollen vor allem die psychologische und ideologische Etablierung des militärischen Apparates nicht mehr nur im Staate, sondern auch in der Gesellschaft fördern. Offensichtlich stößt das Militär nach wie vor, ja im Augenblick wieder mehr als in den letzten Jahren, auf Zurückhaltung und Skepsis. Das bestätigen vor allem die in letzter Zeit immer wieder vernehmbaren Lamentationen von militärischer Seite, die Bundeswehr werde in Stat und Gesellschaft nicht genügend anerkannt. Man wünscht, daß die Aufrüstung endgültig als „selbstverständlich" akzeptiert wird. Mit dem allgemeinen Begriff „Landesverteidigung" soll diese bestimmte Militarisierung der Bundesrepublik gerechtfertigt werden. Aber gerade das ist heute weniger denn je möglich. Nach alledem, was in den letzten Jahrzehnten in Deutschland und durch Deutschland geschehen ist, kann uns eine Aufrüstung niemals mehr „selbstverständlich" sein. Vollends nicht im Zeitalter der atomaren Vernichtungswaffen und der Teilung Deutschlands. Die sogenannte Landesverteidigung hat gerade für uns Deutsche ein für allemal ihre geschichtliche Unschuld verloren! Das sagen, heißt nicht etwa jede Landesverteidigung unbedingt ablehnen, und es bedeutet nicht einmal prinzipielle Gegnerschaft gegen die Bundeswehr, wohl aber bedeutet es, daß uns eine völlige Unbefangenheit dem Militärischen gegenüber nicht mehr möglich ist. Erst recht nicht nach den außen-, innen- und nun auch wirtschaftspolitischenn Erfahrungen, die wir in den letzten Jahren mit der nach atomaren Waffen strebenden und auf eine Total-Militarisierung der Bevölkerung drängenden Bundeswehr gemacht haben[2]).

So kann man denn nur mit größtem Mißtrauen alle offenen oder versteckten Bestrebungen verfolgen, gerade jetzt das, was höchstens noch Ausnahme sein kann, wieder zur Regel, d. h. zum völlig Selbstverständlichen zu machen. (Und gerade je mehr die Bundeswehr selbst verlangt, als „selbstverständlich" akzeptiert zu werden, desto stärker werden gewiß auch die Tendenzen einer prinzipiellen Gegnerschaft gegen sie werden!)

---

[2]) Alarmierend sind neuerdings Pläne des Verteidigungsministeriums für eine Frauen-Dienstpflicht. Sie würde dem Artikel 12 des Grundgesetzes widersprechen — was aber die Initiatoren solcher Projekte nicht etwa zur Zurückhaltung, sondern zu Bemühungen um eine Grundgesetzänderung veranlaßt. So scheut man sich nicht, um fragwürdiger militärischer Bestrebungen willen die Verfassung dieses Staates zu manipulieren! — Und noch etwas anderes aus diesen Tagen, das nicht minder empörend den Geist der Ära Adenauer demonstriert: Der Hamburger CDU-Bundestagsabgeordnete Rollmann hat es als Vorsitzender der „Staatspolitischen Gesellschaft" abgelehnt, an einer Gedenkstunde zum 25. Todestag des Friedensnobelpreisträgers Carl von Ossietzky in Hamburg teilzunehmen, da wir es uns heute nicht leisten könnten, „Pazifisten durch Gedenkstunden als Vorbilder für das heutige Deutschland herauszustellen." (Kölner Stadtanzeiger vom 7. Mai 1963.) Kaum glaublich, aber wahr!

IV

Das Debakel des Regimes Adenauer, das eine Überprüfung nicht nur unserer Außen-, sondern auch unserer Innen-, Wirtschafts- und Sozial-Politik unausweichlich macht und uns nun endlich die Möglichkeit einer längst fälligen sinnvollen Neuorientierung gibt, begünstigt zweifellos die Sozialdemokraten, die denn auch zum erstenmal ernstlich an einen Wahlsieg auf Bundesebene denken können. Die SPD hat unter der Führung Wehners in den letzten zwei Jahren einen teuren Preis bezahlen müssen, um „regierungsfähig" zu werden. Ja, man kann heute die Frage stellen, ob die größte Oppositionspartei nicht gerade durch diese forcierte Anpassung an den bisherigen Bonner Kurs im Grunde regierungsunfähig geworden ist! Die Partei ist durch Wehner und seine Gruppe gerade auf die Konzeptionen festgelegt worden, die von Monat zu Monat fragwürdiger, ja widersinniger werden.

Diese Entwicklung zwingt jetzt aber auch die SPD-Spitze zu einer neuen Anpassung an neue Gegegebenheiten. Zumindest die weitsichtigeren Sozialdemokraten erkennen heute: Dies ist nicht die Stunde einer taktischen Gelegenheit, sondern einer historischen Chance! Aber die SPD kann diese Chance nur dann wahrnehmen, wenn sie wieder eine wirkliche Alternative zu den bisherigen Bonner Konzeptionen vertritt. Das Verlangen nach einer solchen Alternative ist größer denn je. Es wäre geradezu selbstmörderisch, wenn die deutsche Sozialdemokratie es weiterhin versäumen würde, zu einer solchen Alternative in der Sache zu werden. Und es wäre staatspolitisch verhängnisvoll: Denn das immer größer, immer gefährlicher werdende politische und auch psychologische Vakuum der Bundesrepublik verlangt dringend eine entschiedene, von breiten demokratischen Kräften getragene Kursänderung in Bonn. Und wenn die Sozialdemokraten wohl beraten sind, dann spüren sie, daß sich in der Stimmung ihrer Wähler in den vergangenen Monaten einiges geändert hat. Die SPD hat ihre Wahlkämpfe immer wieder mit einer Parole geführt, mit der sie sich von der CDU unterscheiden wollte, ohne sich von ihr doch wirklich unterscheiden zu wollen: „Dasselbe anders", so hieß es. Mögen die Wähler lange Zeit vor allem von dem scheinbar beruhigenden „dasselbe" angezogen worden sein — heute, und je länger desto mehr, werden sie auf das „anders" achten!

Was die Außen- und die mit ihr ja stets unmittelbar verknüpfte Deutschland-Politik betrifft, hat Sebastian Haffner in dem schon erwähnten Fernsehgespräch einen bedenkenswerten Hinweis gegeben:

> „Also meiner Meinung nach ist das allererste und wichtigste, daß man den Fehler von 1955 wieder rückgängig macht. Man muß aus der Einordnung der beiden deutschen Teilstaaten in zwei entgegengesetzte Bündnissysteme heraus, solange sie darin bleiben, ist nichts zu machen, denn zwei Teile eines Staates können nicht gegeneinander militärisch verbündet sein. Man muß zweitens — man kann nur heraus aus der Bündnisfrage — und man muß in diesem Zusammenhang endlich eine tatsächliche Friedensregelung finden, d. h. einen Ausgangspunkt, der innere und äußere Verhältnisse in Deutschland wieder reinlich scheidet. Augenblicklich ist ja das Paradoxe das, daß die deutsche Innenpolitik gewissermaßen amerikanische und russische Außenpolitik ist. Davon muß man weg. Es muß ganz klar werden: Also da ist ein Schlußstrich gezogen, Deutschland im ganzen hat die und die Verpflichtungen und die und die Grenzen und innerhalb dieser Grenzen und dieser Verpflichtungen sind die Deutschen wieder Herr im eigenen Haus. Dann kommt das Dritte, nämlich das innenpolitische Zusammenarbeiten der getrennt gewordenen Staaten. Komischerweise stelle ich mir das gar nicht so schwer vor, wie manche Leute es tun. Ich kann nicht sehen, daß es unmöglich sein soll, innerhalb desselben föderativen Staates sozialistisch geleitete Länder und kapitalistisch geleitete Länder zu haben."

Haffner kennt freilich auch die „gesamtdeutsche" Mentalität gut genug, um die

zu überwindenden Schwierigkeiten zu sehen, die nicht nur politisch und ideologisch, sondern auch psychologisch bedingt sind. Er sagt von den deutschen Kommunisten, daß sie die guten und auch leider die sehr schlechten Eigenschaften aller Deutschen hätten:

> „Sie sind Pedanten, sie sind Doktrinäre, sie nehmen ihre eigenen ideologischen Vorurteile und das, was sie sich dabei denken, furchtbar ernst. Aber, das hoffe ich, und ich möchte fast sagen: Ich bete zu Gott, daß die Deutschen, nach allem, was sie durchgemacht haben, endlich lernen, ein bißchen Humor und Toleranz im Umgang miteinander zu zeigen und ihre Ideologien nicht ganz so ernst zu nehmen."

Man sollte sich keine Illusionen darüber machen, wie weit wir zu unserem eigenen und vor allem „gesamtdeutschen" Schaden davon noch entfernt sind. Auf beiden Seiten. In der Bundesrepublik hat der neue Minister Barzel die Rolle des antikommunistischen Wanderpredigers und Erzfeindes jeglicher Kontakte zur DDR übernommen. In der DDR wird weiterhin eine politische Koexistenz der beiden deutschen Staaten befürwortet; und man sollte gerade jetzt die Verantwortlichen in Ost-Berlin beim Worte nehmen, ehe es zu einer weiteren verhängnisvollen Verhärtung auch ihrer Haltung gekommen ist. (Eine solche zeichnet sich bereits ab: so wurde in einem Kommentar des Deutschland-Senders vom 26. April die DDR mit Emphase als der einzige „rechtmäßige" deutsche Staat bezeichnet, eine These, die, wie die entsprechende westdeutsche, eine Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten sehr erschweren und eine Konföderation zwischen ihnen nahezu unmöglich machen muß!) Gleichzeitig wird aber mit einem schon geradezu kreuzzüglerischen blindwütigen Eifer eine ideologische Koexistenz zwischen den beiden Staaten und Gesellschaftssystemen bekämpft. Diese Haltung der DDR ist gewiß nicht ermutigend für diejenigen in der Bundesrepublik, die aus Einsicht für eine „koexistenzielle" Lösung des Deutschland-Problems eintreten. Und sich darüber im klaren sind, daß beiden Staaten und Gesellschaftssystemen, über die Unerläßlichkeit der menschlichen Kontakte hinaus, ein lebendiger geistiger Austausch nur nutzen kann; ja, daß beide Teile Deutschlands auf eine wechselseitige Befruchtung angewiesen sind, wollen sie nicht im spätkapitalistischen bzw. „sozialistischen" Provinzialismus verkümmern, ersticken! Aber wenn jene Tendenzen in der DDR uns nicht gerade ermutigen, wir sollten uns von ihnen doch auch nicht entmutigen lassen, vielmehr unseren eigenen Willen zu illusionsloser und doch zukunftsoffener Koexistenz in Deutschland glaubwürdig demonstrieren. Solange es an solchen entschiedenen Bekundungen unseres eigenen Willens zur politischen und ideologischen Koexistenz derart fehlt wie bisher, haben wir kein Recht, uns über gewiß problematische Tendenzen in Ost-Berlin zu beklagen. Die letzteren werden sich nur durch eine überzeugende Bereitschaft der Bundesrepublik zu sachlichen Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands eindämmen lassen.

V

Zu den denkwürdigen Ereignissen dieser Jahre gehört, das darf man ohne Übertreibung sagen, die am Gründonnerstag 1963 von Papst Johannes XXIII. erlassene Enzyklika „Pacem in terris". Sie hat weit über den Kreis der katholischen Gläubigen hinaus Beachtung und auch auf nicht-katholischer Seite unverhohlene Zustimmung gefunden (vgl. dazu die Auszüge in den „Dokumenten zum Zeitgeschehen" dieses Heftes.) Das Dokument verdient mehr als eine im engen Sinne tagespolitisch-taktische Ausmünzung, wie sie ihm derzeit von verschiedenen Seiten zuteil wird. Um nicht mißverstanden zu werden: Gerade daß diese Enzyklika so unmittelbar zu den Lebensfragen der heutigen Menschheit Stellung nimmt und so nachdrücklich zu einem „Sicheinlassen" jedes einzelnen

auf diese Lebensfragen auffordert, macht ihre Bedeutung aus. Sie tut es in einem ungewohnt sachlich-nüchternen, „welthaften" Ton und Stil. Mit Recht hat man hervorgehoben, welch' außerordentliche Impulse für die so notwendigen und doch auch so schwierigen Bemühungen um eine allgemeine Abrüstung in der Welt von ihr ausgehen. So haben auf der Genfer Abrüstungskonferenz mehrere Sprecher die Enzyklika ausdrücklich erwähnt, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Doch man wird gerade diesem Eintreten Johannes' XXIII. für die Abrüstung nur dann voll gerecht, wenn man es im Rahmen seiner „Gesamtkonzeption" sieht. Diese Enzyklika fordert mehr als „bloße" Abrüstung und Koexistenz. Sie fordert vielmehr, was man aktive Koexistenz nennen kann. Oder, um es mit dem Titel eines Abschnittes der Enzyklika selbst zu sagen: sie ruft auf zu „tätiger Solidarität". Einer Solidarität im weltweiten Maßstabe. Das ist das so überaus Eindrucksvolle, ja, wir sagen es als Protestant mit aller nun einmal gegebenen Distanz, Bewunderungswürdige dieses päpstlichen Appells. Johannes XXII. ruft auf nicht einfach nur zu einem Nebeneinander der verschiedenen Völker, Rassen, Staaten, Gesellschaftssysteme, sondern zu einem aufrichtigen Miteinander. Er erinnert an die furchtbare Not in den sogenannten „Entwicklungsländern" und fordert gemeinsame Anstrengungen zur Hebung ihres Lebens- und Bildungsstandards. Dem entspricht eine erstaunlich positive Beurteilung, ja sozusagen eine päpstliche Sanktionierung der Vereinten Nationen und das Drängen auf einen Ausbau der Weltorganisation. So ist diese Enzyklika eine „Kooperations-Enzyklika". Ihr Horizont ist die eine unteilbare Menschheit, die doch gerade erst beginnt, den Krieg ein für allemal abzuschaffen, mit vereinten Anstrengungen die unermeßliche Not in vielen Teilen der Erde aufzuheben und so eine wirklich menschenwürdige Welt-Völker-Gemeinschaft zu werden.

(Abgeschlossen am 8. Mai 1963)

Karl Graf von Westphalen

Zur Friedensenzyklika Papst Johannes' XXIII.

Die Enzyklika Papst Johannes' XXIII. „Pacem in terris"*) ist von vielen Seiten, insbesondere von zahlreichen Politikern, als „geschichtliches Dokument" bezeichnet worden. Wenn diese Feststellung besagen soll, daß die päpstliche Enzyklika ein Dokument darstellt, das gestaltend in den Lauf der Geschichte eingreifen will, so ist diese Wertung allerdings unbestreitbar; aber zugleich ist sie doch in gewisser Weise — wie sich gerade an der eigentümlichen Unverbindlichkeit der zitierten Formulierung zeigt — auch ein Zeugnis der Ratlosigkeit und des Unverständnisses. Der Präsident der Vereinigten Staaten, selbst Katholik, hat Zeitungsberichten zufolge erklärt, er stimme jedem Satz der Enzyklika zu; an dieser Äußerung wird das — angesichts der Größe und Bedeutung des päpstlichen Rundschreibens gewiß erklärliche — Unverständnis ganz offensichtlich. Denn es geht überhaupt nicht um bloße Zustimmung. Es wäre eine völlige Verfehlung des Sinnes der Enzyklika, sich nur intellektuell mit ihren Aussagen auseinander-

*) Vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen" in diesem Heft.

zusetzen und diese als richtig anzuerkennen; damit ist so gut wie nichts gewonnen. Es geht vielmehr um Annahme der Enzyklika als Richtschnur vernunftgemäßen politischen Handelns.

Niemandem soll hier unterstellt werden, er wolle die Enzyklika als „geschichtliches Dokument" sozusagen in einen „Ideen-Himmel" hochloben, um auf diese Weise ihre unmittelbare Wirkung auf das Zusammenleben der Menschen möglichst zu entkräften. Ein solcher Versuch, auch wenn er bewußt unternommen würde, wäre wohl auf die Dauer zum Scheitern verurteilt. Sicherlich gibt es Menschen, selbst viele Katholiken, denen die Mahnung der Enzyklika unbequem und ärgerlich ist, weil sie von ihnen ein radikales Umdenken verlangt, vielleicht sogar die Aufgabe einer bisher unter dem Etikett der christlichen Lehre betriebenen Politik, der nun die päpstliche Enzyklika auch den letzten Schein einer Legitimation entzogen hat. Aber — wir wollen nicht polemisieren, sondern auf das hören, was die Enzyklika uns zu sagen hat.

Man hat der katholischen Kirche — ob zu Recht, sei hier dahingestellt — gelegentlich den Vorwurf gemacht, ihre Äußerungen seien oft zu abstrakt, zu verklausuliert, sie blieben daher gerade dem Verständnis derjenigen verschlossen, die es eigentlich angehe. Wie dem auch sei, gegenüber der Enzyklika „Pacem in terris" wäre ein solcher Vorwurf gänzlich ungerechtfertigt. Hier werden die gesellschaftlichen und politischen Fragen unserer Zeit in einer Deutlichkeit angesprochen, die Mißverständnissen keinen Raum läßt. Die konkreten politischen Begriffe unserer Zeit werden — besonders deutlich wird das bei der Erörterung der Fragen der Abrüstung — nicht vermieden; die Aussagen der Enzyklika bedürfen keiner Rückübersetzung in die Sprache der Politik. Nur von ihrem Fundament und von der hinter ihnen stehenden Autorität her unterscheiden sie sich von den politischen Erklärungen eines Staatsmannes; ihr sachlicher Inhalt besteht in ganz konkreten und präzisen Vorschlägen, die von unmittelbarer politischer Bedeutung sind.

Die Enzyklika richtet sich ausdrücklich nicht nur an die Angehörigen der katholischen Kirche, sondern an „alle Menschen guten Willens". Ohne den Standpunkt der katholischen Lehre auch nur im geringsten preiszugeben oder aufzuweichen, setzt sie bei ihren Adressaten — also der ganzen Menschheit — nicht mehr voraus als V e r n u n f t und g u t e n W i l l e n. So paradox es klingt: gerade die Atombombe hat, indem sie jedem deutlich macht, daß die Menschheit in Zukunft nur noch ein gemeinsames Schicksal haben kann — Vernichtung oder Weltfrieden —, über die bestehenden politischen Blöcke hinweg das Bewußtsein der Verbundenheit und der gegenseitigen Verantwortung der gesamten Menschheit füreinander verstärkt. Aus der Gefahr eines weltweiten Vernichtungskrieges entstand — und dem trägt die Enzyklika Rechnung — eine neue weltweite Solidarität, der gegenüber alle trennenden Unterschiedlichkeiten zurückzutreten haben.

In diese historische Krisensituation tritt die Enzyklika ein und weist den Weg zur Erhaltung des Friedens und zur Rettung der Menschheit. Das geschieht in einer sehr unpathetischen und nüchternen Form. Es bleibt nicht bei der selbstverständlichen Verurteilung des Atomkrieges, die schon Pius XII. ausgesprochen hat. Ganz generell wird erklärt, der Krieg sei nicht mehr das geeignete Mittel, verletzte Rechte wiederherzustellen. Der Schwerpunkt des Rundschreibens aber liegt bei den Vorschlägen zur Vermeidung des Krieges. Dabei ragt der Abschnitt über die Abrüstung hervor, in dem die Theorie der militärischen Abschreckung und des sogenannten „Gleichgewichts des Schreckens" als eine Frucht des „Gesetzes der Furcht" verworfen, der Rüstungswettlauf verurteilt, das Verbot der Kernwaffen und Kernexperimente und die allgemeine kontrollierte Abrüstung gefordert werden.

Man wird der Enzyklika nicht gerecht, wenn man sie, wie es von mancher Seite mit einem Beiklang des Tadels geschehen ist, als „revolutionär" bezeichnet. Im Grunde geschieht in der Enzyklika nichts anderes, als daß politische Grundprobleme mit dem Maßstab der Vernunft und des Naturrechts beurteilt werden. Wenn eine bestimmte Richtung der Politik vor diesem Maßstab nicht länger bestehen kann, dann können und dürfen wir das im Interesse der Wahrheit nicht verschweigen. Wir sind geradezu verpflichtet, klar auszusprechen, daß die Aussagen der Enzyklika zur Abrüstung eine unabweisliche und endgültige Verurteilung der Politik enthalten, die heute noch in Deutschland und von einer Partei betrieben wird, die sich christlich nennt und von Katholiken geführt wird. Dieses Urteil trifft die deutsche Politik nicht darum, weil auch sie sich, freilich in besonderem Maße, am Rüstungswettlauf beteiligt hat; diesem Vorwurf kann sich kein Staat der Welt entziehen. Betroffen und verurteilt wird die Politik unserer Staatsmänner vor allem deswegen, weil die militärische Abschreckung und die atomare Erpressung von uns nicht nur als Übel in Kauf genommen wurden, das man nicht glaubte umgehen zu können, sondern weil gerade dies der eigentliche Kern und das Ziel unserer Politik war und ist. Wenn die Enzyklika „Pacem in terris" von den entscheidenden Politikern in Bonn begriffen und befolgt würde, dann könnte die Politik der Stärke, die wir heute noch betreiben, nicht einen Tag länger fortgesetzt werden.

Man hat in der westlichen Welt mit peinlichem Erstaunen vermerkt, daß die Kommunisten die Enzyklika des Papstes begrüßt haben; man glaubte darin einen taktischen Schachzug erkennen zu müssen. Diese Annahme dürfte angesichts dessen, was der Papst in der Enzyklika zu den Fragen der Koexistenz sagt, unhaltbar sein. Scharfsinnige Beobachter haben — obzwar der Begriff der Koexistenz in der Enzyklika nicht ausdrücklich verwendet wird — von einer weitgehenden Übereinstimmung zwischen dem Papst und gewissen Äußerungen Chrustschows gesprochen. Das ist nicht so merkwürdig, wie es zunächst erscheint. Friedliche Koexistenz, das heißt das sachliche Gespräch und die Zusammenarbeit mit Andersdenkenden, besonders also mit Angehörigen des anderen Blocks der gespaltenen Welt, auf der Grundlage der Vernunft und des guten Willens, und „selbstlose Bereitschaft, mit vereinten Kräften zu schaffen, was seiner Natur nach gut ist oder zum Guten gewendet werden kann" ist eine Forderung, von deren Erfüllung heute die Erhaltung des Friedens abhängt. Ganz offensichtlich will Papst Johannes XXIII. die kommunistische Welt nicht nur als bloßes Faktum anerkennen, dessen Existenz man respektieren muß; sondern er spricht, wie in der Enzyklika mehrfach zum Ausdruck kommt, den Staatsmännern des Ostens Vernunft und guten Willen nicht ab, wie das bei uns leider noch allzuhäufig geschieht.

Es ist eine sehr treffende Formulierung, wenn ein deutscher Katholik die Haltung des Papstes als „realistischen Optimismus" beschreibt. Die Forderung der Sowjetführer nach friedlicher Koexistenz findet — in dieser Klarheit und dieser Autorität erstmals — von der Seite des Westens her ein konstruktives Verständnis und Entgegenkommen. Sie wird nicht mehr als hinterhältiges, taktisches Manöver abgetan, sondern als ernst und ehrlich beachtet und gewürdigt. Hier tun sich neue Türen auf. Der Papst spricht nicht nur davon, daß das „Gesetz der Furcht" nur durch Vertrauen überwunden werden kann; er macht mit der Überwindung dieses Gesetzes einen entschlossenen Anfang.

In diesem Zusammenhang enthält die Enzyklika einige wesentliche Aussagen, die gerade für uns Katholiken in der Bundesrepublik von höchster Bedeutung sind, da sie in besonderem Maße auf die deutsche Situation zutreffen. Johannes XXIII., der „Koexistenzpapst", wie ihn eine große deutsche Zeitung genannt hat,

setzt sich mit Nachdruck für internationale Verhandlungen auch mit Andersdenkenden ein:

> „Daher kann der Fall eintreten, daß eine Annäherung oder eine Begegnung zur Erlangung eines praktischen Zieles, wie sie früher für nicht opportun oder fruchtbar gehalten wurde, jetzt oder in der Zukunft als opportun und fruchtbar betrachtet werden könnte."

Damit ist nicht nur eine allgemeingültige Maxime aufgestellt, sondern zugleich ist hier der Weg gezeigt, auf dem auch in Deutschland die Spannungen und Gefahren überwunden und das gestörte Vertrauen wiederhergestellt werden muß. „Annäherung", „Begegnung", über ideologische Gräben hinweg miteinander sprechen — das ist in der Tat der einzig gangbare Weg zur Normalisierung auch unserer deutschen Situation. Die Wiedervereinigung unseres Volkes setzt die Anknüpfung „wechselseitiger Beziehungen und Verhandlungen", wie sie an anderer Stelle der Enzyklika gefordert wird, ebenso voraus wie die strikte praktische Respektierung des Appells, Streitigkeiten „nicht durch Waffengewalt, sondern durch Verhandlungen" beizulegen. Es wird nicht ausbleiben, daß sich an diesen Sätzen der päpstlichen Enzyklika gerade bei uns die Geister scheiden werden.

Das Rundschreiben des Papstes wendet sich vornehmlich an die Staatsmänner und Politiker, die von ihrer Stellung her die unmittelbare Möglichkeit haben, die ausgesprochenen Gebote und Mahnungen zu befolgen. Die Verantwortung des Christen und Staatsbürgers aber ist darum nicht geringer. Die allumfassende Solidarität, von der die Enzyklika spricht, umfaßt auch das Verhältnis des Einzelnen zum Staat und seiner Regierung. Jeder Einzelne trägt Mitverantwortung für das, was durch seine Regierung auch in seinem Namen getan wird. Darum dürfen auch wir uns bei dem Anruf der Enzyklika nicht beruhigen, sondern müssen ihn als einen Aufruf zum Handeln verstehen. Die Forderung der Enzyklika nach „Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit" verlangt von jedem Christen und darüberhinaus von jedem Menschen guten Willens, die Staatsmänner zu drängen, das zu tun, was die Enzyklika zum Gebot der Stunde erklärt.

Dr. Arno Klönne

Ein Marsch der Vernunft

Der Ostermarsch 1963 in der Bundesrepublik kann sich über Mangel an Publizität nicht beklagen: kaum eine Zeitung hat über die Aktionen der Atomwaffengegner geschwiegen. Anstoß hierfür waren vielfach behördliche Maßnahmen gegenüber dem Marsch, die den augenscheinlichen Beweis dafür lieferten, daß die These des Ostermarsches, dem Krieg von morgen werde die Demokratie schon heute geopfert, sehr wohl begründet ist. Das vom Bundesinnenministerium verfügte Einreiseverbot für ausländische (englische, französische und skandinavische) Atomwaffengegner, der Einsatz von Wasserwerfern gegen in dieser Sache protestierenden deutschen Atomwaffengegner in Düsseldorf, die Verhaftung des Marschleiters West, Pfarrer Günneberg, — all das ist in einem guten Teil der unabhängigen und seriösen Presse der Bundesrepublik auch von jenen Kommentatoren eindeutig verurteilt worden, die keineswegs Sympathie für den Ostermarsch

kenntnis von den Fehlern, die die Übergangsregierung der Volksbeauftragten beging. Sie haben „weder das Eigentum der ostelbischen Großgrundbesitzer noch den Besitz der Kohlenmagnaten des Ruhrgebiets angetastet". Ferner beließ man „die Generäle der Kaiserzeit weiter an der Spitze der Armee". Der gesamte Beamten- und Justizapparat des vergangenen Systems wurde übernommen. Die Folge davon war, daß nach dem Verschwinden der Arbeiter- und Soldatenräte der kaiserliche Verwaltungs- und Justizapparat seine Auferstehung feierte. Und so begann, wie Pritzkoleit treffend formuliert, die „Zeit des politischen Mordes". Eberts unfaßbare restaurative Rolle, die Bildung der Freikorps fördernd, das Aufleben der reaktionären Militärjustiz, die Ermordung Luxemburgs, Liebknechts und Eisners: das ist die dissonante Ouvertüre einer a priori zum Tode verurteilten Republik. Ihren Weg nachzeichnend, gelangt Rosenberg zum überzeugendsten Teil seines Werkes. Klar erkennt der Leser: Nichts Tragisches haftet dieser Epoche deutscher Geschichte an. Es ist eine kolportagehafte Geschichte vom Sieg der Reaktion und von der Zerrissenheit der humanitären Kräfte. Das Bürgertum wandte sich gegen die Republik. Die Reichswehr wurde zum mächtigen Instrument der Gegenrevolution. Die Inflation zerstörte die Wirtschaftskraft Deutschlands. Die Dolchstoßlegende trieb den Chauvinismus an. Republikanische Kräfte wurden kompromittiert und eingekerkert. Die Angst vor der „bolschewistischen Gefahr" begünstigte die steile Aufwärtsentwicklung der rechtsradikalen Reaktion. Hugenberg kam, Hindenburg wurde Nationalheld. Die unbequemen Politiker wurden ermordet. Die politische Macht der Großindustriellen, des nationalen Bürgertums und der nationalsozialistischen Verbände wuchs ständig. Rosenberg: „Eine Einheitsfront KPD—SPD, die rücksichtslos den Kampf gegen die Brüning-Diktatur und den Kapitalismus aufgenommen hätte, würde vielleicht auch damals noch das Schicksal gewendet haben . . ." Aber es kam anders. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten wurden die Notverordnungen akzeptiert. „Es war die Todesstunde der Weimarer Republik." Rosenberg glaubt, daß sie zugrunde ging, „weil ihr Schicksal den Händen des Bürgertums anvertraut war und weil die Arbeiterschaft nicht mehr stark genug war, um die Republik zu retten . . ."

Eine bittere Bilanz, aber eine notwendige. Denn einmal erkannte Fehler begeht man selten noch einmal. Noch ist niemand gehindert, diese Fehler zu studieren. Sie zu erkennen bedeutet, die heutigen Mißstände klarer zu sehen. So manche Bilder gleichen sich. Diese Einsicht sollte Gemeingut werden. Denn die Zeit der Veränderungen hat begonnen.

Egbert Hoehl

Dokumente zum Zeitgeschehen

Aus der Enzyklika Papst Johannes' XXIII. „Pacem in terris"

Aus der am Gründonnerstag, dem 11. April 1963, von Papst Johannes XXIII. gegebenen Enzyklika „Pacem in terris" veröffentlichen wir im folgenden (in der Übersetzung der Katholischen Nachrichten-Agentur) die wichtigsten Abschnitte über die Beziehungen zwischen den Völkern und Staaten. D. Red.

III.

Beziehungen zwischen den politischen Gemeinschaften

In der Wahrheit

Die wechselseitigen Beziehungen der politischen Gemeinschaften untereinander müssen von der Wahrheit geleitet sein. Die Wahrheit verlangt aber, daß es darin keine Diskriminierung der Rassen geben darf; denn das Prinzip muß anerkannt werden, daß alle politi-

schen Gemeinschaften durch die Würde der Natur untereinander gleichgestellt sind. Jeder hat also das Recht auf das Dasein, auf Entfaltung, auf den Besitz der dazu notwendigen Mittel und auch darauf, daß er in der Verwirklichung alles dessen auch die Verantwortung übernimmt. Desgleichen kann er rechtmäßig verlangen, daß er in gutem Rufe stehe, und daß ihm die gebührende Ehre erwiesen wird.

Die Erfahrung lehrt, daß die Menschen sehr häufig und auch in hohem Maße voneinander verschieden sind an Wissen, Tugend, Geisteskraft und an Besitz äußerer Güter. Daraus kann aber niemals ein gerechter Grund abgeleitet werden, daß diejenigen, die den übrigen überlegen sind, diese irgendwie von sich abhängig machen; vielmehr haben sie die größere, auf alle einzelnen sich erstreckende Verpflichtung, den anderen zu der durch gegenseitiges Bemühen zu erringenden Vollkommenheit zu verhelfen.
So kann es vorkommen, daß auch unter den Nationen die einen den anderen voraus sind an wissenschaftlichem Fortschritt, an menschlicher Kultur und an wirtschaftlicher Entwicklung. Doch diese Vorzüge erlauben es ihnen keineswegs, in ungerechter Weise andere zu beherrschen, sondern sollen ihnen vielmehr ein Ansporn sein, mehr zum gemeinsamen Fortschritt der Völker beizutragen ...

Tätige Solidarität

Da die gegenseitigen Beziehungen der Staaten gemäß der Wahrheit und Gerechtigkeit geregelt werden sollen, müssen sie auch durch eine tätige Einigung der Kräfte und Bestrebungen gefördert werden. Dies kann durch wechselseitige vielfältige Zusammenarbeit erreicht werden, wie es in unserer Zeit fruchtbar geschieht auf dem Gebiete der Wirtschaft, der Sozialarbeit, der Politik, der Kultur, des Gesundheitswesens und des Sportes. Diesbezüglich müssen wir uns vor Augen halten, daß die Staatsgewalt ihrer Natur nach nicht dazu eingesetzt ist, die Menschen nur innerhalb der Grenzen der jeweiligen politischen Gemeinschaft zusammenzuschließen, sondern vor allem für das Gemeinwohl des Staates, das von dem der ganzen Menschheitsfamilie nicht getrennt werden kann.

Dies bedeutet, daß die einzelnen bürgerlichen Gemeinschaften in der Wahrung ihrer Interessen einander nicht nur nicht schaden dürfen, sondern auch mit Rat und Tat sich zusammentun sollen, wenn die Anstrengungen der einzelnen Staaten die gewünschten Ziele nicht erreichen können. In diesem Falle muß man sehr darauf achten, daß die Vorteile, die sich für einen Staat ergeben, den anderen nicht mehr Schaden als Nutzen bringen. Auch das universelle Gemeinwohl verlangt, daß in jeder einzelnen Nation der Austausch jeglicher Art zwischen den Bürgern und den Körperschaften gefördert werde. Denn da es in vielen Teilen der Erde Volksgruppen gibt, die der Abstammung nach mehr oder weniger voneinander verschieden sind, muß man Vorsorge treffen, daß nicht die Glieder des einen Volkes am Umgang mit denen des anderen Volkes gehindert werden. Dies wäre in offenem Widerspruch zu einer Zeit wie der unsrigen, in der die Entfernungen unter den Völkern beinahe aufgehoben sind. Es darf auch nicht übersehen werden, daß die Menschen eines jeden Stammes neben ihren eigenen Anlagen, die sie von den anderen unterscheiden, auch mit anderen gemeinsame und wichtige Eigenschaften, zumal im Bereich der geistigen Werte, besitzen, durch die sie immer mehr Fortschritte machen und sich vervollkommnen können. Sie haben also das Recht und die Pflicht, ihr Leben in Gemeinschaft mit den übrigen zu verbringen.

Gleichgewicht zwischen Bevölkerung, Land und Kapitalien

Es ist allgemein bekannt, daß mancherorts auf Erden ein ungleiches Verhältnis zwischen der Ausdehnung des bestellbaren Landes und der Zahl der Einwohner besteht, anderswo zwischen den Bodenschätzen und den zur Verfügung stehenden Mitteln zu rascher Verwertung. Daraus entspringt die Notwendigkeit, von den Völkern eine Zusammenarbeit zu verlangen zum Zweck eines leichteren Austausches der Güter, der Kapitalien und der menschlichen Arbeitskräfte.

Hier halten wir es für angebracht, daß, soweit möglich, das Kapital die Arbeit suche, nicht aber die Arbeit das Kapital. Auf diese Weise wird vielen die Möglichkeit einer Vermögensmehrung geboten, ohne daß sie gezwungen sind, mit großem Kummer ihre Heimat zu verlassen, einen anderen Wohnsitz zu suchen, in einer neuen Lage sich zurechtzufinden und neue Beziehungen aufzunehmen.

Das Problem der politischen Flüchtlinge

Da Wir durch Gottes Anregung gegenüber allen Menschen insgesamt die Gesinnungen väterlicher Liebe hegen, betrachten Wir mit großem Schmerz das Los derer, die aus politischen Gründen aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Viele und unglaubliche Leiden begleiten ja ständig die große, in unserer Zeit wahrlich ungezählte Menge der Flüchtlinge.

Diese Erscheinung zeigt, daß die Regierungen gewisser Nationen die Grenzen der gerechten Freiheit allzu sehr einengen, in deren Bereich es den einzelnen gestattet wäre, ein menschenwürdiges Leben zu führen. In solchen Staaten wird zuweilen sogar das Recht auf Freiheit in Frage gestellt oder auch ganz genommen. Wenn dies geschieht, wird die rechte Ordnung der bürgerlichen Gesellschaft völlig umgestürzt; denn die Staatsgewalt ist ihrer Natur nach zum Schutz des Wohles der Gemeinschaft bestimmt, dessen Grundforderung ist, die rechten Grenzen der Freiheit anzuerkennen und ihre Rechte zu sichern.

Deshalb ist es angezeigt, an dieser Stelle daran zu erinnern, daß solche Flüchtlinge mit der Würde einer Person ausgestattet sind, und daß ihnen die Rechte einer Person zuerkannt werden müssen. Diese Rechte können die Flüchtlinge dadurch, daß sie des Bürgerrechtes ihrer politischen Gemeinschaft beraubt wurden, nicht verlieren . . .

Abrüstung

Andererseits sehen Wir nicht ohne großen Schmerz, daß in den wirtschaftlich gut entwickelten Staaten ungeheure Kriegsrüstungen geschaffen wurden und noch geschaffen werden, und daß dafür die größten geistigen und materiellen Güter aufgewendet wurden. So kommt es, daß während die Bürger dieser Nationen keine geringen Lasten zu tragen haben, andere Staaten, die sich wirtschaftlich und sozial entwickeln sollten, der notwendigen Hilfeleistungen entbehren.

Als rechtfertigenden Grund für diese militärische Rüstung pflegt man anzugeben, daß unter den gegenwärtigen Umständen der Friede nur durch das Gleichgewicht der Rüstungen gesichert werden kann. Die militärische Rüstung, die irgendwo besteht, hat also zur Folge, daß auch anderswo das Streben nach Mehrung der Waffen zunimmt. Und wenn eine Nation mit Atomwaffen ausgerüstet ist, gibt dies anderen Nationen Anlaß, daß auch sie sich solche Waffen mit gleicher Zerstörungskraft zu verschaffen suchen.

Infolgedessen befinden sich die Völker beständig in Furcht, als ob ein Sturm sie bedrohe, der jeden Augenblick mit erschreckender Gewalt losbrechen könne. Und das nicht ohne Grund, denn an Waffen fehlt es tatsächlich nicht. Wenn es auch kaum glaublich ist, daß es Menschen gibt, die es wagen möchten, die Verantwortung für die Vernichtung und das Leid auf sich zu nehmen, die ein Krieg im Gefolge hat, so kann man doch nicht leugnen, daß unversehens und unerwartet ein Kriegsbrand entstehen kann. Und wenn auch die ungeheure militärische Rüstung heute die Menschen davon abschrecken dürfte, einen Krieg zu beginnen, so ist dennoch zu fürchten, daß die schon für Kriegszwecke unternommenen Kernwaffen-Experimente, wenn sie nicht aufhören, die verschiedenen Arten des Lebens auf Erden in schwere Gefahr bringen.

Deshalb fordern Gerechtigkeit, gesunde Vernunft und Sinn für die Menschenwürde dringend, daß der allgemeine Rüstungswettlauf aufhört; daß ferner die in verschiedenen Staaten bereits zur Verfügung stehenden Waffen auf beiden Seiten und gleichzeitig vermindert werden; daß Atomwaffen untersagt werden; und daß endlich alle nach Vereinbarung zu einer entsprechenden Abrüstung mit wirksamer gegenseitiger Kontrolle gelangen. „Es ist mit allen Kräften zu verhindern" — mahnte Unser Vorgänger seligen Andenkens Pius XII. — „daß das Grauen eines Weltkrieges mit seiner wirtschaftlichen Not, seinem sozialen Elend und seinen sittlichen Verirrungen zum drittenmal über die Menschheit komme". Dennoch müssen alle davon überzeugt sein, daß die Einschränkung der Kriegsrüstungen, ihre wirksame Herabminderung oder gar völlige Beseitigung so gut wie unmöglich sind, wenn man nicht zu einer allumfassenden Abrüstung schreitet, das heißt, wenn sich nicht alle einmütig und aufrichtig Mühe geben, daß die Furcht und die angstvolle Erwartung eines Krieges aus dem Herzen gebannt werde. Dies fordert aber, daß an die Stelle des obersten Gesetzes, worauf der Friede sich heute stützt, ein ganz anderes Gesetz gestellt werde, wodurch bestimmt wird, daß der wahre Friede unter den Völkern nicht durch die Gleichheit des militärischen Apparates, sondern nur durch gegenseitiges Vertrauen fest und sicher bestehen kann. Wir meinen, daß dies geschehen kann. Noch mehr: Wir meinen, daß es sich um eine Sache handelt, die nicht nur von den Gesetzen

der gesunden Vernunft befohlen wird, sondern auch höchst wünschenswert und überaus segensreich wäre . . .

In den Beratungen der Männer, die durch ihre Stellung und Autorität hervorragen, soll gründlich geprüft werden, wie auf der ganzen Welt die gegenseitigen Beziehungen der Staaten in menschlicherem Gleichgewicht neu zu gestalten sind; Wir meinen ein Gleichgewicht, das auf gegenseitigem Vertrauen, auf aufrichtigen Verträgen und auf unverletzlichen Vereinbarungen gegründet ist. Aber diese Frage soll so von allen Seiten erwogen werden, daß eine Grundlage gefunden wird, auf der freundschaftliche, feste und nützliche Bündnisse entstehen können . . .

Der Aufstieg der Staaten im Entwicklungsstadium

Da alle Menschen durch das gemeinsame Band des Ursprungs, der christlichen Erlösung und der höchsten Bestimmung untereinander verbunden sind und dazu berufen, eine einzige christliche Familie zu bilden, haben wir in der Enzyklika „Mater et Magistra" die wirtschaftlich vollentwickelten Staaten ermahnt, jenen Völkern, deren wirtschaftliche Entwicklung sich noch im Aufbau befindet, alle nur mögliche Hilfe zu leisten.

Nicht ohne großen inneren Trost erkennen Wir heute an, daß diese Mahnungen weitgehend angenommen worden sind, und Wir hegen die Hoffnung, daß sie in Zukunft noch weiter aufgegriffen werden, damit die bedürftigen Völker auf wirtschaftlichem Gebiete bald soweit voranschreiten, daß ihre Bewohner ein Leben führen können, das der Menschenwürde entspricht.

Und doch muß man sich immer wieder vor Augen halten, daß man jenen Völkern so viel Hilfe zukommen lassen muß, daß sie ihre Freiheit unversehrt wahren können. Auch müssen sie wissen, daß bei diesem wirtschaftlichen Fortschritt und sozialem Aufstieg ihnen selbst die erste Verantwortung zukommt, und daß sie dabei die Hauptarbeit leisten müssen . . .

IV.

Beziehungen zwischen den einzelnen politischen Gemeinschaften und der Völkergemeinschaft

Gegenseitige Abhängigkeit der politischen Gemeinschaften

Da die neueren Fortschritte der Wissenschaften und der Technik das menschliche Verhalten sehr stark beeinflußt haben, veranlassen sie die Menschen der ganzen Welt, sich zu immer größerer Zusammenarbeit zu verbinden und sich immer mehr zusammenzuschließen.

Tatsächlich hat sich heute der Austausch von Dingen, Ideen und Menschen stark vermehrt. Die gegenseitigen Beziehungen zwischen den einzelnen, den Familien und den Zwischenverbänden, die verschiedenen Nationen angehören, sind sehr stark angewachsen, und auch die Fühlungnahme zwischen verschiedenen Staatsoberhäuptern ist häufiger geworden. Indessen wird die Wirtschaft der einen Staaten von Tag zu Tag mehr mit der Wirtschaft der anderen verflochten, und zwar so sehr, daß aus diesem Zusammenschluß gewissermaßen eine Wirtschaftsgemeinschaft der ganzen Welt entsteht. Schließlich hängen sozialer Fortschritt, Ordnung, Sicherheit und Ruhe jedes einzelnen Staates notwendig mit dem Fortschritt aller übigen Nationen zusammen. Unter diesen Voraussetzungen ist es klar, daß die einzelnen Staaten, wenn sie von den übrigen getrennt sind, durchaus nicht in der Lage sind, ihre Interessen wahrzunehmen und sich entsprechend zu entwickeln, da der Wohlstand und der Fortschritt des einen Staates aus dem Wohlstand und dem Fortschritt aller anderen folgt und diesen zugleich mitbewirkt.

Ungenügen der gegenwärtigen Organisationen für das universelle Allgemeinwohl

Kein Zeitalter wird die Einheit der menschlichen Gemeinschaft zerstören, da diese aus Menschen besteht, die gleichberechtigt an der naturgegebenen Würde teilhaben. Daraus entspringt die dringende, durch die Natur des Menschen gegebene Notwendigkeit, daß in entsprechender Weise ein Gemeinwohl angestrebt wird, das universell ist und die gesamte Menschheitsfamilie angeht. In den vergangenen Zeiten konnten die Staatslenker hinreichend für das universelle Gemeinwohl sorgen. Sie suchten es zu erreichen durch

Diplomaten, durch Zusammenkünfte und Gespräche auf höchster Ebene und durch Abschluß von Konventionen und Verträgen, durch Mittel und Wege also, die durch das Naturrecht, durch das Völkerrecht oder das internationale Recht vorgegeben waren.

In unseren Tagen aber haben die gegenseitigen Beziehungen der Staaten große Veränderungen erfahren. Denn das gemeinsame Wohl aller Völker wirft einerseits Fragen von höchster Bedeutung auf, die schwierig und äußerst dringlich sind, besonders was die Wahrung der Sicherheit und des Friedens der ganzen Welt angeht; andererseits können die Lenker der einzelnen Nationen, da sie unter sich gleichberechtigt sind, und obgleich sie sehr viele Kongresse veranstalten und ihre Anstrengungen vervielfältigen, um geeignetere Rechtsmittel zu finden, die Probleme doch nicht in genügender Weise lösen; nicht daß es ihnen am guten Willen oder an Unternehmungsgeist fehlt, sondern ihre Autorität verfügt nicht über die nötige Macht.

Deshalb sind bei dem Zustand der heutigen Menschheit sowohl die staatliche Organisation als auch der Einfluß, welchen die Staatsgewalt bei allen Nationen des Erdkreises verfügt, als ungenügend anzusehen, um das gemeinsame Wohl aller Völker zu fördern ...

Zeichen der Zeit

Wie allen bekannt ist, wurde am 26. Juni 1945 die Organisation der Vereinten Nationen (UNO) gegründet, der in der Folgezeit kleinere Institutionen beigefügt wurden, die sich aus bevollmächtigten Mitgliedern verschiedener Nationen zusammensetzen. Ihnen sind große und weltumspannende Aufgaben übertragen, die sie im wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, erzieherischen und hygienischen Bereich erfüllen sollen. Ferner stellen sich die Vereinten Nationen als Hauptaufgabe, den Frieden unter den Völkern zu schützen und zu festigen, sowie freundschaftliche Beziehungen unter ihnen zu pflegen und zu entwickeln, die auf den Grundsätzen der Gleichheit, der gegenseitigen Hochachtung und der vielfältigen Zusammenarbeit auf allen Gebieten menschlichen Zusammenlebens gründen.

Ein Akt von höchster Bedeutung ist die „Allgemeine Erklärung über die Menschenrechte", die am 10. Dezembr 1948 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen angenommen wurde. In der Präambel dieser Erklärung wird versichert, daß alle Völker und Nationen in erster Linie danach trachten müssen, daß alle Rechte und Formen der Freiheit, die in der Erklärung beschrieben sind, tatsächlich anerkannt und unverletzt gewahrt werden.

Gegenüber einigen Kapiteln dieser Erklärung sind Einwände und begründete Zurückhaltung geäußert worden. Aber nichtsdestoweniger ist diese Erklärung gleichsam als Stufe und als Zugang zu der zu schaffenden rechtlichen und politischen Ordnung aller Völker auf der Welt zu betrachten. Denn durch sie wird die Würde der Person, die allen Menschen unbedingt zukommt, feierlich anerkannt sowie jedem Menschen seine Recht zugesprochen, wie z. B. die Wahrheit frei zu suchen, den Normen der Rechtschaffenheit zu folgen, die Pflichten der Gerechtigkeit auszuüben und ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Darüber hinaus werden noch andere Rechte gefordert, die mit den erwähnten in Zusammenhang stehen.

Es ist daher zu wünschen, daß die Vereinten Nationen immer mehr dazu kommen, ihre Verfassung und die geeigneten Mittel, die ihnen zur Verfügung stehen, der Weite und der Vortrefflichkeit ihrer Aufgaben anzupassen, damit bald die Zeit komme, in der diese Versammlung die Rechte der menschlichen Person wirksam schützen kann. Rechte, die deswegen allgemein, unverletzlich und unveränderlich sind, weil sie unmittelbar aus der Würde der menschlichen Person entspringen. Und das um so mehr, weil die Menschen heutzutage in ihrer Nation mehr im öffentlichen Leben stehen, mit lebhafterem Interesse die Anliegen aller Völker ununterbrochen verfolgen und sich immer mehr bewußt sind, daß sie als lebendige Glieder zur allgemeinen Menschheitsfamilie gehören ...

V.

Pastorale Weisungen

...

Beziehungen zwischen Katholiken und Nichtkatholiken auf dem wirtschaftlichen, sozialen und politischen Sektor

Die von Uns gezogenen Richtlinien ergeben sich aus der Natur der Dinge selbst und sehr oft aus dem Naturrecht. So kommt es häufig vor, daß die Katholiken in vielfacher

Form mit Christen, die vom Apostolischen Stuhl getrennt sind, oder mit Nichtchristen zusammenarbeiten, in denen jedoch vernünftiges Denken waltet und die Menschen von natürlicher Wohlanständigkeit sind. Ist dies der Fall, so sollen die Katholiken darauf achten, sich selber immer treu zu bleiben und nicht zu jenen halben Verhaltungsregeln herabzusteigen, durch welche die Reinheit der Religion oder der Sitten Schaden leidet. Ebenso gilt aber auch: Sie sollen die Meinung der anderen Seite mit echtem Wohlwollen, sachlich und selbstlos prüfen und bereit sein, mit vereinten Kräften zu schaffen, was seiner Natur nach gut ist oder zum Guten gewendet werden kann.

Man möge ferner immer unterscheiden zwischen dem Irrtum und den Irrenden, auch wenn es sich um solche handelt, die im Irrtum oder in ungenügender Kenntnis über Dinge der religiös-sittlichen Werte befangen sind. Denn der dem Irrtum Verfallende hört nicht auf, Mensch zu sein, und verliert nie seine persönliche Würde, die doch immer geachtet werden muß. In der Natur des Menschen geht auch nie die Fähigkeit verloren, sich vom Irrtum frei zu machen und die Wahrheit zu suchen. Hierin fehlt dem Menschen auch nie die Hilfe der göttlichen Vorsehung. Wenn heute also jemand der Klararbeit des Glaubens ermangelt oder zu falschen Lehren abgewichen ist, kann es sein, daß er später, von Gottes Licht erleuchtet, die Wahrheit umfaßt. Wenn nämlich Gläubige profaner Belange wegen mit solchen in Verbindung stehen, die überhaupt nicht, oder, weil im Irrtum, nicht richtig glauben, so können sie ihnen Anlaß oder Antrieb sein, für die Wahrheit gewonnen zu werden.

Von daher gesehen ist es ungerecht, bestimmte Bewegungen, die sich mit wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, mit der geistigen Ausbildung oder der zweckmäßigen Ordnung der Staaten befassen, einfach zu identifizieren mit bestimmten philosophischen Lehrmeinungen über das Wesen, den Ursprung, über Ziel und Zweck der Welt und des Menschen, auch wenn jene Bewegungen von solchen Auffassungen her entstanden geleitet sind. Während der wissenschaftliche Begriff, wenn er einmal festgelegt ist, nicht mehr geändert werden kann, unterliegen doch diese Bewegungen notwendig den Veränderungen der jeweiligen Situation. Wer könnte übrigens leugnen, daß in solchen Bewegungen, soweit sie sich den Gesetzen einer geordneten Vernunft anpassen und die gerechten Forderungen der menschlichen Person berücksichtigen, etwas Gutes und Anerkennenswertes sich findet?

Daher kann der Fall eintreten, daß Konferenzen über den Gebrauch bestimmter Dinge, die bisher unter keiner Rücksicht sinnvoll waren oder erschienen, jetzt wirklich fruchtbringend sind oder es morgen sein können. Das Urteil jedoch, ob man jetzt schon soweit gekommen sei oder nicht, die Entscheidung, mit welchen Mitteln man wahren Nutzen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich, in dem der Lehrmeinungen oder auch der öffentlichen Verwaltung, erreichen könne, dieses Urteil steht allein der Klugheit zu, der Leiterin aller menschlichen Eigenschaften, von denen das Leben des Einzelnen und der Gemeinschaft bestimmt wird . . .

Zum 20. Jahrestag des Aufstandes im Warschauer Ghetto

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, hielt am 18. April in West-Berlin eine Rede aus Anlaß des 20. Jahrestages des Aufstandes im Warschauer Ghetto. Wir veröffentlichen im folgenden den Text dieser Rede mit wenigen, unwesentlichen Kürzungen am Anfang und am Schluß.

D. Red.

. . . Der 20. Jahrestag des Aufstandes im Warschauer Ghetto, meine verehrten Damen und Herren, sollte mehr sein als nur ein jüdischer Trauertag. Er sollte zu einem Symbol aller freien Menschen erhoben werden, die sich von Völker- und Rassenhaß gelöst und befreit haben. Dieser Gedenktag sollte zum Welt-Freiheitstag gemacht werden, wo allen Freiheitskämpfern, allen, die gegen Unterdrückung aufgestanden sind, der Tribut der Dankbarkeit gezollt wird.

Der Aufstand im Warschauer Ghetto begann in den Morgenstunden des 19. April 1943 und fand nach 5 Wochen erbittertsten Ringen sein blutiges Ende. Der Aufstand im Warschauer Ghetto begann in der Geschichte dieser grauenhaften Jahre, die zwar hinter uns liegen, jedoch heute noch wie ein Alpdruck auf unserer Sele lasten.

In der polnischen Hauptstadt zählte die jüdische Gemeinde vor dem Eindringen der Nationalsozialisten rund 500 000 Juden und war wohl neben New York die größte jüdische Gemeinde. Von diesen blieben nur ca. 60 000 Menschen übrig. Die anderen wurden durch die Methoden, die wir kennen, und die vornehmlich in Auschwitz ihren Ausdruck fanden, ermordet. Diese 60 000 Menschen haben in dem klaren Bewußtsein, daß sie nichts ausrichten konnten, trotzdem den Kampf aufgenommen. Sie wollten sich nicht einfach zur Schlachtbank führen lassen. Sie standen auf im Ghetto zu Warschau und kämpften einen aussichtslosen Kampf.

Sie starben mit dem Gebet auf den Lippen „Höre Israel, der Ewige ist unser Gott". Sie wurden niedergemäht mit dem Maschinengewehr, sie erstickten im Gas, den Millionen der schon Vergasten nachfolgend. Sie starben einfach — Frauen, Mütter, Säuglinge und Greise —, die Blüte einer ganzen Generation. Gehetzte, Verfolgte, Geknechtete lebten im Ghetto, getrennt durch Sprache, Sitten und Gebräuche, Arme und Reiche auf ewig wiedervereint — im Leiden und im gemeinsamen Sterben. Sie dokumentierten in ihrem Leben, ihrem Kampf und ihrem Tod im Ghetto Warschaus das unabdingbare Eintreten für das Menschenantlitz vor einer Welt, die sich zu einem großen Teil passiv verhielt. Damals ging es nicht um einen jüdischen Befreiungskampf oder eine Aktion jüdischer Selbsterhaltung in der letzten Phase der furchtbaren Vernichtung, die als Endlösung in die traurige jüngste deutsche Geschichte eingegangen ist. Damals ging es um ein allgemein menschliches Ringen für Wahrheit, Freiheit und Recht. Die Toten von Warschau sind Vorkämpfer unserer gemeinsamen Sache gewesen und für die Freiheit und Würde des Menschengeschlechtes gefallen. Sie verteidigten ihr Leben, aber sie verteidigten, indem sie ihr Leben bis zum letzten opferten, mehr als nur eine kurze Spanne ihres Lebens. Sie verteidigten ihre Ehre, sie verteidigten ihr Recht, sie verteidigten all das, was jedem von uns heilig ist — das Recht eines jeden Menschen, frei zu sein und frei zu leben. Wäre dieses Beispiel von Warschau befolgt worden, so lebten wir heute nicht in einer Situation, die für alle beklagenswert ist.

Der Kampf im Ghetto zu Warschau war keine militärische Aktion. Er war ein Fanal, ein aufrüttelnder Appell an das Weltgewissen, aber das Ghetto kämpfte allein, Tag um Tag und Woche um Woche, bis der letzte Mann gefallen war. Der SS- und Polizeiführer im Distrikt Warschau, Stroop, sandte dem „Führer" am 16. Mai 1943 ein Fernschreiben, das folgenden Inhalt hatte:

„Es wurden 180 Juden, Banditen und Untermenschen vernichtet. Das ehemalige jüdische Wohnviertel Warschaus besteht nicht mehr. Mit der Sprengung des Warschauer Ghettos wurde die Großaktion um 20.15 Uhr beendet. Die Gesamtzahl der erfaßten und nachweislich vernichteten Juden beträgt insgesamt 56 065, keine eigenen Verluste. Schlußbericht lege ich am 18. Mai 1943 bei der SS- und Polizeiführer-Tagung vor."

Zygelbaum, einer der Führer der jüdischen Untergrundbewegung, ging am 11. Mai 1943 in den Tod, als ihn die Nachricht vom Aufstand im Warschauer Ghetto erreichte. In seinem Abschiedsbrief heißt es u. a.:

„Hinter den Ghettomauern spielt sich nun der letzte Akt der Tragödie ab, der nicht seinesgleichen in der Geschichte hat. Ich kann nicht schweigen, ich kann nicht leben, wenn die Reste der jüdischen Bevölkerung Polens, deren Vertreter ich bin, zugrundegehen. Meine Freunde im Warschauer Ghetto sterben mit der Waffe in der Hand, in dieser letzten heroischen Schlacht. Es war mir nicht bestimmt, mit ihnen zusammen zu sterben, aber ich gehöre zu ihnen und in ihre Massengräber. Durch meinen Tod wünsche ich meinen letzten Protest gegen die Untätigkeit zu bekunden, mit der die Welt zuschaut und die Ausrottung der jüdischen Menschen zuläßt. Ich weiß, wie wenig ein Menschenleben wert ist, aber da ich unfähig war, während meines Lebens etwas zu tun, werde ich vielleicht durch meinen Tod dazu beitragen, die Gleichgültigkeit jener zu bezwingen, die nun im letzten Augenblick die wenigen noch lebenden Juden retten könnten."

Der junge Kommandeur der Kämpfer in den Bunkern der jüdischen Untergrundbewegung in Warschau, Mordechai Anilewicz, fiel während des Aufstandes zusammen mit seinen anderen Kommandeuren. Keine Spur seines Körpers blieb zurück, aber er lebt in Israel unsterblich durch das schlichte Denkmal, das im Kibbuz Yad Mordechai am Eingang des Negew errichtet wurde. In stiller Ehrerbietung stand ich vor 14 Tagen, anläßlich meines Besuches in Israel, davor und sah auf das Gesicht dieses jungen Mannes, das aus Stein gemeißelt wurde und so auf uns herunterschaut, als ob es noch lebendig wäre. Er hat es

nicht mehr erlebt, die Verwirklichung seines Traumes zu sehen — die Wiedererstehung des jüdischen Staates —, aber einige wenige der Überlebenden des Warschauer Ghettos, sie leben nun in Israel und können mit Genugtuung feststellen, daß der Traum, den sie im Warschauer Ghetto geträumt haben, sich nun doch erfüllt hat. War es der Wille des Schicksals, daß nur 5 Jahre nach dem Warschauer Ghetto-Aufstand im Jahre 1943 der Staat Israel im Jahre 1948 Wirklichkeit wurde?

Wenn wir heute 20 Jahre zurückschauen und unsere Umwelt zusammen mit uns an jenes Geschehen erinnern, so tun wir es zusammen mit unseren Freunden — als Juden zusammen mit unseren nichtjüdischen Freunden — aus der gemeinsamen Pflicht auf dem gemeinsamen Wege in eine bessere Zukunft.

In dieser Stunde gemeinsamen Gedenkens müssen wir uns die Frage vorlegen, ob die Menschheit aus diesem tragischen Geschehen gelernt hat. Wir, die Überlebenden, haben in dieser Stunde Zeugnis abzulegen, ob wir unsere Pflicht erfüllt haben. Wir sind uns in dieser Stunde bewußt und denken daran, daß unser individuelles Überleben Zufall war — Zufall oder Fügung.

Wir alle wollen daraus lernen, wie Unmenschlichkeit entsteht und sich auswirkt, damit sich in keinem Teile der Welt mehr Ähnliches wiederholen kann. Deswegen fühlen wir uns verpflichtet, in dieser Stunde der Besinnung als verantwortliche Staatsbürger in diesem Lande Worte der Mahnung an unsere Umwelt zu richten. Es ist in den letzten Monaten, in den letzten Wochen und Tagen zuviel geschehen, um einige unliebsame Vorkommnisse zu verschweigen. Wir stehen unter dem Eindruck schwerer Rückschläge — und seien wir ehrlich, diese Rückschläge kamen für keinen von uns unerwartet, denn die Abkehr vom Unrechtsstaat des Dritten Reiches hätte unbedingter und entschiedener sowohl in sachlicher als auch in personeller Beziehung sein müssen.

Es hat, und darauf haben wir so oft hingewiesen, keinen kompromißlosen Bruch mit der Vergangenheit gegeben. Man schleppt sie hinter sich her, manchmal nur entschuldigend für mildernde Umstände plädierend, manchmal sogar rechtfertigend, immer aber als ein Stück nationaler Geschichte. Der Hinweis des Bundesinnenministeriums, wie unbedeutend der Einfluß rechtsradikaler Kräfte sei, kann von uns nicht akzeptiert werden. Es hat sich bei den letzten Vorkommnissen nicht mehr um Einzelfälle, sondern um Symptome gehandelt. Die Spalten der rechtsradikalen Zeitungen sind voll mit Verfälschungen des Geschichtsbildes. Ist es nicht empörend, daß ein Mann wie Dönitz dazu ausersehen wurde, der heranwachsenden Generation über die jüngste Vergangenheit von seiner Warte aus ein Bild zu vermitteln? Denken wir an die Vorgänge in Würzburg. Was aber unseren größten Protest hervorruft, ist, daß es dem ehemaligen SS-Hauptsturmführer Rajakovic, einem Mitarbeiter von Eichmann, möglich war, in die Bundesrepublik ungehindert einzureisen, obwohl man über seine Verbrechen genauestens informiert war. Erst nachher wurde er zum unerwünschten Ausländer erklärt. In der Bundesrepublik blieb er unauffindbar. Liegt hier ein Zufall oder eine Absicht vor? Erst kürzlich wurde er in Österreich verhaftet, nachdem er sich selbst den Behörden gestellt hatte. Im bayrischen Staatsdienst war bis vor kurzem der Oberregierungsrat Dr. Harster tätig, der für die Erfassung der Juden in der berüchtigten Sicherheitspolizei in den Niederlanden verantwortlich war. Dieser Oberregierungsrat hat keineswegs seine Vergangenheit verschwiegen, und trotzdem wurde er wieder in den Staatsdienst aufgenommen. Vor einigen Tagen wurde er wegen seines angegriffenen Gesundheitszustandes in den Ruhestand versetzt. Ähnlich verhält es sich mit dem im Bundeskriminalamt tätigen Kriminalrat Saevecke. Und diese gefährlichen Tendenzen können nicht auf dem Wege der Beschwichtigung durch nichtssagende Erklärungen ausgeräumt werden. Wir haben keineswegs die Absicht, politische Entwicklungen solcher Art zu dramatisieren. Wer immer auch für diese Vorkommnisse — für die Besetzung dieser Positionen — verantwortlich zeichnet, muß zur Verantwortung gezogen werden, denn er hat dem Ansehen der Bundesrepublik den größten Schaden zugefügt. Wie oft haben wir verlangt, daß belastete Personen von der Mitarbeit ausgeschaltet werden.

Das Argument des höheren Staatsinteresses hat für uns keinerlei Bedeutung, weil wir wissen, daß es Tausende aufrechter Demokraten gibt, die ohne weiteres diese Positionen einnehmen können. Das Fingerspitzengefühl muß immer den Vorrang vor Zweckmäßigkeitserwägungen haben, die auch mit der Entschuldigung vom unentbehrlichen Fachmann nicht stichhaltig sein können. Gewiß ist es wünschenswert, ein Sachgebiet mit einem

Fachmann zu besetzen, aber auch der Nutzen des besten Fachmannes kann den Schaden nicht wettmachen, den verständliches Mißtrauen in die Untadeligkeit dieses Fachmannes anrichten muß. An einem solchen Tage der schmerzlichen Erinnerung sind wir der Meinung, daß die Besetzung der Positionen der Demokratie und des öffentlichen Lebens mit politisch — in diesem Sinne — einwandfreien Menschen eine unerläßliche Forderung ist, wenn man wirklich eine Demokratie will. Die Demokratie muß frei sein von den Schlacken der Vergangenheit. Es wäre doch ein schreckliches Armutszeugnis für den neuen deutschen Staat, wenn man keine solchen Kräfte in ausreichendem Maße finden würde und deswegen auf die alten, sogenannten bewährten Kräfte zurückgreifen muß. Nicht der Wohlstand und die Konjunktur, nicht einmal die technischen Fortschritte und alle Zeichen der Zivilisation sind maßgeblich für die Sicherung der Prinzipien der Demokratie, sondern die moralische Basis einer politischen Haltung, die ein Volk einnimmt. Wir sind enttäuscht darüber, daß wir mitansehen müssen, wie diejenigen deutschen Kräfte, die mutig und offen — aus der kollektiven Scham — die Menschen zur Umkehr mahnen, in die Einsamkeit gedrängt werden, ja Mißliebigkeiten ausgesetzt werden. In der heutigen weltpolitischen Situation erscheint es mir als doppelt notwendig, daß die Frage der Bewältigung der Vergangenheit in einer sauberen und klaren Atmosphäre der deutschen Innenpolitik beantwortet wird. Es genügt aber nicht, daß wir uns heute hier in Trauer zusammengefunden haben. Wir haben keine Gräber, an denen wir unseren Menschen Zeichen des Gedenkens niederlegen können. Wir stehen vor einem riesigen, namenlosen Grab, in dem die Millionen unserer Menschen irgendwo in Europa ruhen. Deswegen ist unser heutiges Gedenken zugleich ein Gedenken an dieses namenlose Grab, in dem unsere Menschen ihre letzte Ruhe gefunden haben.

Und wenn wir unserer Menschen gedenken, gedenken wir zugleich all derer, die ihren Tod im aufrechten und mutigen Widerstand des Gewissens und der Überzeugungen gegen die grausame Tyrannei fanden, ganz gleich welcher Religion, Weltanschauung, Rasse oder Überzeugung sie waren. Erfahrung kennt keine Grenzen, und ein Volk ist keine Insel für sich selbst. Die historische Erfahrung eines Volkes birgt Lehren für die ganze Menschheit. Dieses tragische Kapitel muß als ständige Warnung für alle Menschen dienen. Die Vergangenheit sollte die Menschheit über die Gefahren eines schrankenlosen Nationalismus und wilder Rassentheorien belehrt haben.

Die Forderung dieser Stunde kann nur die sein, der Leidenschaft und der entsetzlichen Gefahr des Rassismus abzuschwören, Glauben zu haben an die endliche Freiheit, indem man dafür arbeitet, daß die Freiheit in keinem Winkel der Welt um das Mindeste vermindert wird; auf Grund eines moralischen Nationalismus an dem Glauben an die eine Menschheit festzuhalten und an die Zusammenarbeit und das Zusammenleben der Völker. Am Ende des Schreckens der unglückseligen Vergangenheit steht die Verpflichtung, gemeinsam an einer besseren Zukunft zu arbeiten. Mögen die Menschen aus der Erfahrung lernen und einen feierlichen Schwur leisten, niemals wieder eine Wiederholung solcher Vorkommnisse zu gestatten.

...

Französische Liga gegen „Force de frappe"

Anfang März wurde in Paris eine „Liga gegen die Force de frappe" gegründet, die auf die Initiative von sechzig bekannten Persönlichkeiten der Politik, der Wissenschaft und Literatur zurückgeht. Der bei dieser Gelegenheit veröffentlichte Aufruf enthält folgende wichtige Abschnitte:

„Die von der französischen Regierung betriebene Politik der Force de frappe führt zu dramatischen Folgen, ohne daß die Öffentlichkeit wirklich informiert ist und insbesondere ihre Zustimmung dazu gegeben hat.

1. Diese Politik erlaubt keine wirksame Verteidigung unseres Landes

Die Atomwaffe des von uns hergestellten Typs 1945 stellt keine wirksame Überredungswaffe dar. Sie ist veraltet und ohne wirklichen Wert.

Eine Force de frappe kann zum Angriff, zur Abwehr oder zur Drohung dienen.

Angreifen? Dreißig thermonukleare Sprengköpfe reichen aus, um Frankreich zu vernichten. Wenn wir es mit einer Atommacht größerer Ausdehnung zu tun hätten, würden wir zerstört werden, bevor wir sie außer Kampf setzen könnten.

Abwehren? Wären wir angegriffen, so würde die Frist von zwei bis fünf Minuten zwischen der Aufspürung der feindlichen Waffen und ihrer Explosion jeden Aufstieg unserer Bomber und jeden wirksamen Gegenschlag verbieten.
Drohen? Da die Drohung eines Gegenschlags durch unsere Force de frappe nicht ausgeführt werden kann, bildet sie auch keine diplomatische Waffe: es hieße, mit einem Holzsäbel zu fuchteln.
2. Diese Politik droht unser Land zu vernichten
a) Die Nuklearwaffe ist nicht nur unnütz, sie ist unerhört kostspielig. Ihre Kosten übersteigen unsere Mittel.
Die sechs bereits veranschlagten Milliarden Francs sind nur ein Anfang, der weder erlaubte, kleinkalibrige Bomben herzustellen, noch von der atomaren zur thermonuklearen Waffe überzugehen, noch moderne Raketen und nicht veraltete Flugzeuge herzustellen. Um den hoffnungslosen Versuch zu unternehmen, einen Teil unseres Vorsprungs gegenüber den beiden Großen aufzuholen, müßten wir unerträgliche Lasten auf uns nehmen. Das einzige Uranspaltungswerk von Pierrelatte, dessen Kosten mit 2 Milliarden Francs veranschlagt wurden, kostet jetzt mehr als 4, und sein „sehr hoher", für die militärische Produktion notwendiger Teil ist noch nicht festgesetzt ...
b) Der durch eine solche Anstrengung hervorgerufene finanzielle Druck ist besonders in diesem Augenblick gefährlich, wo die notwendige Erhöhung des Lebensniveaus in Frankreich und der wirtschaftliche Wettbewerb zwischen Industriemächten uns zu verstärkten produktiven Investitionen veranlassen sollten ...
c) Die für die Force de frappe bereitgestellten Kredite sind im übrigen den friedlichen Atom- und Raumforschungen entzogen, die für die Größe eines modernen Staates erforderlich sind.
3. Diese Politik isoliert uns auf internationalem Gebiet ...
4. Diese Politik ist für den Weltfrieden gefährlich
Die Haltung der französischen Regierung gibt ein schlechtes Beispiel und fördert in der Tat die Verbreitung der Atomwaffe, dieser hauptsächlichen Gefahr für die Menschheit. Die multilaterale Atommacht schließt ebenfalls die Gefahr der Verbreitung der Waffe in sich und insbesondere die Möglichkeit für Deutschland, darüber zu verfügen, während ihm die Verträge von 1954 eine solche Produktion verbieten ...
Vereinen wir unsere Anstrengungen, ohne ideologische noch philosophische Unterscheidungen, gegen eine nationale Force de frappe, die für unser Land und die gesamte Menschheit unheilvoll ist."
Zu den Unterzeichnern des Aufrufs gehören:
Simone de Beauvoir, André Blumel, Jean Cassou, Georges Casalès, Pierre Cot, Daniel Curie, Guy Desson, Jean Dresch, René Dumont, Paul Fraisse, André Hauriou, Jankelevitch, Charles-André Julien, Alfred Kastler, Georges Lasserre, Bernard Lavergne, Henri Laugier, Henri Levy-Bruhl, Daniel Mayer, Jean-Jacques Mayoux, Jules Moch, Gustave Monod, Georges Montaron, Daniel Parker, Marcel Prenant, Henri Roser, Jean-Paul Sartre, René-William Thorp, Vercors, Maurice Voge, René Zazzo.

Lorenz Knorr: Erklärung zu einem gerichtlichen Verfahren wegen angeblicher Beleidigung von Hitler-Generalen

Der wegen seiner unrühmlichen Praktiken bekannte und gestürzte Minister Strauß hat in seiner früheren Eigenschaft als Verteidigungsminister und damit als Oberbefehlshaber der Bundeswehr zusammen mit den ehemaligen Hitler-Generalen Foertsch, Speidel, Heusinger, Kammhuber und Ruge gegen mich Anzeige erstattet. Mir wird zur Last gelegt, daß ich im Rahmen einer Wahlkampfveranstaltung im Juni 1961 nachgewiesen habe, daß trotz veränderter Voraussetzungen ökonomische, politische und propagandistische Parallelen zur Entwicklung von vor 1914 und 1939 bestehen; daß man durch Aufrüstung weder Frieden und Freiheit, noch den Wohlstand sichern könne und daß die Jugend heute fast von den gleichen Personen „staatsbürgerlich unterrichtet" wird wie vor 1939. Bei Zitierung des Urteils des Nürnberger Militärtribunals vom 30. 9. und 1. 10. 1946 habe ich die Hitler-Generale (soweit die Herren nicht äußerlich sichtbar die Konsequenzen aus der deutschen und aus ihrer persönlichen Vergangenheit gezogen haben) als mitverantwortlich und damit als mitschuldig an den über 50 Millionen Toten von Hitlers verbrecherischem Angriffskrieg und insofern als Massenmörder angeklagt. Wer im zivilen Leben

fahrlässig oder vorsätzlich einen Mord begeht, wird zu Recht verurteilt. Wer in einem Angriffskrieg mitschuldig wird, muß ebenfalls verurteilt werden. Die Hitler-Generale handelten nicht als Verteidiger ihres Vaterlandes; sie nahmen in Kenntnis der nazistischen Interpretationen „der Gewinnung neuen Lebensraumes" und auch in Kenntnis der Ziele faschistischer Eroberungspolitik wissentlich an den brutalen Überfällen auf die europäischen Nachbarländer teil. Sie waren bereitwillige Werkzeuge Hitlers, die jedoch auch die Möglichkeit gehabt hätten, an Stelle der Teilhabe an den Kriegsverbrechen ihren Abschied zu nehmen. Darum bezeichnete und bezeichne ich „des Teufels Generale" als untragbar für einen Staat, der demokratisch sein soll, forderte und fordere ihre Entlassung. Nach meiner Meinung müßten sie vor einem Richter stehen, nicht vor dem uniformierten Teil der westdeutschen Jugend.

Dabei berief und berufe ich mich auf konkrete Aussagen in der Urteilsbegründung des Nürnberger Tribunals und auf weiteres Tatsachenmaterial, das der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann und muß.

Ferner habe ich — wie aus dem Text der Anklageschrift hervorgeht — die Herren Adenauer, und zum Teil auch Globke, angegriffen und anhand ihrer eigenen Aussprüche nachgewiesen, daß sich ihr Denken und ihre politische Praxis „etwas außerhalb der Legalität" bewegen, bzw. im Widerspruch zum Grundgesetz der Bundesrepublik stehen. Alle von mir gebrauchten Zitate und Quellen sind einwandfrei und mit Datums- und Ortsangabe nachweisbar.

Wenn es also darum gehen sollte, Maßnahmen gegen irgend jemand zu ergreifen und Gerichtsverhandlungen zu führen, dann gehören doch wohl jene auf die Anklagebank,

- die Hitlers verbrecherische Politik in vollem Bewußtsein mitgetragen haben und deren Schuld noch längst nicht beglichen ist!
- und jene, die durch Worte und Handlungen hier und heute ein politisches Klima erzeugen, das an die dunkelste Zeit der deutschen Vergangenheit erinnert.

Im politischen Anklagezustand befinde ich mich nicht; die gegen mit Beschwerde Führenden sind die Betroffenen! Es kann sich nämlich gar nicht um Beleidigung und üble Nachrede handeln, schon gar nicht um böswillige Verunglimpfung und um Verleumdung von staatlichen Trägern der Verantwortung. Es handelt sich um Feststellungen von nachweisbaren und nachprüfbaren Tatbeständen. Sie sind in erster Linie politischer Natur und damit Gegenstand von politischen Auseinandersetzungen.

Diese politische Diskussion muß auf dem Boden der Wahrheit geführt werden. War nicht eine impulsive Zustimmung vorhanden, als im Memorandum der acht Tübinger Laien und Theologen gefordert wurde, dem Volke endlich die Wahrheit zu sagen? Wohlan! Ich habe einen Teil dieser Wahrheit gesagt, weil sie andere verschwiegen haben, da sie ihnen unangenehm war.

Die Angriffe gegen jene, die sich um die Wahrheit bemühen, sind nicht neu. Sie begannen vor Jahren mit der politischen Diffamierung der parlamentarischen Opposition. Heute scheut man selbst nicht davor zurück, die Suspendierung eines verdienten und bewährten Generalstaatsanwaltes zu betreiben, weil er für die Wahrheit eintritt. Selbst ein parlamentarischer Geschäftsführer der SPD mußte seinen Platz räumen, weil er in einer gar nicht als geheim zu bezeichnenden ungerechtfertigten Dienststrafsache der Wahrheit zum Durchbruch verhelfen wollte.

Als Vertreter einer Politik, die dem Volke die Wahrheit sagt, die durch das Streben nach friedlichem Interessenausgleich und nach militärischer Begrenzung der beiden deutschen Staaten im Rahmen einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa den militärischen und politischen Zielsetzungen der Anzeiger diametral entgegengesetzt ist, muß ich für sie ein unbequemer Zeitgenosse und unliebsamer Mahner sein. Für die Anzeiger, die die „Kontinuität des Irrtums in der deutschen Politik" konsequent fortführen, die eine Notstandsverfassung brauchen, weil sie ohne „Notstand" nicht mehr weiterregieren zu können glauben, für sie muß offenbar jeder Nonkonformist und jeder Oppositionelle vor ein Gericht zitiert, um so bestraft und mundtot gemacht zu werden, damit er in der Öffentlichkeit herabgesetzt oder damit sein Einfluß gemindert wird.

So gesehen ist der Prozeß gegen ein Direktoriumsmitglied der Deutschen Friedens-Union ein hochpolitisches Faktum. Er ist Teil jener Kampagne, zu der u. a. die Nacht- und Nebel-Aktion gegen den „Spiegel", sowie das seit langem versuchte Verbotsverfahren gegen

die VVN gehören und natürlich auch viele andere Strafverfahren gegen konsequente Kritiker der Regierungspolitik. Auch die geplante Notstandsverfassung ist ein Teil dieser Großaktionen zur Rettung der politischen Macht für jene Ewig-Gestrigen, die im Zwanzigsten Jahrhundert mit den Mitteln des vorigen Jahrhunderts glauben regieren zu können. Soweit es mich betrifft, werde ich nicht aufhören — wie das Urteil auch ausgehen mag —, die Irrtümer und Verbrechen der deutschen Vergangenheit anzuprangern, um die Menschen gegen eine nicht ganz unmögliche Wiederholung immunisieren zu helfen. Vor allem lasse ich mich nicht einschüchtern von jenen, die auf Grund ihrer in Nürnberg kommentierten Vergangenheit eher in Acht und Bann gehören als an die Spitze der Bundeswehr. Wer in Hitlers Diensten an hervorragender Stellung stand und ohne dessen Hilfe oder Helfershelferschaft „die Angriffslüste Hitlers und seiner Nazi-Kumpane akademisch und ohne Folgen geblieben" wären, sollte seinem Vaterland zuliebe alle öffentlichen Ämter zur Verfügung stellen. Wer heute etwas tut, was an die Schrecken der Vergangenheit erinnert, z. B. die Verfassung der Generalsdenkschrift zur Atomwaffenfrage oder das kennzeichnende Verhalten des Herrn Foertsch zum Fernsehstück „Stalingrad", der ist m. E. nicht wert, ein derartiges Amt in unserem Lande auszufüllen.
Das historische Urteil über die Hitler-Generale ist gesprochen, auch wenn sie durch eine die Lehren der deutschen Geschichte außer Acht lassende Politik wieder zu Amt und Würden gekommen sind. Das historische Urteil über die Regierungszeit Adenauers, in der Anti-Faschisten benachteiligt und verfolgt, die nach Wahrheit Trachtenden verleumdet, viele Hitler-Generale wieder zur Macht gekommen sind, wird auch noch gesprochen werden. Noch in diesem Jahrzehnt!

Lorenz Knorr

Bemerkungen:

Walter G r a b ist 1919 in Wien geboren, wo er auch sein Studium begann. Angesichts der nationalsozialistischen Machtübernahme in Österreich wanderte er nach Palästina aus, wo er zunächst in kaufmännischen Stellungen tätig war. Seit 1957 studierte er am Historischen Institut der Universität Tel Aviv, an dem er 1961 Assistent wurde. Gegenwärtig bereitet er sich an der Universität Hamburg auf seine Promotion vor, um nach seiner Rückkehr nach Israel eine Dozentur für Geschichte der frühen Neuzeit in Tel Aviv zu übernehmen.

Es schrieben bisher u. a.:

Prof. Dr. Wolig. Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Woligang Baranowsky
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1)*
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
General a. D. Dr. Franz Beyer
Lucie Beyer, MdB, III/5)*
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Kanonikus John Collins
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Wolf Donner
Dr. Ulrich W. Döring
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1)*
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann, MdB
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt)
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i. R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Woligang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Dr. Werner Gerth
Albrecht Goes
Prof. Gerhard Gollwitzer
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Walter Hagemann
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5)*
Dr. Elsa Hennings
Dr. Hans Henrich, III/12)*
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromádka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Alexander Karev
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Koller
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Horst Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Pfr. Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Enrico Marussig, Rom
Dr. Lily E. Marx
Wladimir Massitsch
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. h. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB, III/2)*
Herbert Mochalski
Dr. Girya K. Mookerjee
Prof. Dr. Wilhelm Müller
Hans Nätscher, V/1)*
Peter Nellen, Mdb, III/1)*
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. László Márton von Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen, Kopenhagen
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Hermann Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Rudolf Rolfs
Oreste Rosenfeld
Earl Bertrand Russell, O. M., F. R. S.
E. S. Sachs
Paul Schallück
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
Rolf von Schoen
Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silverman, M. P.
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Bertil Svahnström
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr. Hans-Joachim Tepe
Reinhard Tietz
P. A. Timberlake
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvik, Bergen (Norwegen)
Hellmut Traub
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. D. Heinrich Vogel
Pfr. Peter Walter
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. med. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Max Winiger
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Abdelkader Zouari
Gerhard Zwerenz

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.

setzt sich mit Nachdruck für internationale Verhandlungen auch mit Andersdenkenden ein:

> „Daher kann der Fall eintreten, daß eine Annäherung oder eine Begegnung zur Erlangung eines praktischen Zieles, wie sie früher für nicht opportun oder fruchtbar gehalten wurde, jetzt oder in der Zukunft als opportun und fruchtbar betrachtet werden könnte."

Damit ist nicht nur eine allgemeingültige Maxime aufgestellt, sondern zugleich ist hier der Weg gezeigt, auf dem auch in Deutschland die Spannungen und Gefahren überwunden und das gestörte Vertrauen wiederhergestellt werden muß. „Annäherung", „Begegnung", über ideologische Gräben hinweg miteinander sprechen — das ist in der Tat der einzig gangbare Weg zur Normalisierung auch unserer deutschen Situation. Die Wiedervereinigung unseres Volkes setzt die Anknüpfung „wechselseitiger Beziehungen und Verhandlungen", wie sie an anderer Stelle der Enzyklika gefordert wird, ebenso voraus wie die strikte praktische Respektierung des Appells, Streitigkeiten „nicht durch Waffengewalt, sondern durch Verhandlungen" beizulegen. Es wird nicht ausbleiben, daß sich an diesen Sätzen der päpstlichen Enzyklika gerade bei uns die Geister scheiden werden.

Das Rundschreiben des Papstes wendet sich vornehmlich an die Staatsmänner und Politiker, die von ihrer Stellung her die unmittelbare Möglichkeit haben, die ausgesprochenen Gebote und Mahnungen zu befolgen. Die Verantwortung des Christen und Staatsbürgers aber ist darum nicht geringer. Die allumfassende Solidarität, von der die Enzyklika spricht, umfaßt auch das Verhältnis des Einzelnen zum Staat und seiner Regierung. Jeder Einzelne trägt Mitverantwortung für das, was durch seine Regierung auch in seinem Namen getan wird. Darum dürfen auch wir uns bei dem Anruf der Enzyklika nicht beruhigen, sondern müssen ihn als einen Aufruf zum Handeln verstehen. Die Forderung der Enzyklika nach „Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit" verlangt von jedem Christen und darüberhinaus von jedem Menschen guten Willens, die Staatsmänner zu drängen, das zu tun, was die Enzyklika zum Gebot der Stunde erklärt.

Dr. Arno Klönne

Ein Marsch der Vernunft

Der Ostermarsch 1963 in der Bundesrepublik kann sich über Mangel an Publizität nicht beklagen: kaum eine Zeitung hat über die Aktionen der Atomwaffengegner geschwiegen. Anstoß hierfür waren vielfach behördliche Maßnahmen gegenüber dem Marsch, die den augenscheinlichen Beweis dafür lieferten, daß die These des Ostermarsches, dem Krieg von morgen werde die Demokratie schon heute geopfert, sehr wohl begründet ist. Das vom Bundesinnenministerium verfügte Einreiseverbot für ausländische (englische, französische und skandinavische) Atomwaffengegner, der Einsatz von Wasserwerfern gegen in dieser Sache protestierenden deutschen Atomwaffengegner in Düsseldorf, die Verhaftung des Marschleiters West, Pfarrer Günneberg, — all das ist in einem guten Teil der unabhängigen und seriösen Presse der Bundesrepublik auch von jenen Kommentatoren eindeutig verurteilt worden, die keineswegs Sympathie für den Ostermarsch

selbst haben. Nordrheinwestfalens Innenminister, Weyer, hat in einem Interview mit der „Neuen Rhein-Zeitung" die Maßnahmen des Bundesinnenministeriums in erfreulicher Offenheit kritisiert; viele angesehene Zeitungen des westlichen Auslands sahen durch diese Ereignisse ihre Befürchtungen über den unterentwikkelten Status der deutschen Demokratie bestätigt.

Falsch wäre es allerdings, über diesen spektakulären Begleiterscheinungen die politische Einschätzung der Kampagne für Abrüstung, die im Ostermarsch gipfelt, zu kurz kommen zu lassen.

Versucht man, eine Zwischenbilanz dieser Kampagne zu ziehen, dann ist vorweg zu sagen:

Der Ostermarsch 1963 in der Bundesrepublik war ein großer Erfolg. Nicht nur, weil die Zahl der Marschteilnehmer und Kundgebungsteilnehmer erheblich angestiegen ist; der Ostermarschbewegung ist in diesem Jahre in unserem Lande auch politisch ein Durchbruch gelungen, der manch einem bis vor kurzem noch unvorstellbar schien. Das wird deutlich etwa an der Zahl der Pfarrer, Schriftsteller, Ärzte, Rechtsanwälte, Pädagogen, Gewerkschaftsfunktionäre, Betriebsräte usw., die den Aufruf zum Marsch unterschrieben hatten; es wird deutlich an den vielen unterstützenden Erklärungen aus dem Raum der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie; es wird deutlich schließlich an der Reaktion von Presse, Wochenschau und Rundfunk, die — wie auch immer sie den Ostermarsch beurteilten — die Information ihrer Leser und Hörer über den Marsch nicht mehr auslassen konnten.

Allgemein herrscht die Meinung vor, daß der Ostermarsch „über den Status der Sekte hinausgewachsen" und zu einer in der Bundesrepublik einmaligen, wirklichen Bewegung geworden sei. Hans Konrad Tempel, der Sprecher des deutschen Ostermarsches, hat recht: Die Behinderungen, die den Ostermarsch in der Bundesrepublik diesmal härter als zuvor trafen, sind offenbar nichts anderes als ein Zeichen dafür, daß man den Ostermarsch nun ernst nimmt.

Dieser Erfolg ist dem Ostermarsch nicht in den Schoß gefallen. Es steckt die beharrliche, tagtägliche Arbeit vieler Mitarbeiter der Ostermarschbewegung dahinter. Es steckt auch manche politische Einsicht dahinter:

- Die Einsicht, daß die falsche Selbstgenügsamkeit der kleinen Gruppe, die sich im Besitze einer nicht geschichtsmächtigen Wahrheit ein gutes Gewissen schafft, aufzulösen ist zugunsten einer politischen Bewegung, die auf den moralischen Impuls nicht verzichtet, ihn jedoch geduldig in politische Energie umzumünzen versucht.
- Die Einsicht, daß politische Wirksamkeit nur erreicht werden kann, wenn man von der Methode „alles oder nichts" abkommt und sich mit all denen, die ehrlich dieselben Forderungen vertreten, auf bestimmte vordringliche und breit akzeptable Programmpunkte einigt.
- Die Einsicht schließlich, daß der Protest gegen die Politik mit der Bombe nicht viel weiterhilft, wenn die Atomwaffengegner nicht praktische Schritte vorschlagen können, wie man denn aus dem Teufelskreis des Wettrüstens herauskommen könne. Nicht von ungefähr hat der Ostermarsch in der Bundesrepublik sich in diesem Jahr auf die Forderung nach Entspannungspolitik in Mitteleuropa konzentriert.

All das ist dem Ostermarsch für den Anfang gut gelungen. Mit dem Ostermarsch hat erstmals in der Bundesrepublik eine außerparlamentarische politische Bewegung ständig an Breite und Präzision ihrer Politik gewonnen und dabei, anhand der Erfahrungen aus dem Scheitern der ersten Antiatomkampagne und auch anhand der Erfahrungen aus dem Scheitern oder Absinken anderer oppositioneller Gruppierungen, ihre Unabhängigkeit so gesichert, daß nicht mehr zu

befürchten ist, Konzessionen an die eine oder andere interessierte Seite würden auch diese Bewegung aktionsunfähig oder unattraktiv machen. Wertvoll ist hierbei die Erfahrung, daß die politische Unabhängigkeit des Ostermarsches nicht durch Zugeständnisse an blinden Antikommunismus erkauft oder durch oppositionsinterne McCarthy-Methoden gewahrt wurde, sondern allein durch einen auch gegenüber der Politik der UdSSR und der DDR selbständigen und klaren politischen Standpunkt begründet wurde.

Nun sind die Ostermarschierer nicht so sehr auf's Marschieren aus, daß sie loslaufen, ohne Hoffnung auf einen Effekt ihres Unternehmens zu haben.

- Der erste Effekt des Ostermarsches: International wird demonstrativ die Front derjenigen verstärkt, die auf Abrüstung und Entspannung hindrängen. Gewiß ist der Weltkrieg um Kuba nicht allein der Telegramme Bertrand Russells wegen vermieden worden. Wohl aber wäre es Kennedy wie Chrustschow (beide haben Scharfmacher im eigenen Lager!) kaum möglich, den Schritt von der Politik mit der Bombe zum Krieg mit der Bombe nicht zu tun, wenn nicht überall in der Welt Widerstand gegen den Atomkrieg geleistet würde. Hier weiß sich der Ostermarsch als ein Teil jener großen Front der Vernunft, die vom Weltkirchenrat und dem Oberhaupt der katholischen Weltkirche über die unabhängigen Friedensbewegungen bis hin zu den blockfreien Staaten reicht.
- Der zweite Effekt: Der Ostermarsch demonstriert, daß auch in der Bundesrepublik (die selbst unter ihren politischen Freunden vielfach als Hindernis einer Entspannungspolitik gilt) Massen auf die Straße gehen, um friedliche Lösungen bestehender politischer Probleme zu fordern. Es gibt in der Bundesrepublik Organe der öffentlichen Meinung, die mehr oder weniger offen so etwas wie Kriegshetze betreiben. Das registriert man im Ausland. Man wird nun nach dem Erfolg des Ostermarsches auch registrieren müssen, daß eine Entspannungspolitik in der Bundesrepublik bei vielen Tausenden von Bürgern Zustimmung findet.
- Der dritte Effekt: Das Ergebnis des Ostermarsches in der Bundesrepublik versetzt Massenorganisationen, die einst selbst den unablässigen Kampf gegen die atomare Rüstung versprachen, in heilsame Beunruhigung. Eine solche Beunruhigung wird auf längere Sicht um so eher Konsequenzen haben, je stärker die unabhängigen Kräfte neben jenen politischen „Großkirchen" werden.
- Der vierte Effekt: Der Ostermarsch ist in der Bundesrepublik so etwas wie eine Schule der Demokratie. Der Ostermarsch praktiziert Bürgerrechte, auf eine handfeste, nicht nur papierne Weise, — und das in einem Lande, in dem obrigkeitsstaatliche Traditionen katastrophale Wirkungen haben, in dem autoritäre Kräfte sich immer noch oder aufs neue regen, in dem mancher Mächtige Bürgerrechte nur solange hochschätzt, als sie nicht in Anspruch genommen werden. Daß man Bürgerrechte ausüben kann, ist vor allem eine Frage der Gewöhnung, oder, im deutschen Fall, zunächst eine Frage der Ansteckung. Gäbe es den Ostermarsch noch nicht, man müßte ihn eigens für unser Land erfinden. Auch unseren Volksvertretern und Parteimanagern wird es guttun, wenn sie erleben mußten, daß heute für eine Sache politischer Vernunft Massen auf die Beine kommen, — unabhängig von den eingespielten Apparaten, ohne Spesen und Diäten, ohne einen einzigen hauptamtlichen Organisator, ohne staatliche Subventionierung.

Dies alles bedeutet nun nicht, daß die Ostermarschbewegung in der Bundesrepublik sich auf den Erfolgen des Marsches 1963 zur Ruhe setzen könnte. Die Kampagne für Abrüstung sieht sich, international und in der Bundesrepublik, etlichen Problemen gegenüber, deren Lösung Voraussetzung eines weiteren Anstiegs der Kampagne ist.

Da ist zunächst die Aktion der „Friedensspione" in England, von der sich sowohl die britische wie auch die deutsche Ostermarschbewegung sofort energisch distanziert haben. Mögen die Urheber dieser Aktion Provokateure oder gutmeinende Freunde der Sache der Abrüstung sein, — sicher ist, daß derartige Unternehmungen den politischen Erfolg der Kampagne für Abrüstung gefährden. Die Ostermarschbewegung (vermutlich ihr britischer Zweig mehr als der deutsche) wird einige Aufklärungsarbeit daransetzen müssen, um solche Bilderstürmerei herauszuhalten.

Da ist weiterhin der jugendlich-bewegte Charakter der Ostermärsche, der viel zur Überzeugunsfähigkeit der Kampagne beiträgt, der jedoch nicht derart stilisiert werden darf, daß er den Ostermarsch auf eine J u g e n d bewegung für Abrüstung einengt. Hierfür zu sorgen, wäre Sache der vielen politisch erfahrenen Freunde des Ostermarsches oder Unterzeichner des Ostermarschaufrufes, die sich nicht mit der moralischen Unterstützung des Marsches begnügen, sondern unmittelbar und beständig in der Kampagne mitarbeiten sollten.

Da ist schließlich die Notwendigkeit, Quantität und Qualität der Ostermarschbewegung durch methodische Verbesserungen und Variationen und durch Konkretisierung der politischen Forderungen ständig zu steigern, ohne indessen eine offene politische Bewegung, wie der Ostermarsch sie auf glückliche Weise darstellt, durch Überforderung ins Sektenhafte zu steuern.

Die Kampagne für Abrüstung in der Bundesrepublik trägt günstige Bedingungen in sich, um mit diesen Problemen fertig zu werden. Sie wird noch erfolgreicher werden, wenn alle diejenigen, die der Sache der Ostermarschbewegung zustimmen, die Ostermarschbewegung zu ihrer Sache machen.

Dr. R i c h a r d W e r n e r

Kennedys neue Experimente

zur militärpolitischen NATO-Diskussion

Ernsthafte Theoretiker und nüchterne Praktiker des westlichen Paktsystems stimmen — trotz ihrer gewiß nicht verblaßten Erinnerungen an das Suez-Debakel und seine NATO-internen Folgen — darin überein, daß sich der Nordatlantikpakt gegenwärtig in der schwersten inneren Krise seit seiner Gründung befindet. Dieser Superlativ ist keine Übertreibung. Seit dem Amtsantritt Präsident Kennedys und der damit verbundenen Okkupation der Befehlsstellen im Weißen Haus und Pentagon durch sein Beraterteam werden in wachsendem Maße vitale Interessengegensätze zwischen den NATO-Staaten sichtbar. Obwohl man getrost annehmen darf, daß die führenden europäischen Staatsmänner aus einer Vielzahl von Gründen bemüht sind, längst nicht das volle Ausmaß ihrer Kritik, ihrer Nichtübereinstimmung mit der amerikanischen Politik der letzten beiden Jahre in die Öffentlichkeit zu tragen, lassen sich heute innerhalb der NATO deutlich zwei Fronten erkennen: auf der einen Seite die von der Kennedy-Administration repräsentierten politischen, militärischen und wirtschaftlichen Interessen der Vereinigten Staaten, auf der anderen Seite eine kontinentaleuropäische Fronde unter der Führung de Gaulles und Adenauers. Der Polarisationsprozeß innerhalb der NATO bringt es mit sich, daß kleinere Paktstaaten (Benelux) oder solche, deren

komplizierte politische Struktur (Großbritannien) eigenständige Operationen kaum zuläßt, gezwungen werden können, sich einer der beiden Seiten anzuschließen.

Der Streit entzündete sich unmittelbar nach Kennedys Amtsantritt an einer essentiellen militärpolitischen Frage: Wird die neue Mannschaft in Washington die in der letzten Phase der Amtszeit Eisenhowers eingeleitete Politik der Übergabe atomarer Waffen an europäische NATO-Staaten fortsetzen oder wird sie sich weigern, das zu tun? Eisenhowers letzter Außenminister Christian Herter hatte bereits auf der NATO-Ministerratstagung vom 15. bis 17. Dezember 1959 in Paris die Bereitschaft seiner Regierung erkennen lassen, die dafür „geeigneten" Mitglieder des Bündnisses mit Atomwaffen auszustatten. Verteidigungsminister Thomas Gates konkretisierte am 21. April 1960 diesen Vorschlag mit dem Angebot von Polaris-Raketen für bewegliche Bodenstützpunkte in Frankreich und der Bundesrepublik. Er vertrat die Auffassung, daß es dazu keiner Änderung des amerikanischen Atomgesetzes bedürfe. Am 12. Oktober 1960 erklärte der Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Mitteleuropa, General Lauris Norstad, in einer Rede in Coventry, daß die NATO die vierte Atommacht werden solle. Die „New York Times" berichtete am gleichen Tage, daß Außenminister Herter einen Plan zur Schaffung einer nuklearen Streitmacht unter dem Kommando der NATO studiere. Wieder war es Norstad, der Ende November 1960 auf der 6. Vollversammlung der NATO-Parlamentarier baldige Vereinbarungen über die Errichtung einer integrierten Nuklearstreitmacht forderte. Shape, sein Hauptquartier bei Paris, hatte sich unter seiner Initiative und der aktiven Mitarbeit deutscher und französischer Politiker und Militärs zur Koordinationszentrale aller Pläne und Vorschläge hinsichtlich der angestrebten Atommacht entwickelt. Von hier aus wurde die Regierung in Washington in dieser Frage am stärksten unter Druck gesetzt. Aus zahlreichen Stellungnahmen von Konrad Adenauer und Franz Josef Strauß sprach die euphorische Hochstimmung, in die sie die Aussicht auf die baldige Verleihung eines — wenn auch relativ kurzen — atomaren Schwerts zum konventionellen Schild versetzt hatte. — Als zu Beginn des Jahres 1961 John F. Kennedy ins Amt kam, veränderte sich die Szene jäh.

Kennedys Mannschaft hatte — nicht nur aus Gründen der Wahlvorbereitung — just im Jahre 1960, in dem das Projekt einer NATO-Atommacht fast zur vollendeten Tatsache geworden wäre, die militärpolitische Situation der Vereinigten Staaten einer gründlichen Analyse unterzogen. Dabei war sie, neben anderen bemerkenswerten Ergebnissen strategischer Art, zu dem Resultat gekommen, daß das starke nukleare Potential den USA zum tödlichen Verhängnis werden könne, wenn die Regierung weiterhin fortfahre, Teile desselben an westeuropäische Verbündete zu verteilen. Man erkannte sehr richtig, daß dann unweigerlich der Zeitpunkt kommen werde, da auch eine Delegierung der Verfügungsgewalt über diese Waffen nicht länger zu vermeiden sei. Den Mitinhabern nuklearer Vernichtungskapazität würde es dann möglich sein, die gefürchtete „escalation" (Atomspirale) auch ohne das Einverständnis Washingtons in Gang zu setzen, wobei die Größe ihres Anteils am atomaren Potential nur von untergeordneter Bedeutung wäre. Präsident Kennedy und seine Mitarbeiter zeigten sich entschlossen, diese Bedrohung durch eine Revision der Militärpolitik im Rahmen der NATO zu begegnen.

Die Wende kam abrupt, wenngleich schon nicht überraschend für die Regierungen in Bonn und Paris. Die neuen Herren im Weißen Haus verkündeten, daß es vordringliche Aufgabe der europäischen Verbündeten der Vereinigten Staaten sei, ihre konventionellen Streitkräfte unter Einsatz aller zu Gebote stehenden Mittel zu verstärken. Mit doktrinärer Strenge propagierten sie das Prinzip der

Arbeitsteilung innerhalb der NATO, wobei der atomare Part von den Amerikanern zu spielen sei. Zur Sicherung der eigenen strategischen Schlüsselstellung und zur Erhöhung der Flexibilität der westlichen Streitmacht — im Sinne der von Kissinger, Bowie, Knorr u. a. entwickelten „abgestuften Abschreckung" — blieben den Bündnispartnern in Westeuropa vornehmlich jene Aufgaben überlassen, die mit herkömmlich ausgerüsteten Truppen gelöst werden können. Die Wiederholung der alten Beistandsgarantien werde genügen — so glaubte man anfangs in Washington —, um das europäische Einverständnis zur Rückkehr in diese frühen Formen der militärpolitischen Zusammenarbeit zu erhalten. Sehr bald erwies sich das als grobe Fehlkalkulation. Kennedys Berater hatten offensichtlich übersehen, daß das Westeuropa des Jahres 1962 nicht mehr das der Mitte der fünfziger Jahre war. Ein Faktum, dessen Ursachen nicht zuletzt in der amerikanischen Außen- und Militärpolitik zu suchen sind.

Als vor einem Jahrzehnt der Regierung in Washington endgültig zur Gewißheit wurde, daß sie das Monopol für den Besitz atomarer Waffen künftig mit der Sowjetunion zu teilen habe, reagierte sie darauf mit einer maßlos forcierten Aufrüstung ihrer Partnerstaaten. Sie sorgte nicht nur dafür, daß den von den USA in mehr als einer Hinsicht abhängigen Partnerstaaten extrem hohe Ziele für den Aufbau ihrer nationalen Streitkräfte gesteckt wurden, sie machte diese Staaten im Laufe der Jahre durch die Stationierung atomar gerüsteter Kampfgruppen, durch die Lagerung großer Mengen nuklearer Sprengköpfe zu schwerbewaffneten Vorposten ihrer Strategie der massiven atomaren Drohung gegen den Osten. Die Bundesrepublik Deutschland wurde in das westliche Paktsystem aufgenommen und — sowohl wegen ihrer geographisch exponierten Lage, der besonderen Problematik der deutschen Teilung und ihrer herausragenden ökonomischen Leistungsfähigkeit — im Rahmen der Dulles'schen Außenpolitik in ihrer militärischen Entwicklung vorrangig unterstützt. Eine solche Politik konnte nicht ohne entscheidende machtpolitische Konsequenzen bleiben. Sehr bald zeigte es sich besonders am Beispiel des westdeutschen Teilstaates, daß damit eine Dynamik provoziert worden war, deren Eigengesetzlichkeit sich zusehends gegen die Positionen der Nordamerikaner in Europa wandte. Der durch seine strategischen Studien bekannt gewordene Harvard-Professor Henry A. Kissinger formuliert diesen Aspekt im Januarheft der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs" so:

> „Tatsächlich aber wirkt hinter den einzelnen kritischen Äußerungen (gegen die derzeitige Militärpolitik Washingtons. D. V.) eine tiefere Realität: nämlich die Entstehung eines neuen Europa — dynamisch, kräftig und voll Selbstvertrauen. In vieler Hinsicht stellt dieses Europa die Krönung einer seit dem Zweiten Weltkrieg beharrlich verfolgten weitblickenden amerikanischen Politik dar. Doch wird uns die Tatsache, daß wir bei unseren Anstrengungen der Wirtschaftshilfe (als dem Fundament der Aufrüstung. D. V.) Priorität einräumen mußten, den Blick auf die politischen Konsequenzen unseres Erfolgs verstellt haben. Dabei lag der Gedanke immer nahe, daß Nationen mit so reichen Traditionen wie unsere europäischen Verbündeten früher oder später versuchen würden, ihre eigenen politischen Auffassungen wieder geltend zu machen. Die Dynamik und das Sendungsbewußtsein, die Europa fünf Jahrhunderte lang über alle Meere geführt haben, waren nach Kriegsende zunächst auf den Wiederaufbau Europas gerichtet; jetzt trachten sie, ihren Einfluß auf dem Felde der Weltpolitik zu verstärken."

Diese Einschätzung — so sehr sie auch in dem Bemühen formuliert wurde, Verständnis für das europäische „Sendungsbewußtsein" zu zeigen — trifft den Kern der seit nunmehr zwei Jahren offenkundigen, tiefen Gegensätze zwischen der von Kennedy angestrebten Allianzpolitik und dem machtpolitischen Streben der großen westeuropäischen Staaten. Mit dem Beginn des Jahres 1961 erwies es sich nämlich, daß weder das nach zwei Seiten um seinen politischen Einfluß kämp-

fende Großbritannien und schon gar nicht Paris und Bonn gewillt waren, sich die von der Eisenhower-Regierung beinahe erkämpfte Zusage der nuklearen Mitbestimmung vom neuen Präsidenten einfach streichen zu lassen. Das spezifische politische Gewicht Frankreichs und der Bundesrepublik war dank der — wie Kissinger meint „weitblickenden" — amerikanischen Unterstützung so groß geworden, daß Bonn und Paris gleichermaßen die Forderung nach tatsächlicher Gleichberechtigung und Mitentscheidung in allen die westliche Allianz betreffenden Fragen als Selbstverständlichkeit erschien. Eingeschlossen die Verfügungsgewalt über das nukleare Potential, das auch der Bonner Regierung als zeitgemäßes Kriterium einer Großmacht gilt. Dieser nicht nur für die Vereinigten Staaten gefährliche Machtanspruch hätte durch eine positive Einstellung zu den auch in den USA vor Jahren weithin populären Disengagement-Vorschlägen im Keime erstickt werden können, ohne daß sich das machtpolitische Gefüge in der Welt zum Nachteil des Westens verschoben hätte. Daß das nicht geschah, ist die historische Schuld der amerikanischen Regierung. So muß die Kennedy-Regierung heute die beunruhigende Erfahrung machen, daß die „escalation" lange vor dem ersten Schuß beginnt. Das von Washington angekurbelte Wettrüsten innerhalb der westlichen Allianz hat paradoxerweise die Sicherheitsgarantien der Amerikaner zerstört, deren sie sich sicher fühlten, als sie auf dieser Hemisphäre der Alleinbesitzer atomarer Waffen waren. Und gelang es Kennedy auch, diese mißliche Lage durch den keineswegs nur waffentechnisch bedingten Abzug von Mittelstreckenraketen aus der Türkei und Italien geringfügig zu korrigieren, so ist er bisher mit ähnlichen zweifelsohne vorhandenen Plänen im entscheidenden Mittelabschnitt der NATO gescheitert.

Die gegenwärtige, für die Öffentlichkeit überaus verwirrende Auseinandersetzung über die Militärpolitik der Allianz wird durch einen neuen Versuch Washingtons bestimmt, einen Ausweg aus diesem Dilemma zu finden. Dieses Experiment verfolgt zwei Hauptziele. Es soll das Auseinanderbrechen der NATO verhindern, das angesichts des Aufbaus nationaler Atomstreitkräfte in Großbritannien und Frankreich und des deutsch-französischen Vertrags zu einer realen Gefahr für die USA geworden ist. Unmißverständlich deuten die Äußerungen de Gaulles, der EWG solle auch ein militärischer Inhalt gegeben werden, in diese Richtung. Daß es der Bundesregierung gelingen könnte, auf diesem Wege das alte EVG-Projekt wiederzubeleben und damit auch am Aufbau der französischen Nuklearmacht zu partizipieren, beunruhigt nun wahrlich nicht allein den Osten. Das zweite Hauptziel des jüngsten amerikanischen Experiments besteht darin, trotz einer Reihe — wie man meint unumgänglicher — Zugeständnisse letztlich doch das alleinige Verfügungsrecht über das eigene Nuklearpotential zu behalten. Die Zugeständnisse sollen dagegen bewirken, daß Großbritannien und Frankreich den Aufbau eigener Atomstreitkräfte einstellen oder aber in Bahnen lenken, die ihn sowohl von technischer als auch finanzieller Beihilfe und Unterstützung der Amerikaner abhängig machen. Das Muster dieses Vorhabens ist der „Pakt von Nassau", geschlossen von Präsident Kennedy und Premierminister Macmillan in ihrem Treffen auf den Bahamas vom 18. bis 21. Dezember 1962.

Dieser „Pakt" — tatsächlich handelt es sich um den Text einer gemeinsamen Erklärung der beiden Staatsmänner — läuft allerdings Gefahr, ein Muster ohne Wert zu werden. Das Nassau-Abkommen bringt sowohl den Vorschlag einer multinationalen Atomstreitmacht im Rahmen der NATO (Punkt 6), als auch den der Aufstellung einer multilateralen atombewaffneten Kampfgruppe (Punkt 8) in die Diskussion. Der Unterschied zwischen beiden Formen ist gradueller Art. Unter multinationaler Streitmacht wird das Zusammenführen geeigneter nationaler Verbände einer vielseitig verwendbaren Atom-Feuerwehr verstanden, wobei die

Trägerwaffen — etwa deutsche und französische Jagdbomberstaffeln und britische Unterseeboote — von den europäischen Partnern, die Atomgeschosse jedoch in der Regel von den USA gestellt werden. Diese Truppe würde dem Befehl von Shape unterstehen. Die nationale Gliederung innerhalb der Streitmacht bliebe erhalten. Bei der multilateralen Kampfgruppe handelt es sich dagegen um Marine- oder Luftwaffenverbände, deren Besatzung sich aus Angehörigen aller 14 NATO-Staaten zusammensetzen kann. Die nationale Struktur ist hier einer „integrierten" Mannschaft gewichen. Das entscheidende Problem der Befehlsgewalt ist nicht einmal theoretisch geklärt, wenn man sich nicht mit der Maßgabe zufriedengeben will, daß eine Rückgliederung in nationale Verbände ausgeschlossen sein solle. Die Amerikaner haben deutlich zu verstehen gegeben, daß sie den Befehl durch das Prinzip der Einstimmigkeit geregelt wissen wollen, was praktisch bedeuten würde, daß jeder beteiligte Staat durch sein Veto eine multilaterale Operation vereiteln könnte. Bestimmend ist natürlich auch hier die Sorge der Amerikaner, andere könnten über den Einsatz ihrer Kernwaffen verfügen.

Daß es den „Integrierten" aber gerade darauf ankommt, hat der bundesdeutsche Verteidigungsminister v. Hassel erkennen lassen, als er in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung" (11. März 1963) erklärte: „Ich habe vorgeschlagen, daß nach der Aufbauphase, wenn also die Raketenflotte im Einsatz ist und ein zuverlässiges Instrument darstellt, die Einstimmigkeit durch das Mehrheitsprinzip abgelöst werden sollte. Ich halte diesen Vorschlag für einen sehr guten Kompromiß." Präsident Kennedy teilt diese Meinung offenbar nicht. Jedenfalls erklärte er nach von Hassels Besuch in den USA, daß man in Washington keine Einwendungen machen würde, falls die europäischen Partner zu der Auffassung gelangten, die multilaterale Streitmacht „sei doch nicht das, was sie wünschten". Diese einzigartige Abwertung seines eigenen Vorschlages unterstrich er durch den Hinweis auf das multinationale Projekt, wo die Befehls- und Kontrollfrage leichter zu handhaben sei. Hier jedoch zeigt Bonn eklatantes Desinteresse, von de Gaulle ganz zu schweigen. Großbritannien aber, daß sich von den Amerikanern im Ausbau seiner eigenen Atomstreitmacht als politisches Gegengewicht gegen den kontinentaleuropäischen Block behindert fühlt, scheint sich nun, da der Nassau-Pakt jede Breitenwirkung vermissen läßt, forciert auf den Ausbau der eigenen „Abschreckungskapazität" konzentrieren zu wollen. Es beschleunigt sein Bauprogramm für Atom-U-Boote, nach wie vor in der alten kostenzehrenden Zweigleisigkeit zu den amerikanischen Entwicklungsprogrammen. Dabei muß es den Amerikanern nachgerade peinlich sein, wie ihr einst mit viel Propagandaaufwand in Europa verbreitetes Argument, daß nur eine starke nukleare Streitmacht den nötigen Schutz gegen die Drohung des Ostens biete, von den nach machtpolitischer Expansion strebenden Bündnispartnern gegen sie verwandt wird.

Das ist die Situation am Vorabend der NATO-Konferenz von Ottawa. Vor wenigen Monaten hatte man noch geglaubt, die strittigen Detailfragen bis Ende Mai klären zu können, so daß es auf dieser NATO-Tagung endlich wieder einmal zu klaren Beschlüssen kommen könne. Nie war man davon jedoch weiter entfernt als gerade jetzt. Nie zuvor waren sich die NATO-Staaten so uneinig in substantiellen Fragen. Es ist kurios und bezeichnend zugleich, daß die internen machtpolitischen Streitigkeiten innerhalb des Bündnisses die seit mehr als einem Jahrzehnt beschworene „Gefahr aus dem Osten" in den Hintergrund treten lassen. Hier offenbart sich plötzlich, daß die angebliche Aggressionsdrohung des Kommunismus nur eine Funktion, nicht aber das eigentliche Motiv der sich immer schneller drehenden Rüstungsspirale ist, an deren Ende das Auseinanderbrechen der NATO, im schlimmsten Fall aber der atomare Weltkrieg stehen kann.

Walter Grab

Zur Frage der deutschen Raketenexperten in Ägypten

Die Verhaftung der israelischen Geheimagenten in der Schweiz hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf den Rüstungswettlauf im Mittleren Osten gelenkt. Die Bemühungen des israelischen Geheimdienstes, den weiteren Zustrom deutscher Waffenexperten nach Ägypten zum Halten zu bringen, und die Aufforderungen Israels an die Bundesrepublik, alles zu tun, um die schon dort befindlichen deutschen Wissenschaftler zur Rückkehr zu bewegen, gehen über Sensationsmeldungen in der Presse weit hinaus. Die Dinge sind viel zu weit gediehen, als daß sie durch Parlamentsresolutionen in Israel oder anderswo aus der Welt geschafft werden könnten. Es handelt sich vielmehr um ein ganzes Knäuel verwickelter internationaler Probleme, deren Entwirrung eine Notwendigkeit ersten Ranges ist.

Zählen wir die miteinander eng verbundenen Fragenkomplexe erst einmal auf. Es handelt sich vor allem um den globalen Ost-West-Konflikt, der im Mittleren Osten besondere Formen angenommen hat; dann um die Nicht-Anerkennung Israels durch die arabischen Staaten; um das Bemühen der Sowjetunion, einen militärischen Stützpunkt in Ägypten zu errichten; weiter um die Suche der westlichen Länder nach Märkten und Einflußgebieten; schließlich um die Versuche Nassers, die arabische Welt unter seiner Vorherrschaft zu einigen. Dazu kommt noch die äußerst labile soziale Situation innerhalb der arabischen Staaten, die allein in diesem Jahr zu drei blutigen Rebellionen in Syrien und im Irak geführt hat.

Seit Dulles im Jahre 1953 den Bagdad-Pakt zurechtzimmerte, der dem Westen die Möglichkeit geben sollte, in diesen nahe der Südgrenze der Sowjetunion gelegenen Gebieten Stützpunkte zu errichten, bemühten sich die Sowjets, in einem der Länder des Nahen und Mittleren Ostens Fuß zu fassen, um die amerikanischen Pläne zu vereiteln. Sie waren bereit, durch ihre tschechischen Satelliten den Ägyptern 1955 eine große Menge Kriegsmaterial zukommen zu lassen — ungeachtet dessen, daß die kommunistische Partei Ägyptens nach wie vor von Abd-el-Nasser verfolgt wurde und verboten blieb. Die östliche Waffenhilfe an Ägypten verschärfte enorm die sowieso schon labile Situation im Mittleren Osten. Israel sah mit Recht, daß der gewaltige Strom von Ostblock-Waffen seine Existenz schwer bedrohte. Der jüdische Staat, seit 1949 politisch auf eine einseitig prowestliche Linie festgelegt, versuchte in der Suez-Krise, dieser Bedrohung Herr zu werden. Der einzige Staat, gegen den die von der CSSR und von der Sowjetunion gelieferten Waffen eingesetzt werden können, ist Israel. Aber Abd-el Nasser, ein äußerst gewiegter Taktiker, war nicht gewillt, sich wegen der Waffenhilfe ins russische Fahrwasser zu begeben. Er appellierte an den Westen, ihm ebenfalls wirtschaftliche und militärische Hilfe angedeihen zu lassen, und sowohl amerikanische als auch bundesrepublikanische Politiker bemühten sich, um den sowjetischen Einfluß zu neutralisieren, ihre Wirtschafts- und Militärfachleute nach Ägypten zu senden. Der Wettlauf um die Gunst des ägyptischen Diktators seitens dreier Mächte — der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik — half ihm, seine Pläne einer ägyptischen Vorherrschaft im Mittleren Osten vorwärts zu treiben. Frucht dieser Bemühungen war die faktische Unterwerfung Syriens im Jahre 1958 unter dem glanzvollen Titel einer „Vereinigten Arabischen Republik".

ZUR FRAGE DER DEUTSCHEN RAKETENEXPERTEN IN ÄGYPTEN

Unter den vielen hundert Fachleuten, die die Bundesrepublik nach Ägypten geschickt hat, befanden sich schon vor Jahren mehrere Raketenexperten. Wirtschaftliche und militärische Gesichtspunkte sind heutzutage eng miteinander verbunden, es ist schwer zu sagen, wo das eine beginnt und das andere aufhört — um Märkte und Einflußgebiete im Mittleren Osten zu erlangen, war man auch bereit, den Ägyptern eine Raketenbasis zu bauen. Auf moralische Bedenken wurde da keine Rücksicht genommen. Anders nahm sich die Frage vom Standpunkt Israels aus. Die Erinnerungen an die faschistische Ausrottungspolitik seitens des Deutschen Reiches sind in Israel zu frisch und zu stark. Man erkennt die gewaltige Gefahr, die dem kleinen Land (Israel hat die Größe Hessens) von einem Ägypten droht, das mit Raketen ausgestattet ist, die noch dazu von deutschen Wissenschaftlern bereitgestellt werden. Vergessen wir nicht, daß es Nasser in keiner Rede verabsäumt hat, darauf hinzuweisen, daß er bei erster Gelegenheit Israel vernichten und die Juden ins Meer werfen würde. Der jüdische Staat, der infolge der großen amerikanischen Investitionen, der Hilfe der fünf Millionen amerikanischen Juden, und des Reparationsvertrags mit der Bundesrepublik völlig westlich orientiert ist, hat bei weitem nicht die Laviermöglichkeiten, die dem ägyptischen Diktator offenstehen. Dazu kommt die unfreundliche Haltung, die die Sowjetunion dem jüdischen Staat gegenüber einnimmt, in dem sie einen Handlanger und einen Stützpunkt des Westens sieht.

In der Denkschrift israelischer Wissenschaftler, die vor kurzem veröffentlicht wurde, wurde auf den nuklearen Reaktor, der im Süden Israels gebaut wird, mit Sorge hingewiesen. Es ist klar, daß es in einem auch nur lokalen Konflikt zwischen Israel und Ägypten das Ende des jüdischen Staates bedeuten würde, falls Raketen und Atomwaffen ins Spiel gebracht würden. Auch heute ist die Lage so, daß nur die Anwesenheit der Truppen der Vereinigten Nationen am Gaza-Streifen, der ägyptisch-israelischen Grenze, ein Aufflammen der Kämpfe verhindert, die vor dem Suezkonflikt an der Tagesordnung waren. Der Bau des Reaktors in Israel, der bisher — wieder laut der Denkschrift der Wissenschaftler Israels — 450 Millionen Mark gekostet hat und noch mehr als das Doppelte verschlingen wird, bis er fertig ist, belastet die ohnehin äußerst angespannten Geldquellen des Staates aufs Äußerste. Das Argument Israels ist, daß Ägypten von den vorhin genannten drei Großmächten sowohl wirtschaftlich als insbesondere militärisch unterstützt wird, daß sich der Bau von ägyptischen Raketen unter den augenblicklichen Gegebenheiten lediglich gegen Israel richten kann, und daß sich daher der jüdische Staat, dessen Grenzen ohnehin von keinem einzigen seiner Nachbarn anerkannt sind, seiner Haut wehren muß. Bis heute lebt Israel unter den fortwährenden Bedrohungen seitens seiner arabischen Nachbarn, Friedensverträge konnten nicht geschlossen werden, weil der jüdische Staat in den Augen der arabischen Machthaber „nicht existiert", die Grenzen sind die des Waffenstillstandes von Anfang 1949. Der Staat, der nach der grauenhaften Ausrottung eines Drittels des jüdischen Volkes die dort lebenden Juden zu einer Nation zusammenzuschweißen sich bemüht, sieht sich durch die ägyptischen Raketenexperimente gewaltigen Gefahren ausgesetzt.

Das ist, in wenigen Worten geschildert, der Hintergrund, auf dem der Versuch des israelischen Geheimdienstes gesehen werden muß, deutsche Wissenschaftler zu hindern, Ägypten ihre Kenntnisse zur Verfügung zu stellen. Es ist wohl richtig, daß Entführungsversuche, illegale Druckmittel und Einschüchterungen für einen souveränen Staat unpassend sind. Es ist auch nicht ganz klar, welche Schritte Bonn tun muß, um den deutschen Wissenschaftlern zu untersagen, für Ägypten tätig zu sein. Aber Israel glaubt, alles Denkbare daransetzen zu müssen, um die Gefahr zu unterbinden. Dort stellt sich die Lage so dar, daß die Bundes-

republik einerseits versucht, durch materielle Entschädigungen und Reparationen sowohl an Israel als auch an einzelne Bürger des Staates die ungeheure Blutschuld, die das deutsche Volk auf sich geladen hat, zu sühnen — und andererseits wieder die Waffen schmieden hilft, mit denen man den Rest des jüdischen Volkes, das sich in der alt-neuen Heimat ein sinnvolles Leben bauen will, zu vernichten plant. Es ist also vor allem eine moralische Frage, die mit den höchst unzulänglichen Mitteln des Geheimdienstes gelöst werden soll. Doch wissen wir alle, daß in der heutigen wirren Zeit, wo Entführungen von politisch wichtigen Persönlichkeiten, mögen sie sich nun in Berlin, in München oder in der Schweiz abspielen, an der Tagesordnung sind, der Appell ans Gewissen allein eine stumpfe Waffe ist. Es ist wahr, daß die Einschüchterungsversuche irgendeines Geheimdienstes, welchen Staates immer, abzulehnen sind. Um die international bedeutsame Frage aber, daß das israelisch-arabische Verhältnis einer friedlichen Lösung zugeführt werden muß, kommt man nicht herum. Die Bundesrepublik hat die moralische Pflicht, bei der Entschärfung der Lage ihr Möglichstes zu versuchen. Sie hat auch große Möglichkeiten dazu, denn sie ist im Mittleren Osten ja auf beiden Seiten — in Israel und in Ägypten — engagiert. Jede Entschädigung und Reparationszahlung Bonns an Jerusalem (fälschlich „Wiedergutmachung" genannt — als ob das Geschehene jemals wieder gut gemacht werden könnte) ist sinnlos, wenn mit Wissen und Einverständnis der Bundesrepublik deutsche Waffenexperten helfen, Israel den Untergang zu bringen. Da die Bundesrepublik ja nicht nur militärische, sondern auch wirtschaftliche Hilfe an Ägypten leistet, ist ein gewisser Druck wohl denkbar, der auf Ägypten ausgeübt werden könnte, um die Einstellung der Raketenversuche zu erzwingen.

Es gibt heute mehrere Gebiete auf der Welt, wo die gewaltigen machtpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Ost und West eine unbedingte, schnellstmögliche Lösung fordern. Der Bundesrepublik ist der Konflikt um Berlin naturgemäß am nächsten. Aber nicht minder kann das Pulverfaß im Mittleren Osten jeden Augenblick explodieren. Zu viele Interessengegensätze stehen dort auf dem Spiel. Letzten Endes kann auch der Konflikt im Mittleren Osten nur durch eine allgemeine weltweite Regelung zwischen den beiden Machtblöcken geregelt werden. Aber inzwischen müssen wir, als Menschen, denen das Interesse des Friedens am Herzen liegt, laut unsere Stimme erheben und energisch fordern, daß dem unseligen Rüstungswettlauf zwischen Israel und Ägypten Einhalt geboten werde und daß dort eine r ü s t u n g s f r e i e Z o n e geschaffen werde. Sowohl Israel als auch die arabischen Länder haben wahrlich andere Interessen, als sich zum Spielball dieser oder jener Mächtekonstellation zu machen und das nationale Vermögen für Raketen, Atombomben oder andere Vernichtungswaffen zu verschleudern. Israel hat die Losung des Zusammenschweißens des verstreuten jüdischen Volkes auf seine Fahnen geschrieben — das erfordert ungeheure Energie und enorme Geldmittel. In den arabischen Ländern steht wiederum das brennende Problem der Verbesserung der sozialen Lage der breiten Volksmassen auf der Tagesordnung. Noch sind in Ägypten, Syrien, Jordanien und den andern arabischen Ländern die verrottetsten Formen des mittelalterlichen Feudalismus lebendig und Millionen Menschen leben unter unwürdigen Bedingungen und in unvorstellbarer Armut, während eine winzige Clique von Offizieren, Großgrundbesitzern und Großhändlern nicht nur Reichtümer aufhäufen, sondern ihre Länder dem jeweils Meistbietenden der Großmächte als Stützpunkte anbieten und womöglich einen gegen den andern ausspielen. Im letzten Jahrzehnt fanden in den verschiedenen arabischen Ländern mehr als zwanzig Rebellionen und Staatsumwälzungen statt, die davon Zeugnis ablegen, wie labil die gesellschaftliche und politische Situation in diesen Ländern ist. Eine internationale Regelung, bei

der Ost und West sich bemühen sollten, vor allem die sozialen Probleme der arabischen Staaten friedlich zu regeln, wäre viel mehr am Platz, als machtpolitische Erwägungen durch Waffenhilfe und Raketenexperten an die kaum dem Mittelalter entwachsenen Länder. Man komme auch nicht mit dem Argument, die Experten seien als Privatleute dort und die Bundesrepublik habe keine legalen Machtmittel, sie zur Rückkehr zu bewegen. Bonn weiß sehr genau, daß Kairo die deutschen Fachleute nur sehr schwer ersetzen könnte. Ein geeigneter politischer Druck auf den ägyptischen Diktator, die deutschen Fachleute zu entlassen, da sonst die deutsche Wirtschaftshilfe eingeschränkt würde, könnte zumindest versucht werden. Sollte aber Abd-el Nasser die deutschen Raketenexperten wirklich durch russische oder andere zu ersetzen imstande sein — nun, dann hat Bonn zumindest vor der Welt zu erkennen gegeben, daß es alles getan hat, um der Verschärfung der internationalen Lage Halt zu gebieten. Angesichts der Tatsache, daß alle Beteiligten wissen, gegen w e n allein die ägyptischen Raketen eingesetzt werden könnten, und angesichts der Sühneversuche der Bundesrepublik gegenüber dem jüdischen Volk, ist ein solcher Schritt sehr in Erwägung zu ziehen.

Für die deutsche Bundesrepublik, die sich im Laufe ihres Bestehens bemüht, die Blutschuld vergessen zu machen, die die früheren Machthaber auf den deutschen Namen gehäuft haben, ist neben der machtpolitischen Seite auch die moralische von gewaltiger Bedeutung. Mag der israelische Geheimdienst in der Schweiz unrechtmäßig vorgegangen sein — die Bundesrepublik darf ihre Ohren nicht vor den Warnungsrufen der israelischen Politiker verschließen, daß es wiederum Deutsche sind — diesmal in Ägypten —, die am Werk sind, Waffen denjenigen zur Verfügung zu stellen, die das jüdische Volk vernichten wollen. Der ägyptische Diktator proklamiert diese seine Absicht ohne Unterlaß. Das ist der Bundesrepublik wohlbekannt. Es ist daher eine dringende Aufgabe der verantwortlichen Männer in Deutschland, alles zu tun, um dem Rüstungswettlauf im Mittleren Osten ein Ende zu setzen und zu versuchen, die Waffenexperten mit moralischen, politischen oder andern Druckmitteln aus Ägypten zurückzuholen.

Manfred Forster

Das Sozialpaket (I)

Ein bedenklicher Stilwandel

In der Welt unserer menschenverschleißenden Industriegesellschaft sollte man sich nicht zuletzt die Sozialpolitik eines Landes ansehen, wenn man wissen will, wes Geistes Kinder dort die Regierung und die sie stützenden Kräfte sind, und in welche Richtung — im ganzen gesehen — deren Politik weist. Mit den neuen Gesetzesvorlagen zum sogenannten „Sozialpaket" hat die Regierung der Bundesrepublik nun der westdeutschen Öffentlichkeit einen selten so aktuellen Anlaß geboten, solcherart im eigenen Hause die Probe aufs Exempel zu machen. Bundesarbeitsminister Blank hat es sich bemerkenswert angelegen sein lassen, als ‚geschlossenes Paket' vor dem Bundestag aufzutischen, was sich dem Inhalt nach, ohne diese ministerielle Verpackung und Verschnürung, als eine Anzahl von drei in sich verschiedenen, getrennten Gesetzentwürfen des Kabinetts darbietet: Das

Lohnfortzahlungsgesetz, das Bundeskindergeldgesetz und, last but not least, das Krankenversicherungs-Neuregelungsgesetz. Sie stehen im Mittelpunkt einer allgemeinen Diskussion, zu der im Januar die Debatte im Bundestag in erster Lesung der Regierungsvorlagen nicht nur Auftakt, sondern auch weiteren Stoff geliefert hat. Dabei ist es nicht uninteressant zu beobachten, daß die Auseinandersetzung um die aufgeworfenen Fragen um so heftiger zwar, aber in dieser Ungeschminktheit auch um so deutlicher ausfällt, je weiter entfernt vom wohltemperierenden Einfluß des Hohen Hauses in Bonn der Streit entbrennt und je mehr sie — bewußt oder unbewußt — über technische Details hinweg zum grundsätzlichen sozialpolitischen Kern der Sache vordringt. Dies läßt immerhin auf weitverbreitete und teilweise tiefsitzende Zweifel, Bedenken, Ablehnung schließen. Als Kontrastprogramm dazu klingt jener Optimismus der Regierungsparteien, der sich in dem CDU-Wort zu den geplanten Gesetzen äußerte: „Ein wichtiger Schritt auf dem Wege zum sozialen Rechtsstaat."

I

Ein altes, berechtigtes Anliegen der Arbeiter soll nach den Worten Theodor Blanks mit dem ersten der drei Gesetze, dem Gesetz über die Fortzahlung des Arbeitsentgelts im Krankheitsfalle (genannt „Lohnfortzahlungsgesetz") verwirklicht werden: die rechtliche Gleichstellung des Arbeiters mit dem Angestellten. Sie soll nach Auffassung der Bundesregierung dadurch erzielt werden, daß die Arbeiter — ebenso wie nach derzeitigem Recht die Angestellten — gegen den Arbeitgeber den unabdingbaren Anspruch auf Fortzahlung des vollen Lohnes für die Zeit einer unverschuldeten Arbeitsunfähigkeit bis zur Dauer von sechs Wochen haben.

Es sei hier dahingestellt, ob es dem Nadelfacharbeiter Meyer oder dem Kranführer Schulze ernstlich etwas gibt, wenn die Regierung ihm bei dieser Gelegenheit durch ihren Arbeits- und Sozialminister versichern läßt, daß in der vorgeschlagenen sozialpolitischen Neuerung ihre „Anerkennung für die Leistung der Arbeiter und das große Vertrauen, das ihnen entgegengebracht wird, zum Ausdruck kommen" soll und daß man in Bonn „die großen Verdienste der Arbeiter um den Wiederaufbau unserer Wirtschaft" nicht nur dankbar, sondern auch „sichtbar anerkennen" will. Freilich ist der Arbeiter, wie jedermann, durchaus nicht unempfindlich gegen aufrichtig gemeinte Worte der Anerkennung, zumal wenn sie „von ganz oben" kommen. In allererster Linie aber zählt für ihn, wer wollte es ihm verübeln, was er am Ende in der Lohntüte hat. Und eben darin würde der Arbeiter auch im Falle der gesetzlichen Lohnfortzahlung zukünftig nicht eine Mark mehr finden. Tatsache ist nämlich, daß dem erkrankten Arbeiter auch heute schon ungeschmälert 100 % seines Netto-Arbeitseinkommens innerhalb der ersten sechs Wochen seines Arbeitsausfalls sicher sind, und zwar in Gestalt von Krankengeld plus Arbeitgeberzuschuß. Demgegenüber würde ihm zukünftig der volle Betrag seines Arbeitsentgelts in kranken Tagen nicht mehr am gewohnten Tresen seiner Krankenkasse, sondern alsdann im Lohnbüro seines Betriebes ausgezahlt werden. Es dürfte wohl mehr als fraglich sein, ob es den Lohnempfängern etwas ausmacht, wer am Zahltag ihre Lohntüten füllt; Hauptsache, „die Kohlen stimmen".

Die „Mäzene" des sozialen Fortschritts

Direkt angesprochen von dieser finanziellen Seite des Gesetzentwurfes ist hingegen die Arbeitgeberseite, denn an ihr ist es künftig, den Lohn an ihre Arbeitnehmer im Krankheitsfalle sechs Wochen weiterzuzahlen. Ein Kostenausgleich in Höhe von 75 % der für die Lohnfortzahlung aufgewandten Beträge soll dem

Arbeitgeber hierfür rückerstattet werden, so daß ihm noch 25 % dieser Leistung aus eigenen Mitteln zu tragen bleiben. Es ist vorgesehen, bei den Krankenversicherungen eine Solidar-Kasse zu errichten, deren Fonds aus laufenden Solidarbeiträgen der Arbeitgeber von vier bis fünf Prozent der monatlichen Lohnsumme gebildet wird und aus welcher die Rückerstattungsquote als Kostenausgleich an die Arbeitgeber zurückfließt.

Es war nicht übertrieben, wenn Blank in diesem Kostenzusammenhang von einem „heiklen Kapitel" sprach. Freilich beschränkte er sich lediglich darauf, demonstrativ die auf zusätzlich etwa 1,4 Milliarden DM errechnete effektive Nettobelastung der westdeutschen Gesamtwirtschaft aus der Lohnfortzahlung herauszustellen. Die ministerielle Reverenz vor der „Opferbereitschaft" der Wirtschaft im Interesse sozialpolitischer Neuerungen ist deutlich. Ob allerdings dieses Gesetzesprojekt jemals bis zum Regierungsentwurf gediehen wäre, wenn nicht die Autorität der großunternehmerischen Oberschicht der Wirtschaft dazu ihr Placet im voraus erteilt hätte, ist kaum mehr eine Frage. Denn der Geist der „Gemeinschaft zur Förderung des sozialen Ausgleichs", die in einer ständigen und kostspieligen Inseraten-Kampagne im Zeichen der „Waage" (aus Arbeitgeber-Brieftasche finanziert) alles andere als das Lied der Gewerkschaften singt, wird sich gewiß nicht ohne guten Grund in sozialpolitische Unkosten stürzen. Für nichts mehr als das Butterbrot eines Lobes von der Regierungsbank herab würde man sich in den Kreisen der Großwirtschaft sicher nicht so mir-nichts-dir-nichts zum Mäzen sozialpolitischer Errungenschaften machen lassen.

Mittelstand zahlt drauf

Wenn dagegen in der Tat auf seiten des Arbeitgeberflügels jemand Anlaß hat, das Kapitel der Lohnfortzahlung als äußerst „heikel" zu empfinden, dann ist es die Gruppe der mittelständischen Wirtschaft mit ihren zumeist lohnintensiven und höchst bescheiden kapitalgepolsterten Betrieben. „Daß das finanzielle Risiko einer vollen betrieblichen Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle desto größer ist, je kleiner der Betrieb", gab beispielsweise der Vorsitzende des Ausschusses für Arbeitsrecht und Arbeitsgesetzgebung bei der Bundesvereinigung der Fachverbände des Deutschen Handwerks, Walter Bachmann, in dieser Frage nachdrücklich zu bedenken. Aufgrund statistischer Erkenntnisse sprach er die Warnung aus: „Liegt die Beschäftigtenzahl eines Betriebes sogar unter zehn, wird dieses Risiko existenzgefährdend und schwebt wie eine ständige Bedrohung über dem Betrieb und jeder Selbständigmachung eines Jungmeisters, jungen Unternehmers und Kaufmanns". Bachmann stellte in diesem Zusammenhang durchaus zu Recht die peinliche Frage nach der Verantwortung der Regierung für die — in Wahlzeiten immer wieder proklamierte — „Förderung des Mittelstandes". Solche Zusagen müssen den Chefs der etwa 830 000 gewerblichen Betriebe in der Bundesrepublik unwillkürlich hohl in den Ohren klingen, wenn sie heute mit diesem neuen Gesetz neue und existenzbedrohende Belastungen herankommen sehen. Solange aber die Interessenvertreter des Mittelstandes mit so kurzsichtigen Argumenten wie „überspitzte Sozialpolitik" oder „sozialromantische Pläne" das Lohnfortzahlungsgesetz attackieren, kämpfen sie — ebenso vernunftswidrig wie aussichtslos — mit verkehrter Frontstellung. Denn der Feind ihrer berechtigten Interessen steht in dieser Frage nicht „links" (wo man regelmäßig die Verfechter des sozialpolitischen Fortschritts einzuordnen pflegt). Wenn die besorgten mittelständischen Kritiker der Lohnfortzahlung ein wenig besser beraten wären, müßten sie ihre Pappenheimer längst kennen: jene anonymen Repräsentanten der akkumulierten ökonomischen Macht, die es offenbar für richtiger gefunden haben, diesem Gesetz keinen Stein in den Weg zu legen.

Kontrolle statt Vertrauen

Allen Grund zur Verstimmung dagegen hat nicht allein die Großzahl der mittelständischen Unternehmer, die sich unmittelbar finanziell, wenn nicht sogar existenziell bedroht sehen. Selbst für die Gruppe der Lohnempfänger ist das Gesetz nur ein Danaer-Geschenk. Denn die arbeitsrechtliche Anpassung des Arbeiters an den Angestellten in der vorgesehenen Form ist in Wahrheit nur Fassade. Von der Lohnseite her bringt sie ihm, wie schon festgestellt, nichts ein. Im Krankheitsfalle wird aber der Putz der gesellschaftlichen Gleichstellung leicht abblättern. Die Krankenkasse ist über die Lohnkostenausgleichskasse an der Lohnfortzahlung neben dem Arbeitgeber direkt beteiligt und bleibt somit auch weiterhin, wenn auch vielleicht nicht so vordergründig sichtbar, ein Kontrollorgan im Hintergrund. Aufgrund der Verpflichtung zur Fortzahlung des Lohnes wird sich vor allem aber der Arbeitgeber selbst berechtigt sehen, „für sein Geld" eine möglichst weitreichende Kontrolle gegenüber dem erkrankten Arbeiter ausüben zu können. Der im KVNG eingebaute „vertrauensärztliche Dienst" wird ihm hierzu, wie sich noch zeigen wird, recht fragwürdige Möglichkeiten in die Hand geben. Vor allem in Großbetrieben, wo an Stelle des persönlichen Kontakts zwischen Chef und Arbeiter das abstrakte Vertragsverhältnis zwischen Manager und Belegschaft tritt, könnte diese Entwicklung Anlaß zu neuen Verschärfungen zwischen den Tarifpartnern geben. Der Arbeiter in seiner sozialen Abhängigkeit würde dabei zweifellos am schlechtesten fahren.

II

Dem Bundeskindergeldgesetz scheint unter den drei Gesetzesvorlagen des unpopulären Sozialpakets die Rolle eines sozialpolitischen „Renommier-Schulzen" zuzukommen. Das bisher übliche System der Finanzierung und Verwaltung des Kindergeldwesens durch einen in Wirtschaftszweige berufsständisch aufgegliederten Apparat von Familienausgleichskassen soll nun fallen. Diese Aufgaben sind vielmehr in Zukunft ausschließlich den Dienststellen der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zugedacht. Organisationstechnisch wie personell würde die Bundesanstalt mit dem dichtmaschigen Netz ihrer örtlichen Arbeitsämter und ihrem straffen zentralen Verwaltungsaufbau fraglos besser ausgerüstet sein, um die wachsende Aufgabenfülle auf dem Gebiet des Kindergeldes, insbesondere Antragsbearbeitung und Auszahlung der Gelder, reibungslos zu bewältigen.

Ferner soll im gleichen Zuge die Aufbringung der Mittel neu geregelt und vereinfacht werden. Während das Kindergeld bisher teils aus den Arbeitgeberbeiträgen zu den Familienausgleichskassen (für das dritte und vierte Kind), teils aus dem Bundeshaushalt (für das zweite Kind) finanziert wurde, will der Bund ab 1. Juli 1963 die gesamte Kindergeld-Finanzierung ausschließlich aus Steuermitteln bestreiten. Das bringt der Wirtschaft durch die Aufhebung ihrer bisherigen Beitragspflicht eine finanzielle Entlastung von einer Milliarde DM ein. Diese materielle Attraktion mag in Arbeitgeberkreisen manche Unternehmer mit dem Mehraufwand infolge des Lohnfortzahlungsgesetzes wieder versöhnen. Darum also das „Paket"! Es ist schon etwas Wahres daran, wenn man in der diesbezüglichen Bundestagsdebatte davon sprach, das Kindergeldgesetz sei „wohl mehr aus politischen Gründen in das Paket geraten".

Die Abkehr von der sinnentstellenden Überbetonung des berufsständisch Trennenden im Kindergeld, die dem Aufbau der bisherigen Familienausgleichskassen noch anhaftet, die Zentralisierung des Organisatorischen in der Hand einer Bundesinstitution, sowie die Übernahme der Gesamtfinanzierung ausschließlich durch den Bundeshaushalt, — das sind ohne Zweifel Verbesserungen; die technischen

Bedingungen wären also gegeben, einen durchgreifenden sozialen Fortschritt auf diesem Sektor einzuleiten.

Trotzdem hält das Gesetz jedoch in einem wesentlichen Grundsatz immer noch an einem alten Zopf fest. Der Kindergeldanspruch für die Zweitkinder ist auch weiterhin durch die Existenz einer Einkommensgrenze beschränkt. Die Kindergeldzahlung wird also im Prinzip den Arme-Leute-Geruch der Einkommens- und Bedürftigkeitsprüfung nicht los. Auch die vorgesehene Verlagerung der Einkommensgrenze von 7200 DM auf 8400 DM jährlich ändert nichts daran; außerdem gilt diese „Grenzverschiebung" nur für Familien mit drei und mehr Kindern.

Ausschließlich auf die kinderreiche Familie ist auch die Erhöhung des Kindergeldbetrages begrenzt. Der bisherige Satz von monatlich 40,— DM soll auf 50,— DM angehoben werden, was nun wahrhaftig keine Sensation bedeutet. Es wäre kein unbilliges Verlangen, das gesetzliche Kindergeld — und zwar ohne Ausnahme — den inzwischen drastisch gesteigerten Lebenshaltungskosten anzugleichen. Das ist mit einem Zehn-Mark-Schein nur für Kinderreiche nicht getan. Der Schein des ersten Eindrucks trügt leider. Familienpolitisch ist im ganzen gesehen nichts gewonnen. Die enttäuschten Erwartungen der Familie werden kein gutes Zeugnis für dieses neue Bundeskindergeldgesetz ablegen.

Bundesarbeitsminister Blank hat in diesem Zusammenhang hervorgehoben, daß die Mehraufwendungen für die Kindergeldzahlung 329 Millionen DM jährlich ausmachen und damit den Gesamtbetrag von 1,8 Milliarden DM im Jahr zu Lasten des Bundeshaushalts erreichen. Die Regierung vertritt daher den Standpunkt, „in Anbetracht der ... allen bekannten Haushaltslage des Bundes ... mit ihren Vorschlägen das Optimale auf diesem Gebiet getan zu haben". Dieser verblümte Appell an den Familienvater, sozialpolitisch „Maß zu halten" steht einer Regierung jedoch schlecht an, die sich im gleichen Augenblick einen neuen Rüstungsetatbetrag bewilligen läßt, der allein um weit mehr als das Zehnfache diese sozialpolitischen Aufwendungen übersteigt. Da bemüht sich Bonn einerseits mit dem ganzen Aufgebot seiner außenpolitischen Einflußmittel um das Zustandekommen einer NATO-Atommacht, die innerhalb der nächsten zehn Jahre runde 20 Milliarden DM kosten würde, und schreckt durchaus nicht vor der Aussicht auf den anfallenden gewaltigen Kostenanteil zurück. In der jüngsten Analyse des Bundeshaushaltes für das Jahr 1963 kommt das Institut „Finanzen und Steuern" zu dem Schluß, daß die Bundeswehr in ihrer Ausgabenwirtschaft aus dem vollen lebe. Diese Tatsache ist zwar nicht neu, aber offensichtlich hat sie die Ausgabenpolitik der Bundesregierung noch nicht zu beeindrucken vermocht. Wenn schon gespart werden muß —, so läßt sich das Kindergeldgesetz nur verstehen —, dann erst einmal beim kleinen Mann, bei der Familie. Und jede „ersparte" Mark für den Moloch Rüstungs- und Machtpolitik. Wenn so der „Stilwandel in der Sozialpolitik" aussieht, den Blank anvisierte, dann bleibt nur übrig, aus der Karte der „Sozialen Marktwirtschaft" das „Soziale" still zu streichen.

Bedauerlicherweise hat es sich die parlamentarische Opposition bislang versagt, in ihrer Gesetzeskritik an diesen neuralgischen Punkt zu rühren. Hier verbirgt sich doch die wahre Ursache dafür, daß der Bundeshaushalt für vordringlich soziale Anliegen am Ende nichts übrig hat. Eine große Gelegenheit zu wirklich schöpferischer Kritik scheint die Oppositionspartei wieder einmal verpassen zu wollen.

(Wird fortgesetzt)

Kurt R. Grossmann, New York

Ein Mensch allein

Zum 25. Todestag von Carl von Ossietzky

Das nachfolgende Manuskript basiert auf dem beim Kindler Verlag, München, erschienenen Buch des Verfassers: „Ossietzky — Ein deutscher Patriot", das mit dem Albert-Schweitzer-Buchpreis ausgezeichnet wurde. D. Red.

Carl von Ossietzky wurde am 3. Oktober 1889 in Hamburg geboren. In diesem weltaufgeschlossenen Stadtstaat machte Carl seine ersten politischen Gehversuche. Seine Eltern führten das Leben frommer Katholiken, seine Großeltern waren einst aus Polen gekommen. Die Ossietzkys entstammten einem adligen Geschlecht des Fürstentums Oppeln. Als ihr Stammsitz gilt der Ort Ossiecko im Kreise Rosenberg. Nach den Urkunden kann man die Ossietzkys bis zu Clemens Ossitzky im Jahre 1478 zurückverfolgen. Zehn Jahre später (1488) wird ein Clemens Ossietzky noch als Hauptmann von Oppeln erwähnt.

Ossietzkys frühester Lebenslauf ist kaum erregend. Er verläßt die Mittelschule mit der Sekundareife, denn der Familie fehlen die Mittel, um ihn das Abiturium machen zu lassen. Er hatte seinen Vater mit elf Jahren verloren, und die Mutter heiratete nach einiger Zeit den Bildhauer Gustav Walther, der in den ersten Jahren nach der Eheschließung Carl nahestand und ihm als überzeugter Sozialdemokrat Verständnis für das politische Leben im damaligen Deutschland zu vermitteln suchte.

Einmal nahm er den jungen Ossietzky zu einer Massenversammlung der „Roten" mit, auf der der Volkskönig August Bebel sprach, der nach Hamburg gekommen war, weil man dort gegen die Arbeiter eine Wahlreform zugunsten der herrschenden Klasse geschaffen hatte. Zu Carls großer Verwunderung machte Bebel jedoch nicht den Bürgerlichen Vorwürfe, sondern seinen Wählern und Parteimitgliedern. „Man hat Euch das Wahlrecht verschlechtert", klagte er sie an, „aber Ihr müßt das wieder in Ordnung bringen!" Aus dieser Selbstkritik lernte Ossietzky.

Die Zabern-Affäre im Jahre 1913 brachte Ossietzky in Harnisch. Er schrieb einen Artikel gegen die Militärgewaltigen und wurde wegen Beleidigung des in Straßburg kommandierenden Generals, Berthold von Deimling, zu acht Tagen Gefängnis verurteilt, die er aber nie abzusitzen brauchte, da er bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges unter eine Amnestie fiel. Ossi, wie ihn seine Freunde nannten, wurde in einem Infanterieregiment ein „Grabenschwein" — und seine Kameraden, obwohl oft nicht seiner Meinung, achteten und schätzten ihn.

Ich begegnete Carl von Ossietzky das erste Mal im Spätherbst 1920, als er der Spiritus rector der alljährlich am ersten Augustsonntag stattfindenden Niewieder-Krieg-Kundgebungen im Berliner Lustgarten war.

Damals war Ossietzky schon zwei Jahre in Berlin. Der Friedensgesellschafts-Quidde hatte ihn aus Hamburg, wo er sich bemüht hatte, die Friedensgesellschaft neu zu beleben und sein eigenes kleines Blatt herauszugeben, nach Berlin geholt. Die Quidde-Ossietzky-Ehe dauerte allerdings nicht lange — und Ossietzky ging zur „Berliner Volkszeitung", wo sich unter Otto Nuschke und dem organisatorisch begabten Rixdorfer Karl Vetter eine republikanische Avantgarde zusammengefunden hatte. Hier konnte Ossietzky als außenpolitischer Redakteur wirken — und seine brillanten Analysen ließen die Kollegen rechts und links aufhorchen. Ein Talent war nach Berlin gekommen — und bald wußte man, daß dieser Ossietzky auch ein opferbereiter Kämpfer war, ein Großer, ein Wahrheits-

künder, ein deutscher Patriot, wie ich Ossietzky in meinem Buche genannt habe.

Als Carl von Ossietzky in den ersten zwanziger Jahren in Berlin an dem politischen Geschehen teilnahm, war die junge Weimarer Republik bereits in Schwierigkeiten: Das Ebert-Groener-Bündnis, in der Nacht vom 9. zum 10. November 1918 geschlossen, hatte die Armee in das politische Geschehen als d e n Machtfaktor zurückgebracht. Die Dolchstoßlegende begann den „Systemstaat" zu plagen. Die Inflation fraß wie ein Dinosaurus die Substanz weg und begann an den Wurzeln zu nagen. Militärische Einheiten, die mit der Entwicklung unzufrieden waren, formierten sich als eigene militärische Verbände, und im Jahre 1920, von Döberitz kommend, versuchten sie, der Republik den Garaus zu machen. Die Reichswehr bildete sich immer mehr zum Staat im Staate heraus. Sie wollte „unpolitisch" bleiben, aber ihre Offiziere meinten, daß der Weimarer Staat und die Reichswehr zwei ganz verschiedene Dinge seien.

Mit seinen Freunden versuchte Ossietzky, der in der „Berliner Volkszeitung" seine außenpolitischen Artikel schrieb und Nie-wieder-Krieg-Kundgebungen oder solche für die Märzgefallenen im Friedrichshain organisierte, den Fanfarenruf für eine republikanische Sammlung ertönen zu lassen. So kam es Ende 1923, als der Weimarer Staat in allen seinen Fugen schwankte, zur Gründung der Republikanischen Partei, ein Unternehmen von Amateuren in der Politik. Dieses Abenteuer endete bei den Maiwahlen des Jahres 1924 mit einem Fiasko von ganzen 45 000 Stimmen.

Alle, die in der „Berliner Volkszeitung" im Hinterzimmer von Lachmann-Mosse zusammenstanden, waren nicht nur ohne Stellung, sondern auch ohne politische Heimat. Sie fanden alle neue Stellungen. Ossietzky ging zum grünen „Tagebuch", das in den zwanziger Jahren von zwei begabten Journalisten, Leopold Schwarzschild und Stefan Grossmann, herausgegeben wurde. Hier erschienen seine Analysen und Betrachtungen. Ein Artikel, den er nicht gezeichnet hatte, hieß „Das boykottierte Vaterland", und Ossietzkys Gedanken haben auch heute noch ihre Gültigkeit, wenn er Wortpatriotismus dem Tatpatriotismus gegenüberstellt:

> „Wir haben uns den Begriff Vaterland mit dickflüssigem Schwatz umkleistern lassen. Nichts schwingt in uns mehr mit, wenn einer das Land unserer Geburt feiert. Männerchöre gröhlen, Studenten trampeln, Frauenvereine kreischen, aber es zittert kein Herz mehr, wenn einer D e u t s c h l a n d sagt. Das Vaterland gehört zum Bereich des Mundwerks, ist untrennbar verbunden mit Eichenlaub und Schwertern und schlechtem Öldruck.
>
> Deutschland? Was ist das? Zu wem spricht das? Wer liebt überhaupt Deutschland? Die von rechts sagen, dieses Deutschland ist gedemütigt, beschmutzt, ehrlos geworden, müsse in Blutströmen gesund gebadet werden. Sie verachten das geschlagene, friedenssuchende Deutschland!
>
> Aber niemals ist das Vaterland liebenswerter als in den Tagen der Not. Vielleicht erhält in solchen Zeiten das Wort erst recht seinen Sinn. Und seid ehrlich, wer von Euch hat in diesen Jahren Deutschland geliebt?"

Und Ossietzky, der mit seinem ganzen Sinnen und Trachten in Deutschland wurzelt, hämmert weiter:

> „Vaterlandsliebe ist kein deutsches Gewächs. Vielleicht gedeiht sie im unruhigen Albanien, vielleicht im Sand der maurischen Wüste, wo braune Männer mit europäischen Eindringlingen um jeden Fußbreit der traurigen Erde kämpfen. Wir sind wohl zu ‚national', um zu wissen, was Vaterland ist."

Und darauf anspielend, daß die Republik „uns die Nationalhymne wieder beschert" hat, schließt er:

> „Wenn es schon nicht ohne Nationalhymne geht, da sind noch immer die Verse des Düsseldorfer Juden- und Preußenfressers und Napoleonschwärmers Heinrich Heine: Denk ich an Deutschland in der Nacht, so bin ich um den Schlaf gebracht ...

Vertont das aber nicht für Blech und Kalbfell, sondern für eine wehmütig gestimmte Geige. Und das wollen wir, wenn wir an Deutschland denken, leise vor uns hinsummen wie ein Wiegenlied für ein krankes Kind."

Der Carl von Ossietzky, den wir am besten kennen, ist aber der Mitarbeiter und Leiter der „Weltbühne". Im Jahre 1905 trat „Die Schaubühne" von Siegfried Jacobsohn ins Leben, als eine von zahlreichen Theaterzeitschriften der damaligen Zeit, die nach den Jahren anfing, sich mit Politik zu beschäftigen und um die Mitte des Jahres 1918 durch Umbenennung des Blattes in „Die Weltbühne" dieser Wandlung gerecht wurde.

Seit dem 1. April 1926 gehörte Ossietzky zum festen Mitarbeiterstab der „Weltbühne". Nach dem plötzlichen Tod Jacobsohns am 3. Dezember 1926 führte er die Redaktion des Blattes zunächst für Kurt Tucholsky, der nach kurzem Aufenthalt in Berlin nach dem Tode seines Freundes Jacobsohn auf eine sechsmonatige Reise gegangen war; aber am 1. Mai 1927 übernahm Ossietzky auf Bitten von Frau Edith Jacobsohn die Leitung des Blattes. Es trug nunmehr auf seiner Titelseite die Anmerkung: Begründet von Siegfried Jacobsohn — Unter Mitarbeit von Kurt Tucholsky — Geleitet von Carl von Ossietzky.

Ossietzky hielt den Kurs der „Weltbühne" strikt bei. In drei Prozessen erschien er als verantwortlicher Redakteur für Artikel, die er nicht selbst geschrieben hatte, aber für die er einstand, zweimal vor den schwarzen und einmal vor den roten Roben. Alle drei Prozesse betrafen Fragen von Rüstungen und Soldaten. Ossietzky wußte sehr wohl, daß die Freiheit nicht etwas ist, was man geschenkt bekommt. Er hatte seinen Weg gewählt und ging ihn konsequent weiter. Wer Ossietzkys Artikel heute liest, wird finden, daß er selbst sich nur in Ausnahmefällen die Herren vom Reichswehrministerium vornahm, aber er gab seinen Mitarbeitern immer Gelegenheit dazu, wenn er es im Interesse der Sache für notwendig hielt. Das deutsche Pressegesetz macht einen Mann, der einen bestimmten Artikel nicht geschrieben hat, als Redakteur dafür auch im strafrechtlichen Sinn voll mitverantwortlich. Ossietzky hat dieser schwierigen Situation nie auszuweichen gesucht.

Dabei hatte er seine profunden Bedenken gegen die Beeinträchtigung der Pressefreiheit. In einem Aufsatz „Das Ende der Pressefreiheit" schrieb er u. a.:

„Die Wirkung der Zensur ist nicht in den erreichten Konfiskationen oder gerichtlichen Bestrafungen zu suchen, überhaupt nicht in der Quantität. Diese Zensur errichtet Warnungszeichen, sie will zunächst abschrecken. Die Konsequenz für die Presse ist, daß ihr ein Thema nach dem andern entgleitet. Sie wagt nicht mehr, an bestimmte Dinge zu rühren, das Risiko wäre zu groß. Ein verhängnisvoller Vorgang, denn alles vollzieht sich unsichtbar. Die Dynamik der Zeitung ist die gleiche geblieben, die Substanz aber schwindet ...

So sinkt die Freiheit der Presse langsam in sich zusammen, nicht nur weil das im Gesetz der kapitalistischen Entwicklung liegt ... sondern weil der immer mehr diktatorische Formen annehmende Staat in jeder fundierten gegnerischen Meinung ein Kardinalverbrechen sieht. Der Effekt bleibt nicht aus. Das Exempel hat gewirkt. Wer hat danach noch Lust, sich die Finger zu verbrennen? Das Reichswehrministerium hat, was es wollte, durchgesetzt. Es ist seitdem vor lästigen Fragen sicher ..."

In der „Weltbühne" vom 22. März 1927 erschien ein Artikel seines ständigen Militärkritikers Berthold Jacob, der die wirklichen Verantwortlichen und Schuldigen für die von Mitgliedern der Schwarzen Reichswehr begangenen Fememorde anprangerte. Einer der Anstifter von Fememorden, Oberleutnant Paul Schulz, war zum Tode verurteilt worden. Jacob schrieb in seinem Artikel, daß Schulz „Anspruch auf den ordentlichen Richter hat, aber der soll nicht außer Acht lassen, daß der Oberleutnant nur erteilte Befehle ausgeführt hat und daß man neben ihn auf die Anklagebank mindestens den Hauptmann Keiner und den Obersten von Bock, aber wahrscheinlich auch den Obersten von Schleicher und

den General von Seeckt setzen müßte." Das Reichswehrministerium erstattete gegen Jacob und Ossietzky Strafantrag, und unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Crohne fand am 16. Dezember 1927 die Prozeßverhandlung statt. Obwohl der Staatsanwalt wegen formaler Beleidigung nur Geldstrafen beantragt hatte, wußte Crohne, was er seinen Herren in der Bendlerstraße schuldig war, und verurteilte Ossietzky zu 1 Monat, Jacob zu 2 Monaten Gefängnis.

Uneingeschüchtert schreibt Ossietzky am 27. Dezember 1927 über den Prozeß in der „Weltbühne":

„Der Staatsanwalt, ein höflicher und zurückhaltender Herr, hatte nur die Verhängung finanzieller Sanktionen beantragt, jedoch die Charlottenburger Emminger Kammer, aus einem Landgerichtsdirektor, einem gelehrten Richter und zwei ungelehrten Volksrichtern bestehend, entschied sich für Prison. Wir sind nicht pathetisch genug veranlagt, die Hände zum Himmel zu recken, wo unveräußerlich die ewigen Rechte wohnen; wir haben Freunde und Sekundanten. Wir sind nicht wehrlos, und vor allem, wir sind illusionslos ...

Dennoch war auch dieser Gang nach Moabit lohnend, weil er uns die Bekanntschaft mit der Richterpersönlichkeit des Herrn Dr. Crohne vermittelte. Es ist hier und anderswo im Laufe der Jahre manches Bittere über die Richter geschrieben worden. Manches, was von Galle durchtränkt war und bei einem späteren Nachlesen oft karrikaturistisch verbogen schien. Es bleibt das Verdienst von Herrn Dr. Crohne, unsere gelegentlichen Zweifel an dem Richterbild der deutschen Linkspresse behoben zu haben ... Dieser Richter, dessen Tatendurst nicht Objektivität, geschweige denn Konzilianz hemmt, verfügt über eine unermüdliche Eloquenz: er redet, redet, redet. Bald autoritär und herunterputzend, bald mit der striemenden Ironie eines durch sein Amt vor ähnlichen Waffen Gesicherten; sofort nach der Eröffnung pfeift er uns, die Angeklagten, an, wie es ein Richter von Herz und Takt nicht bei ein paar verstockt leugnenden Langfingern tun würde ... Die Begründung des Urteils wirft uns „gemeine Angriffe" gegen die drei Offiziere vor, sie hält eine Geldstrafe für ungenügend, da diese keine Gewähr biete, uns von weiteren Angriffen auf die Ehre anderer abzuhalten. Hier hört das Humoristikum auf, und das Interesse der ganzen deutschen Pressegilde beginnt. Denn damit werden zwei Publizisten, die sich seit Jahren in einem politischen Kampf befinden, rund und nett als Ehrabschneider gebrandmarkt und gleich für die Zukunft verwarnt ... Jeder Publizist, der mit ganzem Herzen für eine Sache eintritt, wird mit Empörung eine Drohung auf die Zukunft ablehnen. Man mag uns verurteilen heute, aber unser Stolz wird sein, nicht „gebessert", sondern nur energischer, schärfer, dichter und zäher zu werden. Dafür sind wir Publizisten und stehen wir im Dienst der Öffentlichkeit ..."

Am 16./17 April 1928 fand in einer besseren Atmosphäre die Berufungsverhandlung statt. Das Urteil wurde in 1000 bzw. 600 Mark Geldstrafe revidiert, die aber eine Amnestie im selben Jahre aus der Welt schaffte. Den Angeklagten wurde bescheinigt, daß sie sich „um die Aufdeckung eines Krebsschadens" ernstlich bemüht hätten.

Der zweite Prozeß begann damit, daß Ossietzky am 12. März 1929 in seiner Zeitschrift den Aufsatz „Windiges aus der Luftfahrt" erscheinen ließ. Es handelte sich um eine durchgreifende, auf ausgezeichneten Informationen fußende Etatsanalyse des Reichshaushalts für das Jahr 1929/30. Der Verfasser war ein den Gewerkschaften nahestehender Mann, Walter Kreiser, der für diesen Artikel das Pseudonym Hans Jäger gewählt hatte.

Der in sechs Abschnitte gegliederte Aufsatz beanstandete die Verwendung von Haushaltsmitteln des Reichsverkehrsministeriums. In dem Abschnitt „Industriesubventionen" wurde gefragt, ob es „wirklich nötig ist, für unsern geringen Bedarf an Verkehrs- und Sportflugzeugen ein halbes Dutzend Flugzeugfabriken künstlich am Leben zu erhalten", und angedeutet, daß die Marineleitung hinter

solchen Subventionen stände. Im letzten Abschnitt des Aufsatzes, der „Abteilung M" überschrieben war, hieß es:

„Ähnliche Kapriolen wurden auch auf dem Flugplatz Johannisthal-Adlershof gemacht. Auf der Adlershofer Seite bestand als besondere Gruppe der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt eine sogenannte Abteilung M. Als beim vorjährigen Luftfahrtsetat der sozialistische Abgeordnete Krüger im Haushaltsausschuß die Regierungsvertreter um Auskunft bat, zu welchem Zweck die Abteilung M da sei, bekam er keine Antwort, denn sonst hätten die Behörden darauf aufmerksam machen müssen, daß „M" auch der Anfangsbuchstabe für Militär ist. So schwieg man lieber. Aber auch hier arbeitete Groeners findige Verneblungstaktik. Um bei einer erneuten Anfrage sagen zu können, „Eine solche Abteilung ‚M' gibt es nicht mehr, mit diesen Schweinereien haben wir aufgeräumt", wurde diese Abteilung auch aufgelöst, kam auf die Johannisthaler Seite des Flugplatzes und heißt jetzt „Erprobungsabteilung Albatros", zum Unterschied von einer Versuchsabteilung, die Albatros bereits besitzt. Diese „Erprobungsabteilung Albatros" ist zu Lande dasselbe, was an der See die „Küstenflugabteilung Albatros" darstellt. Beide Abteilungen besitzen je etwa dreißig bis vierzig Flugzeuge, manchmal auch mehr.

Aber nicht alle Flugzeuge sind immer in Deutschland ..."

Es dauerte lange, bis sich seitens des Reichsgerichts etwas rührte. Anfang August 1929 fand eine erste Vernehmung durch den Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Braune, statt; aber dann hörte man für lange Zeit nichts, und die Freunde Ossietzkys hofften, daß man mit Rücksicht auf die außenpolitische Situation Deutschlands das Verfahren im Sande verlaufen lassen würde.

Am 14. September 1930 indessen wurde die NSDAP mit 107 Reichstagsmandaten die zweitstärkste Partei. Brüning regierte mit Notverordnungen, und im Reichswehrministerium war General Groener der mächtige Mann. Für den 8. Mai 1931 war ein Termin angesetzt, dann aber wieder verschoben worden, damit ein Sachverständiger des Auswärtigen Amtes gehört werde, um den Experten des Reichswehrministeriums, „deren fast übersinnlicher Einfluß auf den Vierten Strafsenat ja hinreichend bekannt ist, eine andere amtliche Meinung" entgegenzuhalten. Ossietzky betonte in dem Aufsatz, Böses ahnend, daß das Landesverratsverfahren dadurch recht ernst geworden sei, weil der Oberreichsanwalt auch noch den Spionageparagraphen des Gesetzes vom 3. Juni 1914 in die Anklage hineingenommen habe.

Der Termin fand dann am 23. November desselben Jahres statt und dauerte nur wenige Stunden. Er endete damit, daß die Angeklagten wegen Verbrechens nach § 1 Abs. 2 des Gesetzes gegen Verrat militärischer Geheimnisse vom 3. Juni 1914 zu je 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt wurden.

Das Weltpresseecho war gewaltig, und es war die Londoner „Times" vom 24./25. November 1931, die die Stimmung im Ausland wiedergab:

„Die Mißstimmung wird verstärkt durch den Spruch von 18 Monaten Gefängnis, den das Reichsgericht in Leipzig gegen den Herausgeber einer deutschen radikalen Zeitschrift und den Autor eines Artikels über die deutsche Luftschiffahrt, den er in dieser Zeitschrift veröffentlicht hatte, fällte. Man sprach sie des Verrats militärischer Geheimnisse schuldig ..."

Am 27. November 1931 veranstaltete die Deutsche Liga für Menschenrechte eine von Tausenden von Menschen besuchte Protestkundgebung im Blüthnersaal, bei der auf Intervention Groeners weder Ossietzky noch Kreiser sprechen durfte. Ossietzky aber wandte sich in einem Artikel in der „Weltbühne" vom 1. Dezember 1931 gegen die Diffamierung als ein Spion. Die Geheimnisse, die Kreiser angeblich verraten habe, seien längst bekannt gewesen. „Den Spion möchte ich sehen, der seinen Auftraggebern eine Information zu bringen wagt, die bereits seit einem Jahr im Druck vorliegt. Er würde im Gleitflug vor der Tür landen."

Ossietzky wollte einen Ablehnungsantrag wegen Voreingenommenheit der Richter stellen, aber die Anwälte rieten ab. „So zogen wir denn aus zur Hermannsschlacht — zwei Angeklagte, vier Advokaten —. Als wir am 23. November 13.30 Uhr aus dem Gerichtssaal kamen, da wußten wir es: der Angriff der Jurisprudenz auf den Vierten Strafsenat war siegreich abgeschlagen." Dann fügt er die folgenden, für die Weimarer Republik damals charakteristischen Sätze hinzu:

> „Anderthalb Jahre Freiheitsstrafe? Es ist nicht so schlimm, denn es ist mit der Freiheit in Deutschland nicht weit her . . . Jeder Publizist, der in bewegter Zeit seinem Gewissen folgt, weiß, daß er gefährdet lebt . . . Wer, wie der Schriftsteller, an die immaterielle Kraft des in die Welt hinabgeschleuderten Wortes glaubt, der wird also nicht jammern, wenn dieses, Körper geworden, als Gummiknüppel oder Stahlmantel oder Gefängnishaft wieder auf ihn zurückprallt."

Man hatte Ossietzky nicht seinen Paß abgenommen, aber er betrachtete den Antritt seiner Strafe „einfach als eine neue Aufgabe". Flucht wäre den Gegnern gelegen gekommen, um Ossietzky mit dem Stigma des Spions zu brandmarken. Er tat ihnen nicht den Gefallen. Am 10. Mai 1932, in den Vormittagsstunden, trat er im Gefängnis Berlin-Tegel seine Strafe an, fast zur gleichen Zeit, da der General Wilhelm Groener, verraten von seinem engsten Freunde, General von Schleicher, seine politische Schlacht im Reichstag verlor.

In seinem Artikel „Rechenschaft" legte Ossietzky dar, warum er ins Gefängnis gehe. Er sprach davon, daß es für den Richtertisch völlig belanglos war, was die Anwälte und Angeklagten zu sagen hatten. Nur für einen Punkt hatte das Gericht Interesse: daß Ossietzky für ein Jahr Sekretär einer pazifistischen Vereinigung gewesen war. Daraus folgerte man eine dauernde „antimilitaristische Einstellung", und die war strafwürdig. Diese Einstellung ist Landesverrat, „ein solches Subjekt muß auch bestechlich sein, und wenn zufällig nicht — nun, Friedensfreund sein ist an sich schon Kriminalverbrechen, nicht Überzeugung".

Ossietzkys Gang in das Gefängnis gestaltete sich an jenem Maimorgen 1932 zu einer Demonstration des Geistigen gegen die Gewalt. Dreihundert von mir organisierte Schriftsteller und Journalisten kamen in das Tegeler Wäldchen, um von Ossietzky Abschied zu nehmen.

Ossietzyk Gefängnisaufenthalt wurde am 10. Juli 1932 unterbrochen, da er sich vor Gericht wegen eines Artikels von Kurt Tucholsky, in dem die Formulierung „Soldaten sind Mörder" zu einem neuen Strafantrag der Reichswehr Veranlassung gegeben hatte, verantworten mußte. Der Höhepunkt des Prozesses war Ossietzkys Schlußwort:

> „Seit 1912 habe ich den Krieg bekämpft. Ich gehörte schon vor dem Kriege einer pazifistischen Organisation an . . . Was ich im Kriege gesehen, hat meine Meinung über ihn und das Kriegshandwerk durchaus bestätigt. Den Artikel in der „Weltbühne", der ja nicht von mir stammt und wegen dessen ich ja hier angeklagt bin, vertrete ich vollständig. Ich habe niemals lieber vor Gericht gestanden, als gerade wegen dieses Artikels, der ganz meiner Auffassung entspricht . . .
>
> Wir Anhänger des Friedens haben die Pflicht, immer wieder darauf hinzuweisen, daß der Krieg nichts Heroisches bedeutet, sondern daß er nur Schrecken und Verzweiflung über die Menschheit bringt. Gerade weil wir wissen, daß die machtpolitische Situation für uns im Augenblick nicht günstig ist, gerade deshalb müssen wir eine lapidarere Sprache führen. Aber diese lapidare Sprache geht von Laotse über die Bibel und Kant durch die ganze Literatur. Alle haben den Krieg als Mord und das Soldatenhandwerk als Mörderhandwerk gekennzeichnet. Das Wort „Mörder" wird hier nicht in einem juristischen, sondern in einem sittlichen Sinne gebraucht. Seit zweitausend Jahren streitet man sich um diese Dinge herum. Es scheint sich hier um eine Frage der Quantität zu handeln. Das ist der ewige Zwiespalt zwischen Staatsmoral und dem Individuum . . ."

Das Urteil indessen war überraschend: Ossietzky wurde freigesprochen! Er

ging ins Gefängnis zurück, wurde aber am 22. Dezember 1932 durch eine Amnestie befreit. Dann brach die deutsche Nacht herein. Am 28. Februar 1933 in aller Frühe wurde er in seiner Wohnung verhaftet — und sein Golgatha begann: Sonnenburg und, ein Jahr später, Esterwegen, wo er im Moor arbeiten mußte. Viele Berichte erzählen von Ossietzkys Leiden, Mißhandlungen und Demütigungen, aber der erschütterndste ist der, den der spätere Danziger Hochkommissar Carl Burckhardt in seinen Erinnerungen „Meine Danziger Mission" aufgeschrieben hat. Hier folgen einige Sätze über seinen Besuch im Konzentrationslager Esterwegen im Jahre 1935:

„Der kritische Augenblick meines Besuches trat um 3 Uhr nachmittags ein . . . Mitten auf dem großen Freiplatz zwischen den Baracken sagte ich zu dem Kommandanten, Standartenführer Loritz: ‚Jetzt wünsche ich Herrn von Ossietzky zu sehen und zeugenlos mit ihm zu sprechen, den Hamburger Pazifisten und Schriftsteller Ossietzky.'

Die Umstehenden nahmen eine fast drohende Haltung an. Loritz, hochrot, preßte hervor: ‚Wen wollen Sie sehen? Wer ist das?'

‚Sie wissen es genau.'

‚Kein Häftling dieses Namens ist hier.'

‚Doch, er ist hier, falls er noch lebt. Wir wollen keine Zeit verlieren', dann lauter, ‚falls er noch lebt, mache ich Sie persönlich verantwortlich.'

Jetzt schrie Loritz: ‚Unmöglich, ausgeschlossen, ich weigere mich.'

. . . Nun, ein einziges Mal, entschloß ich mich auch zu dem Kasernenton: ‚Was ist das für eine verdammte Schweinerei, daß hier Befehle nicht durchgehen. Sie kennen Ihren Befehl, ich sehe die Häftlinge, die ich zu sehen wünsche, und spreche mit ihnen. Sie wissen, um was es geht.'

Mehr brauchte der Unteroffizier nicht. Schon lief einer aus dem Gefolge in die hinterste Baracke. Dann standen wir schweigend, wieder schaute ich auf die Armbanduhr, drei Minuten, fünf, zehn.

Nach zehn Minuten kamen zwei SS-Leute, die einen kleinen Mann mehr schleppten und trugen als heranführten. Ein zitterndes, totenblasses Etwas, ein Wesen, das gefühllos zu sein schien, ein Auge verschwollen, die Zähne anscheinend eingeschlagen; er schleppte ein gebrochenes, schlecht ausgeheiltes Bein.

Ich ging ihm entgegen, reichte ihm die Hand, die er nicht ergriff.

‚Melden!' schrie Loritz.

Ein unartikulierter leiser Laut kam aus der Kehle des Gemarterten.

Ich zu Loritz, ‚Zurück!'

‚Herr von Ossietzky', sprach ich ihn an. ‚Ich bringe Ihnen die Grüße Ihrer Freunde, ich bin der Vertreter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, ich bin hier, um Ihnen, soweit uns dies möglich ist, zu helfen.'

Nichts. Vor mir, gerade noch lebend, stand ein Mensch, der an der äußersten Grenze des Tragbaren angelangt war.

Kein Wort der Erwiderung.

Ich trat näher. Jetzt füllte sich das noch lebende Auge mit Tränen, lispelnd unter Schluchzen sagte er:

‚Danke, sagen Sie den Freunden, ich sei am Ende, es ist bald vorüber, bald aus, das ist gut.' Und dann noch ganz leise: ‚Danke, ich habe einmal Nachrichten erhalten, meine Frau war einmal hier; ich wollte den Frieden.'

Dann kam wieder das Zittern. Ossietzky verneigte sich leicht in der Mitte des weiten, leeren Lagerplatzes und machte eine Bewegung, als wolle er militärische Stellung annehmen, um sich abzumelden. Dann ging er, das eine Bein nachschleppend, mühsam Schritt vor Schritt zu seiner Baracke zurück."

Die Welt draußen lernte von Tag zu Tag mehr von den Grauen drinnen, und

Ossietzkys Freunde versuchten das Unmögliche. Auf Vorschlag von Berthold Jacob begann im Jahre 1934 eine Kampagne, Carl von Ossietzky, dem Gefangenen, dem fast Toten, den Friedensnobelpreis zu erringen.

Eine kleine Gruppe von Flüchtlingen — Hilde Walter in Paris, Rudolf Olden in England, Willy Brandt in Oslo und der Schreiber dieser Zeilen in Prag —, führte mit wachsender Unterstützung der öffentlichen Meinung des Westens eine einzigartige Kampagne: David versuchte Goliath zu besiegen. Und das Wunder geschah, daß am 23. November 1936 fünf unabhängige Männer in Norwegen Ossietzky für das Jahr 1935 den Friedensnobelpreis zusprachen, für den mehr als tausend legitimierte Antragsteller eingetreten waren. Es war das erstemal, daß ein Märtyrer des Friedens diesen Preis erhielt, und es war die größte moralische Niederlage Hitlers, der wutschnaubend die Annahme von weiteren Nobelpreisen verbot. Die Hoffnung allerdings, daß Ossietzky die Ausreise nach Oslo zur Preisannahme gestattet würde, erfüllte sich nicht, denn er war kein freier Mann. Selbst im Berliner Krankenhaus Nordend wurde er von Gestapoagenten bewacht.

Ein korrupter Anwalt, Wannow, stahl Ossietzky den Nobelpreis. Ein berühmter Professor der Medizin, Gerhard Domagk, kam für mehrere Wochen ins Gefängnis, weil er 1938 gewillt war, den ihm zugesprochenen Nobelpreis für Medizin anzunehmen. Ossietzky siechte indessen, wie wir wissen, auf „dem Zauberberg der Armen" dahin, bis er am 4. Mai 1938 seine Augen für immer schloß. Ein Kämpfer, ein Mensch allein war dahingegangen.

Als mich die Nachricht in Prag erreichte, saß ich sinnend an meinem Schreibtisch. Was konnte man in dieser Stunde sagen? Ossietzky hatte den Mut zur nationalen Selbstkritik, den nur wenige gleich ihm in Deutschland aufgebracht hatten. Im Deutschland Bismarcks, und auch im Weimarer Deutschland, waren Macht und Geist getrennt. Ossietzky wollte in Deutschland den Geist zur Macht werden lassen. Das war der tiefere Sinn seiner Sendung.

Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim

Ursachen, Charakter und Wirkungen des Nationalsozialismus (II)*

So dürftig der theoretische Gehalt des Nationalsozialismus ist, so problematisch ist auch sein Rechtssystem. Es gehört zum Wesen jeder Diktatur, daß ihr die juristische Form nebensächlich ist. Ja, sehen wir im Recht nicht nur ein Aggregat von Zwangsbefehlen, sondern eine Ordnung von Normen, die ein Minimum an logischer Konsistenz, Allgemeinheit, Spezifikation, Konstanz und Publizität, d. h. kurz gesagt, an formaler Rationalität aufweist, so wird der Rechtscharakter typisch nationalsozialistischer Maßnahmen durchaus zweifelhaft — ohne daß wir sie an einem stets problematischen „Naturrecht" zu messen brauchen. Als Beispiel diene dabei jener Terror gegen Juden oder Insassen der KZs, gegen Geiseln oder angeblich unheilbar Kranke, der nie publik gemacht worden ist und der zugleich auch gegen andere Normen des nationalsozialistischen Staates verstieß,

* Fortsetzung und Schluß aus Heft 4/63

die nach außen hin in Kraft geblieben waren. Die Grenze zwischen rechtlich normiertem Verhalten und politischen Willkürmaßnahmen verschwamm mehr und mehr. Ja, man kann schließlich sogar daran zweifeln, wie weit rechtstheoretisch gesehen das Dritte Reich überhaupt noch ein Staat im überlieferten Sinne war. Definieren wir den Staat als Institution, die den l e g i t i m e n physischen Zwang für sich monopolisiert, so folgt hieraus, daß der Staat klar nach außen festlegt, welcher Zwang legitim ist und welcher illegitim. Im Dritten Reich gingen jedoch legitimer und illegitimer Zwang oft ununterscheidbar ineinander über. So wurde der Legitimitätsbegriff selbst problematisch und damit auch der an der Legitimität orientierte Staatsbegriff.

Das Staats-, Verwaltungs- und Verfassungsrecht eines politischen Gemeinwesens ist um so reichhaltiger, je weniger autoritär und diktatorisch dies Gemeinwesen ist. Im Rechts- und Verfassungsstaat bedarf es einer Vielfalt von juristischen Bestimmungen, um ein System von Verantwortlichkeiten und Kontrollen, von Gleichgewichten und Hemmungen, von „checks and balances" zu garantieren. Als „Recht" in diesem Sinne können natürlich nur Bestimmungen gelten, die nicht allein auf dem Papier stehen, sondern die die Wirklichkeit real erfassen und gestalten. Das Verfassungs- und Staatsrecht der Autokratie ist ausgesprochen arm an wirksamen und lebendigen Rechtsnormen dieser Art. Die Verfassungswirklichkeit einer Diktatur reduziert sich auf die wenigen Normen, die die Macht in den Händen des Diktators konzentrieren. Es war somit nicht nur ein grimmiger Scherz, wenn 1934 nach der Ermordung Röhms gesagt wurde, die Verfassung des Dritten Reiches enthalte nur einen einzigen Artikel: „Der Führer ernennt und erschießt seine Minister höchstpersönlich!" Ein ähnlicher Gedanke liegt der Formulierung zugrunde, nach der das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 die Magna Charta der Gestapo und der KZs gewesen ist.

Wenn sich auch die Diktatur verschiedener staatsrechtlicher Formen bedienen kann, so stellen sie alle nur leere Gehäuse dar. Das Dritte Reich war verfassungsrechtlich besonders anspruchslos und primitiv. Haben sich seine Machthaber doch nicht einmal bemüßigt gefühlt, eine papierne Scheinverfassung zu proklamieren oder auch nur die vielgeschmähte Weimarer Verfassung außer Kraft zu setzen. Hitler und die Seinen regierten einfach mit der Notverordnung vom 27. Februar 1933, der sogenannten „Brandverordnung" (so nach dem Reichstagsbrand genannt), dem bereits erwähnten Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933, das mehrfach, zuletzt 1943, auf unbestimmte Zeit verlängert wurde, dem Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches vom 1. August 1934, dem Reichstagsbeschluß vom 26. April 1942 über die totale Kriegsdiktatur und anderen ähnlichen Verordnungen und Gesetzen. Ihre Wirkung läßt sich dahin zusammenfassen, daß alle Normen und Institutionen, die den Führer und die Spitzen der Partei, der Verwaltung, der Polizei hätten verantwortlich machen oder deren Macht einschränken können, abgeschafft wurden und blieben. Die gesamte vollziehende, gesetzgebende, verfassunggebende, und damit natürlich auch letzten Endes richterliche, Gewalt wurde in der Hand der, wie es zunächst hieß, Reichsregierung, die aber bald mit dem Führer und Reichskanzler identisch war, konzentriert. Die Eliminierung des Reichstages, der nur noch als der bestbezahlte Männerchor der Welt fungierte, des Reichsrates, der Länderparlamente diente dem Ziel der Machtkonzentration, ebenso wie die Abschaffung wirklich unabhängiger Gerichte oder die Beseitigung der Grundrechte, der Parteien, der Gewerkschaften.

Ein solches System, in dem natürlich kein Platz für eine Pluralität der politischen Parteien oder gar für eine politische Opposition ist, wird in der Regel als Einparteistaat klassifiziert. In der Tat wurden schon 1933 alle Parteien mit Aus-

nahme der NSDAP verboten und verfolgt. Der nationalsozialistische Einparteistaat war aber keineswegs ein Staat, in dem die gesamte NSDAP regierte. Der einfache Pg. hatte herzlich wenig zu sagen: Er war vor allem Befehlsempfänger. Selbst der typische Gauleiter war, so unbegrenzt seine Herrschaft über die unter ihm auch war, nach oben nur Satrap, der leicht vom Führer abgesetzt werden konnte. Es regierte also letztlich der charismatische Führer, der im Wechselspiel mit seinen verschiedenen Palladinen herrschte. Er bediente sich hierzu allerdings einer ganzen Anzahl hierarchischer, zum großen Teil stark durchbürokratisierter Institutionen und Organisationen, wie etwa der Partei, des staatlichen Verwaltungsapparates, der Geheimpolizei, der SS usw.

Bei aller Bedeutung dieser Apparate ist — keineswegs zufällig — ihre institutionelle Fixierung und Koordinierung an der Spitze nie erfolgt. Das Kabinett hörte schon früh auf, als kollegiales Organ zu fungieren. Da die Minister nicht mehr zu Kabinettssitzungen zusammentraten, wurden sie zu reinen Ressortchefs. Aber auch die Reichsleiter der Partei bildeten keinen kollegial beratenden und beschließenden Führerstab. Der 1939 bei Kriegsausbruch gegründete „Ministerrat für die Verteidigung" stand nur auf dem Papier. Zur Bildung des Senats, von dem immer wieder die Rede war, ist es nie gekommen. Hitler wußte nur zu gut, daß jede Institutionalisierung Machtverlust für ihn bedeuten würde; er wollte nicht in der Furcht vor einem „Grand Consiglio del Fascimo", einem Großen Rate des Faschismus, leben, der ihn wie Mussolini womöglich doch eines Tages absetzen würde. Unter diesen Umständen wuchs allerdings die Hausmacht seiner Vasallen, die er jedoch geschickt gegeneinander auszuspielen wußte: Einmal hatte ein Göring, dann ein Goebbels, dann wieder ein Himmler das Ohr des Führers.

Besonders einflußreich waren die Kanzleien, deren Chefs eine gewichtige Rolle bei den ständigen Intrigen spielten. Dieser Kanzleien gab es vier: die persönliche Kanzlei Hitlers, die Parteikanzlei des Führers, die Kanzlei des Reichskanzlers und die Kanzlei des Staatsoberhauptes unter dem ewigen Meißner. Von besonderer Bedeutung war die Reichskanzlei unter Lammers und die Parteikanzlei unter Bormann, deren Leiter die wichtigsten Beschlüsse des Führers vorbereiteten, weiterleiteten, ja oft allein darüber entschieden, wer überhaupt Zutritt zu Hitler hatte.

Regieren also im Dritten Reich, wie in jeder Diktatur, die nationalsozialistischen Machthaber autoritär mittels eines Befehlsapparates, der alle Gewalt in sich konzentriert und von der Spitze nach unten überträgt, so zeigt sich der totalitäre Charakter des Regimes darin, daß es weit über das in der alten Autokratie übliche Maß hinaus das Ganze des menschlichen Lebens — die Gesellschaft, die Kultur, die Wirtschaft — zu erfassen und gleichzuschalten, also im Sinne der Diktatur zu „politisieren" sucht. Politik ist hier nichts als eine erzwungene Durchorganisierung der ganzen Gesellschaft von oben nach unten, Einordnung eines jeden in die eine große Armee des Führers, kurz, wie es so schön im Dritten Reich hieß, die Verwirklichung des Grundsatzes: „Ein Volk, ein Reich, ein Führer." In dem Maße, in dem alle unabhängigen Institutionen und Assoziationen, Gebilde und Gruppen zerschlagen und atomisiert werden, gehen die Menschen aller ihrer eigenständigen Organisationen verlustig. Ja, der Privatmensch selber steht auf dem Aussterbe-Etat. Anders als im altmodischen Absolutismus gönnte man ihm auch im Alltag keine Ruhe.

Der nationalsozialistische Staat ist also nicht nur Polizei- und Gefängnis-, Garnison- und Kasernenstaat nach dem Muster des alten Roms oder Spartas, der die Methoden der Polizei wie die Künste der Kriegführung in ungeahntem Maße vervollkommnet hat. In einem in der modernen Geschichte ungeahnten Ausmaß ge-

lingt es ihm im Prinzip, alle „Volksgenossen" in den zahllosen Gliederungen, angeschlossenen Verbänden, betreuten Organisationen, das heißt, in dem ganzen Geflecht nationalsozialistisch gleichgeschalteter Gruppen und Institutionen ad maiorem gloriam ducis zu organisieren. Innerhalb wie auch außerhalb dieser Organisationen ergießt sich zudem ein ununterbrochener Strom von Propaganda und Schulung über alle diese Menschen. Diese Beeinflussung ist umso erfolgreicher und wirksamer, je mehr sie mit der totalen Ausschaltung aller gegnerischen Beeinflussungsquellen zusammenfällt und, zumindest bis Stalingrad, auf äußeren „Erfolgen" basiert. Wer dieser Propaganda und Schulung offen zu widerstehen wagt, wird zum Opfer einer aufs äußerste perfektionierten Gewaltapparatur. Mögen die grauenhaften Einzelheiten des Terrors in den Gestapokellern, Konzentrationslagern und Vernichtungsstätten unbekannt bleiben — der Terror ist zumindest im Unbewußten jedem dunkel gegenwärtig. Gerade seine unfaßbare, unbestimmte Ungeheuerlichkeit schüchtert nicht nur die Gegner des Regimes oder bestimmte Gruppen, die wie die Juden bewußt als Objekte ausgesondert werden, ein, sondern auch den loyalen, guten Durchschnittsbürger.

Organisation, Propaganda und Terror reichen noch nicht aus, die aktive Verstrickung der großen Mehrheit der Bevölkerung zu erklären, die nicht nur als Objekte das Schicksal des Regimes teilt, sondern auch als Subjekte es mitträgt. Neben allen jenen, die mehr oder weniger freiwillig zu Mitschuldigen der Verbrechen und Terrorakte des Regimes werden, steht die viel größere Zahl derjenigen, die mehr oder weniger direkt von und an diesem Regime profitieren. Professor Franz L. Neumann hat mit Recht auf die sich aus dieser oft wirklich tragischen Verstrickung ergebende Angst der Beteiligten und die daraus wieder resultierende Identifizierung fast aller Schichten der Bevölkerung mit dem Regime hingewiesen. In dieser Sicht trifft Schuld nicht nur den Gestapomann, den Staatsanwalt oder den Richter, die einen Gegner oder ein Opfer für den Henker fertig machen, sondern auch den Arzt, der die Praxis eines jüdischen Kollegen übernimmt, den General, der für den Sieg eines Systems kämpft, ja, den Rüstungsarbeiter, der die Kanonen und Tanks für das Regime produziert. Dies ist der Preis, den nur allzu viele zu zahlen bereit sind, um sich Aufstieg und Ansehen oder doch ein Stückchen privater Sicherheit und Freiheit zu erkaufen und zu erhalten.

An der Identifizierung des normalen Bürgers mit dem Regime ändert nichts der Umstand, daß trotz aller Versuche totaler Gleichschaltung ein Restbestand privater Freiheit, ja ein Bruchstück „unpolitischer" Gesellschaft und Kultur bis zum Schluß erhalten bleiben. So gelingt es den staatlich privilegierten Kirchen, trotz aller Schwierigkeiten, ein gewisses Maß an Eigenständigkeit zugesichert zu erhalten. Die Armee wird nur langsam aufgeweicht, zersetzt und gleichgeschaltet. Die aristokratischen Oberschichten werden erst nach dem 20. Juli dezimiert. Die Unternehmer behalten so viel Bewegungsfreiheit und Prestige bis zum bitteren Ende, daß sich trotz allem Gerede vom „deutschen Sozialismus" die alte kapitalistische Wirtschaft nach 1945 erstaunlich rasch und gründlich wiederherstellen läßt. Vor allem aber zeigt die Familie ein beträchtliches Maß an Widerstandskraft, wobei sie allerdings auf die Befriedigung der unmittelbarsten und einfachsten Bedürfnisse beschränkt bleibt. In ihren vier Wänden bewahren selbst der einfache Mann und die einfache Frau ein Stückchen Spontaneität und Menschlichkeit. Trotz allem darf man hier noch privat sein Brot essen (wenn auch vielleicht ohne Butter), Briefmarken sammeln oder Kegel spielen, werben und freien. Im Kino (wo Filme gezeigt werden, in denen nicht mit dem Hitlergruß gegrüßt wird) kann man oft die Realität des Dritten Reiches vergessen. Daher können wir nicht nur mit Ernst Fraenkel von einem „zweifachen Staat" oder einer zweifachen

Rechtsordnung, sondern darüber hinaus auch von einer „zweifachen Kultur und Gesellschaft" sprechen.

In der Tat ist es dem nationalsozialistischen Regime, anders als etwa dem „Ozeanien" der Orwellschen Gegenutopie „1984", nie gelungen, alle Lebensbereiche hundertprozentig zu durchdringen und umzuformen, worin möglicherweise sogar, so paradox es klingen mag, nicht die Schwäche, sondern die Stärke des Systems, das vielleicht nur so erträglich bleibt, liegen mag. Die private Sphäre wird allerdings immer mehr von dem durchorganisierten und durchpolitisierten Sektor des neuen „Tausendjährigen Reiches" zurückgedrängt. Und ein Sieg dieses neuen Systems im Weltmaßstabe hätte wahrscheinlich diese „seligen Inseln" noch mehr überspült, als das bereits der Fall war.

Zunächst sieht es allerdings so aus, als ob das neue System innerhalb seiner Machtsphäre ein neues sozio-kulturelles Gleichgewicht herzustellen und das fortgesetzte Funktionieren der institutionellen und technischen Kultursegmente zu gewährleisten vermöchte. Insoweit es dem Nationalsozialismus gelingt, mit Hilfe der neugeschaffenen, mit totaler Macht über alle Bereiche der Gesellschaft und Kultur ausgestatteten politischen Institutionen und Organisationen den zivilisatorisch-technischen Bereich seiner Kontrolle zu unterwerfen, scheint das System — isoliert betrachtet — das physische Überleben des Menschen sichern zu können. Die Institutionen stören nun nicht mehr als Engpässe, zu denen sie in der Krise unserer Zeit zum Teil geworden waren, den sozio-kulturellen Prozeß — dafür werden sie aber nunmehr zu Zwangsjacken für das Individuum. Die Menschen müssen sich, soweit sie zur Elite gehören, in Raubtiere, und, soweit sie Gefolgsleute sind, in Lasttiere verwandeln. Zudem wird bald offenkundig, daß dieses System unbedingt Sündenböcke braucht, die als „Volksschädlinge" oder „Untermenschen" erbarmungslos auszurotten sind.

Zugleich beginnt das siegreiche System, alle humanistischen, liberalen und rationalen Werte gleichzeitig mit deren Vertretern auszulöschen. Humanismus und Humanität werden als Erscheinungsformen krimineller Dekadenz verhöhnt. Es werden aber nicht nur alle humanistischen Werte ausgelöscht, sogar die alten, traditionellen Werte verlieren allmählich an Bedeutung. Gehorsam und Gewalt, Aggressivität und Ungleichheit, Kampf und Krieg werden nun zu den tragenden Werten der Bewegung und des Systems. Bei aller gebotenen Skepsis gegenüber der Postulierung subjektiver Wertmaßstäbe ist hier die Überlegung schwer von der Hand zu weisen, daß die typischen nationalsozialistischen „Werte" wirklich nichts mehr mit echten Werten zu tun haben, daß wir hier in der Tat Pseudo- oder Unwerte vor uns haben. Hierfür spricht auch, daß sich das nationalsozialistische System selber nie offen und eindeutig zu seinen Maßstäben der Grausamkeit und Gewaltsamkeit, der Täuschung und des Terrors bekannt hat.

Der Verwirklichung seiner — mehr oder weniger getarnten — Zielsetzungen dienen die soeben angedeuteten Methoden der Atomisierung, der Gleichschaltung, der Propaganda und des Terrors, ebenso wie die Politik der Aufrüstung und der Aggression. Die gesteigerte Militärmacht des eigenen Landes wird dazu benutzt, die anderen Nationen durch Drohungen und Versprechungen oder, falls diese nicht fruchten, durch Angriffskriege gefügig zu machen. Der nationalsozialistische Machtstaat strebt nach der totalen Weltherrschaft, wobei er bestenfalls den anderen Völkern als Belohnung für ihre Unterwerfung unter die „Herrenrasse" ein recht bescheidenes Maß an Frieden und Sicherheit in Aussicht stellen kann. Der permanente Krieg gegen den inneren wie gegen den äußeren Feind bestimmt die Strategie und Taktik des Regimes. So gelingt es den Nationalsozialisten, nachdem sie einmal an die Macht gelangt sind, die Arbeitslosigkeit

unter Beibehaltung der Kerninstitution eines Monopolkapitalismus, der höchstens erst während des Krieges zum Staatskapitalismus tendiert, abzuschaffen. Aber auch die Arbeitsbeschaffung steht im Zeichen der Aufrüstung und der allgemeinen Kriegsvorbereitung. Im Dienste des Krieges wird die Wirtschaft schon im „Frieden" zur Kriegswirtschaft umgestaltet, ebenso wie die Kultur militarisiert und die Gesellschaft mobilisiert wird. Im totalen Krieg, in dem das System nicht zufällig seine höchste Erfüllung sieht, werden bald auch die wissenschaftlichen, technischen und industriellen Potenzen immer stärker in die Kanäle der Vernichtung und Zerstörung geleitet. Auch der Pessimist, der dem Menschen manches zutraut, darf da die Frage stellen, ob die menschliche Natur auf die Dauer eine Gesellschaft und Kultur zu ertragen vermag, die Frieden, Gerechtigkeit und Wahrheit derart negiert und dafür die Lüge, die Gewalt und den Krieg so hypostasiert.

All das würde an sich nicht ausschließen, daß ein solches System zumindest als Übergangslösung Jahrzehnte währen könnte. Selbst das erscheint jedoch fraglich. Da der Faschismus nur dort triumphiert, wo die Krise besonders tief ist und alle anderen Bewegungen versagt haben, ist es unwahrscheinlich, daß er in der ganzen Welt gleichzeitig siegt. Der Faschismus eines bestimmten Landes ist aber seinem Wesen nach supernationalistisch und imperalistisch. Zu echter Zusammenarbeit mit anderen nationalen Faschismen ist er daher kaum fähig; vielmehr wird er eher andere Nationen und Rassen abstoßen, insbesondere, wenn kein gemeinsamer Feind vorhanden ist. Die Reibungen des Dritten Reiches mit Italien und Japan verdeutlichen die Schwierigkeit einer übernationalen faschistischen Strategie. Ein geschlossenes faschistisches Weltsystem ist daher nur als Ergebnis der Eroberung der Welt durch eine einzige faschistische Übermacht denkbar. Selbst wenn diese aber — etwa zusammen mit ihren faschistischen Satelliten — wider alles Erwarten schließlich den militärischen Sieg erringen sollte, würde sie immer noch vor der selbst heute kaum lösbaren Aufgabe stehen, nach der gewaltsamen Unterwerfung von fünf Kontinenten und sieben Meeren diese ständig zu regieren. Es bleibt daher wohl nur die Orwellsche Alternative eines Nebeneinander mehrerer faschistischer Mächte, die sich in einem permanenten Kriegszustand befinden würden — ein infernalischer Zustand, der aber nicht allzu wahrscheinlich sein dürfte. Wie groß der Preis wäre, den die Menschheit sogar für eine faschistische Integration der Welt — vorausgesetzt, daß diese überhaupt möglich wäre — zu zahlen hätte, haben wir bereits angedeutet. Es ist kaum übertrieben, wenn man schließlich mit Arthur Koestler die faschistische „Lösung" als „organisierte Zerstörung" diagnostiziert.

III

Zum Schluß bleiben noch die Auswirkungen des Dritten Reiches zu bedenken. Wir können uns hier kurz fassen, da die Wirkungen der nationalsozialistischen Herrschaft eindeutig negativ sind: Von den besonderen Schöpfungen und „Errungenschaften" des Dritten Reiches hat so gut wie keine den Zusammenbruch überdauert. Man muß schon lange suchen, bevor man überhaupt irgend etwas Positives findet, das geblieben ist. Nur ganz naive Gemüter können glauben, Hitler sei die Rettung Europas vor dem Bolschewismus, die Befreiung Deutschlands von den Ketten von Versailles, die Überwindung des Föderalismus oder der Bau der Autobahnen zu verdanken. Um bei diesen anzufangen: Sie sind nicht wegen des Nationalsozialismus, sondern trotz seiner oder doch zumindest außerhalb des Systems als rein technische Leistung, wie sie jedes moderne Land bald aufzuweisen haben wird, entstanden. Sonst ist nicht einmal dort, wo wirklich der Nationalsozialismus so etwas wie eine positive Leistung aufzuweisen hatte —

etwa die Überwindung des Klerikalismus oder des Föderalismus — etwas übrig geblieben. Als Reaktion gegen das Dritte Reich haben selbst die föderalen und klerikalen Elemente der deutschen Tradition schon bald fröhliche Urständ feiern können. Über Versailles und den Bolschewismus ist kein Wort zu verlieren. Diesem hat Hitler Tür und Tor geöffnet. Hätte er sich nicht vermessen, 1942 das Hakenkreuzbanner über Stalingrad aufzupflanzen — die Fahne mit Hammer und Sichel wehte heute wohl kaum auf dem Brandenburger Tor. In der Tat, wie der Nationalsozialismus in manchem eine Reaktion auf den Kommunismus war, so hat dieser gerade unter Stalin die negativsten Züge des Nationalsozialismus kopiert bzw. im Wetteifer mit diesem seine pathologisch-terroristischen Seiten entwickelt, und erst das Verschwinden des Nationalsozialismus eröffnet heute die Chance einer Humanisierung des Kommunismus.

Und Versailles? Es gehört zur Ironie der Weltgeschichte, daß man sich heute in Deutschland nach den Grenzen von 1937, d. h. aber doch nach denen von Versailles, zurücksehnt! Ob das mehr als ein Atavismus ist, soll hier nicht erörtert werden. Es zeigt jedenfalls, wie weit Deutschland durch Hitler h i n t e r Versailles zurückgeworfen worden ist — bis zum Verlust jener nationalen Einheit, die im 19. Jahrhundert so teuer erkauft worden ist, ja zum Teil um den Preis jener Freiheiten, die anderen Völkern unabdingbar waren. Für die Vernichtung der nationalen Einheit trägt der Nationalsozialismus die Hauptverantwortung, ebenso wie für jene Destruktion Deutschlands und Europas, die die 30er und 40er Jahre zur dunkelsten Epoche moderner Geschichte gestempelt hat. Wir denken dabei nicht nur an die Zerstörung der Städte und die Dezimierung der Völker — nicht nur der Juden und Zigeuner, der Polen und Russen, der Norweger und Griechen, sondern auch der Deutschen selber. Auschwitz, Lidice und Oradour sind Begriffe, die dem Durchschnittsdeutschen vielleicht nicht allzu viel bedeuten, die aber außerhalb Deutschlands nicht so bald vergessen sein werden. Die physischen Schäden können z. T. wieder behoben werden — die moralische Barbarisierung und Brutalisierung der Menschen wirkt noch für Generationen nach. Verluste an moralischer Substanz und geistiger Potenz kann kein Statistiker berechnen. Wir können sie nur schaudernd ahnen. Diese Hypotheken werden noch lange auf der Bundesrepublik, auf Deutschland, auf Europa, ja, auf der ganzen Welt lasten, und zwar um so schwerer, als sich die Erwartung, die Erfahrung des Dritten Reiches werde im dialektischen Umschlag zu einem radikalen Bruch mit der Tradition des Polizeistaates, der Obrigkeitsgesellschaft und der Untertanenmentalität führen, als ganz illusionär erwiesen hat.

Last, but not least — es waren Hitler und der Nationalsozialismus, die den Zweiten Weltkrieg entfesselt haben. Nur ganz selten in der Weltgeschichte liegt die Verantwortung für den Ausbruch eines großen Krieges so einseitig und so eindeutig fest wie 1939. Dieser Zweite Weltkrieg, der die Probleme, die der Erste Weltkrieg hinterlassen hatte, lösen sollte, hat nur neue, größere Probleme geschaffen: die Polarisierung der Welt, das Wettrüsten, die Gefahr eines dritten Weltkrieges. Ohne das Dritte Reich wären wir vielleicht bis auf den heutigen Tag von den „Segnungen" der A- und H-Waffen verschont geblieben.

Die Bilanz ergibt also ein in der — an Zerstörung und Unmenschlichkeit wahrlich überreichen — Geschichte beispiellos nihilistisch-destruktives System. Welche Lehren wir auch immer im einzelnen aus dem fatalen Experiment des Nationalsozialismus ziehen wollen — eins sollte nun ein für allemal klar werden: d i e A n t i q u i e r t h e i t d e r G e w a l t i n d e n A u s e i n a n d e r s e t z u n g e n s o w o h l i n n e r h a l b d e r S t a a t e n u n d V ö l k e r w i e v o r a l l e m a b e r a u c h z w i s c h e n d e n N a t i o n e n, M ä c h t e n u n d I d e o l o g i e n. Der Nationalsozialismus hat die uralte Tradition der reinen Machtpolitik

weitergeführt, zur Vollendung gebracht, damit schließlich aber auch ad absurdum geführt. Ein System, das alle Werte dem der Gewaltsamkeit unterordnet, demonstriert die Sterilität, ja Tödlichkeit der Gewalt im technischen Zeitalter. Damit ist aber auch über die Innenpolitik wie über die Weltpolitik des Dritten Reiches ein Urteil gesprochen, das die Geschichte nie wieder aufheben wird.

Günter W. Smirr

Aspekte einer geistigen Machtergreifung

„Nicht zuviel und schon gar nicht sturen Antikommunismus kann man dem Nationalsozialismus vorwerfen, sondern ganz im Gegenteil das Fehlen eines solchen." — Eine bemerkenswerte Feststellung, getroffen von Nikolas Benckiser, dem politischen Redakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in einem am 19. April 1961 veröffentlichten Leitartikel. Wenn man so will, auch ein bemerkenswerter Beitrag einer führenden und dem Kabinett Adenauer damals sehr nahe stehenden deutschen Tageszeitung zum Thema „Bewältigung der Vergangenheit". Fast auf den Tag genau 16 Jahre nach dem Zusammenbruch des Hitlerreiches niedergeschrieben, umreißt dieses Teil-Resumé Hitlerscher Politik aus der Sicht der FAZ die geistige Situation der Bundesrepublik Deutschland in ihrer ganzen verhängnisvollen Konzeption und Tragweite.

Nur knappe fünf Monate zuvor — Ende November 1960 — war in Hannover der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei zu Ende gegangen, der einen neuen folgenschweren politischen Abschnitt für die westliche Hälfte der durch Hitlers Wahnsinnspolitik zerrissenen deutschen Nation einleitete. Man wird sich dieses Datum aufmerksam merken müssen, weil auf diesem Hannoverschen Parteitag nicht um die Konzentration oder die Konsolidierung einer sozialistischen Partei gerungen wurde, auch nicht um neue Wege und Methoden zur Durchsetzung einer verpflichtenden Tradition, sondern weil sich hier unter der Firmierung „Volkspartei neuen Stils" das Schauspiel eines politischen Hemdwechsels vollzog, an dessen Auswirkungen wir gerade in diesen Tagen bitter zu tragen haben.

Die neue Führungsspitze der SPD brachte es mit Hannover fertig, unserem politischen Leben eine neue Färbung zu geben, und die auf Treu und Glauben verschworene Anhänger- und Wählerschaft der SPD nahm diese Färbung willig an. Herrn Benckisers Resumé über Hitlers Versagen wurde plötzlich zum Bannerspruch einer um 180 Grad geschwenkten Partei, — Männer wie Wehner und Erler (letzterer im Mai 1952 noch ein blendender und überzeugender SPD-Anwalt gegen das für unsere gesamtdeutschen Belange verhängnisvolle Vertragswerk der Westintegration) wurden über Nacht hoffähig für die Spalten von „Christ und Welt" und „Rheinischer Merkur", — die „Bildzeitung" (welch eine Protektion) umjubelte Willi Brandt für sein Ja zur atomaren Aufrüstung und honorierte die „neue Linie" der SPD mit dem Angebot der „Bild-Traumregierung", mit einem Vizekanzlerposten für Willy Brandt und mit Carlo Schmid („Pazifismus in allen Ehren, aber wenn die Freiheit bedroht ist, muß man kämpfen — auch mit Atombomben."), Fritz Erler, Herbert Wehner, Waldemar von Knöringen und Georg

Leber in gut verteilten Rollen. Herbert Wehners forsches Neu-Bürgertum steckte die Jungsozialisten an, und sie überlegten ernsthaft, ob ihr Titel überhaupt noch zeitgemäß sei. Der Klerus wurde umschmeichelt, als gelte es, einen neuen Bundesgenossen heimzuführen, die Volksaktie erhielt ein sozialistisches Mäntelchen, die Nazi-Verfolgten, so die den Trend der SPD nicht mitmachten, kamen in den Geruch der Kommunistenhörigkeit, die übriggebliebene wirklich echte und demokratische Linke warf man in den kommunistischen Eintopf, und das Wort „linksintellektuell" wurde zu einem anrüchigen und mit dem Makel der demokratischen Unzuverlässigkeit behafteten Charakteristikum.

Es stellt sich nach all diesem Geschehen die Frage, ob die „Spiegel"-Affäre mit allen ihren bedenklichen Begleiterscheinungen nicht als erster Testfall einer durch das politische Gleichziehen der SPD ermunterten Rechten zu gelten hat. Der Test fiel erfreulicherweise nicht besonders ermutigend für die CDU aus, aber daran hat die SPD, wievohl sie im Strom der Empörung mitzog, nicht den Hauptanteil. Die ersten heftigen Reaktionen kamen aus dem Lager der „heimatlos gewordenen Linken" und aus den Reihen der FDP. Verständlich — wurde doch mit der vorläufigen Kaltstellung von Augstein und seinem „Spiegel" nicht so sehr gegen den Geheimnisverrat als vielmehr gegen eine wichtige publizistische Stimme vorgegangen, die dem Neutralitätsgedanken und dem militärischen Disengagement sehr nahestand, zwei politischen Fakten also, die man in Hannover ziemlich abrupt vom Tisch gefegt hatte.

Der „Spiegel" blieb nicht der einzige Prügelknabe einer mächtig ins Kraut geschossenen „neu-orientierten" bundesrepublikanischen Gesellschaft. Das Deutsche Fernsehen hatte mit zwei Sendungen das Wagnis unternommen, den Finger auf die bedeutsamste Wunde in unserem sich mächtig gewandelten Staat zu legen: auf die Presse im allgemeinen und auf die Presse Axel Springer's im besonderen. Einmal stellte Eugen Kogon in einer Fernsehsendung sehr frei die Frage „Wie frei ist unsere Presse?", und ein andermal zeichnete Gert von Paczensky mit nicht zu widerlegendem Material ein Bild der „Bildzeitung", wie sie wirklich ist.

War „Bild" damals die einzige westdeutsche Zeitung gewesen, die mit gehässigsten Auslassungen über den „Spiegel" herzog, so fühlte es sich diesmal am eigenen, sehr empfindsamen Nerv getroffen. Die „Linksclique" mußte wieder einmal herhalten, und es wiederholte sich das bei uns schon zur lieben Gewohnheit gewordene Schauspiel, daß man gegen Argumentationen und Beweismittel mit Demagogie zu Felde zog. Herr Springer drückte auf den Alarmknopf, und „Bild" mobilisierte seine treue Lesergemeinde — es wurde ein demonstrativer Aufmarsch. Hier einige Beispiele zur „Panorama"-Sendung: „Lieber tausend Boenisch als einmal Paczensky — Ihre Sekunden waren voller Charme und Witz." — „Was ‚Bild' für 10 Pfennig an einem Tag bietet, dazu ist das Fernsehen für 5 Mark im ganzen Monat nicht in der Lage." — „Tretet den Fernsehkaziken ruhig noch ein bißchen mehr auf den arroganten Schlips." — „Der Spitzbart muß weg." — „Das größte Brechmittel der deutschen Fernsehdiktatur heißt ‚Panorama'." — „1 : 0 für ‚Bild'. Der Spitzbart hatte gegen euren sympathischen Chefredakteur gar keine Chance."

Man könnte über diese Zuschriften, sowohl über die Zeugnisse einer geradezu widerwärtigen Eitelkeit des Herrn Boenisch wie auch über die das Maß des Anstandes bei weitem übersteigenden Angriffe gegen das „Deutsche Fernsehen" und seine Mitarbeiter mit Schweigen zur Tagesordnung übergehen, wüßte man nicht, daß Axel Springer durch „Bild" und mit „Bild" eine sehr massive Politik betreibt und acht bis zehn Millionen Leser im unheimlichen und verderblichen Griff hat.

Es sollte endlich einmal aufgeräumt werden mit der Vorstellung, in „Bild" repräsentiere sich

sentiere sich sozusagen das harmlose deutsche Standardobjekt einer freiheitlich-westlichen Massenpresse. Hinter „Bild" steht eine „Macht im Staat", und diese Macht heißt Axel Cäsar Springer. Und wenn Herr Springer der SPD mit einer „Traum-Regierung" schmeichelt, so hat das seinen sehr realen Grund. Es ist kein Buhlen, das hat Springer nicht nötig, es ist vielmehr das Verteilen guter Noten für eine innenpolitische Frontstellung, die uns heute an den Rand einer geistigen Machtergreifung durch die Konformisten geführt hat. Nach der „Spiegel"-Affäre erstem Akt ist nun die Auseinandersetzung Springer — „Deutsches Fernsehen" im Gange. Zum erbitterten Stürmer gegen die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten wurde ein Mann, dem die Beherrschung eines Drittels der westdeutschen Presse noch nicht genügt, dem vielmehr Hör- und Bildfunk seit Jahren begehrenswerte Objekte sind. Geschäft oder politische Ambitionen — oder beides? Eine Parallele drängt sich auf, sowohl was das politische Klima als auch bestimmte Figuren im politischen Spiel betrifft. Vor etwas mehr als 40 Jahren war es, als ein Mann den Direktoriumssitz im Krupp-Unternehmen verließ, um auf dem weiten Feld der Kommunikationsmittel Geschichte zu machen: Geheimrat Alfred Hugenberg. Man mag zur Republik von Weimar stehen wie man will, wenn man von ihren Totengräbern spricht, kann der Name Hugenberg nicht fehlen. Politisch weit rechts stehend und von dem unersättlichen Drang erfüllt, die Fäden der Politik vom Chef-Schreibtisch eines allumfassenden Presse-, Film- und Funkkonzerns aus in der Hand zu halten, machte er sich an die Arbeit, und er kam seinem Ziel sehr nahe. Daß er sich als anfänglicher Verbündeter Hitlers später durch denselben Hitler gestürzt sah, mag seine persönliche Tragik sein — für uns Heutige ist nur noch interessant, wohin uns diese in den Händen e i n e s Mannes geballte Presse- und Filmmacht führte. Bonn ist nicht Weimar, sagt man heute gemeinhin und quasi zur Beruhigung, und Herr Springer ist nicht Herr Hugenberg. Das stimmt beides, und es stimmt doch wieder nicht. Es ist nicht notwendig, daß sich die Parallelen faustdick aufdrängen müssen, um beunruhigend zu werden. Der herrschende Zeitgeist und einige allerdings sehr handfeste Gemeinsamkeiten sollten uns schon aufhorchen lassen. Wenn sich der „Deutsche Presserat", in dessen Gründungskommunique vom Jahre 1956 er sich selbst u. a. die grundsätzliche Aufgabe stellte, die strukturelle Entwicklung der deutschen Presse zu beobachten und freiheitsgefährdende Konzern- und Monopolbildungen abzuwehren, — wenn sich dieser „Deutsche Presserat" heute angesichts des sich ständig vergrößernden Machtzuwachses im „Springerkonzern" nicht besorgt fühlt (oder nicht mehr besorgt fühlen kann und darf?), dann ist es zumindest Pflicht der Besorgten, auf diese Entwicklung hinzuweisen. Im Hugenberg-Konzern galt folgende Richtlinie als oberstes Gesetz für die Leitung aller Unternehmen:

> „Für die Entscheidung über Beteiligung oder über Begründung oder den Ausbau der verschiedenen Unternehmen ist in erster Linie die voraussichtliche politische Wirkung maßgebend und erst in zweiter Linie das geschäftliche Ergebnis. Für die Gesamtleitung des Trusts hingegen ist die Überzeugung maßgebend, daß der Konzern ein positives geschäftliches Ergebnis zeitigen müsse, welches ihn finanziell unabhängig macht."

Im Sommer des Jahres 1961 hielt auf der Jahrestagung der deutschen Zeitungsverleger Konzernchef Axel Springer ein längeres Referat über „Presse und Fernsehen", das in seinem Aufbau als der erste große Angriff von seiten der Presse überhaupt gegen die Funk- und Fernsehanstalten bezeichnet werden kann:

> „Ich muß einmal mit Nachdruck fragen: Wo steht eigentlich geschrieben, daß wir Zeitungsverleger heute und für alle Zeiten allein auf die Rotationsmaschine angewiesen sein müssen? Ist es fair, sinnvoll und klug, die technische Weiterentwicklung der Zeitung dadurch zu behindern, daß der Staat ganz einseitig öffentlich-rechtlichen Anstalten das Recht des Sendens gibt?"

Und weiter:

> „Ich meine die bisher keinesfalls ausreichende Beschäftigung der mächtigen Sendeanstalten mit gesamtdeutschen Fragen — sowohl, was die Auseinandersetzung für den innerrepublikanischen Gebrauch mit den roten Nachfolgern der Braunen in der Zone anbelangt, als eben auch die weitestgehende Versorgung der Zonenbevölkerung mit Bild und Ton aus dem freien Teil Deutschlands. Wir wissen doch: die da drüben hungern danach. Auch im politischen Bezirk ist die Trägheit des Herzens eine Sünde, die nicht vergeben wird."

Das sind sehr reale politische Forderungen im Springer-Stil, besser gesagt im „Bildzeitungs"-Stil, denn auch darüber kann kaum ein Zweifel bestehen, daß das Springersche Fernsehprogramm eine in Ton und bewegliches Bild umgesetzte „Bildzeitung" wäre.

Was der Fernseher im vierten, fünften oder sechsten deutschen Fernsehprogramm zu erwarten hätte, ist also schon heute klar. Wie sah doch bisher die „Auseinandersetzung" Springers mit den „roten Nachfolgern der Braunen" und die Behandlung der gesamtdeutschen Fragen aus? Man hat den Eindruck, gerade hier hat Herr Springer von den Braunen am besten gelernt. Wenn eine Zeitung es bisher verstand, in emotionellem Putsch zu machen, die bösen Geister zu rufen, die man dann nicht mehr los wird, vor Millionen von Lesern politische Forderungen in einer Weise zu aktivieren, die nur um den Preis von Terror und Krieg zu erfüllen sind, dann ist dies wohl die „Bildzeitung". Man kann deshalb auch nicht mit Kurt Pritzkoleit übereinstimmen, wenn er im Hinblick auf den Springerkonzern und auf „Bild" erklärt:

> „Der Hamburger Zeitungslord läßt den steinigen Boden der Politik nur ganz nebenher, mehr aus Prestigegründen als aus wirklicher Neigung bestellen — wie es von dem glühenden Pazifisten, als der er nach dem Zusammenbruch heimkehrte, nicht anders zu erwarten ist... Er bietet Moritaten, Rührseligkeiten, Liebesgeschichten, gemeindebildende Scherzfiguren, Hochzeitskutschen und im Frühling am Jungfernstieg eigenhändig verteilte Blumensträuße. Das kommt an." [1])

Der „glühende Pazifist" — wenn er es je war — hat sich zu einem der exponiertesten Anwälte für die westdeutsche Atomrüstung entwickelt und liebäugelt neuerdings auch sehr lebhaft mit den Traditionsverbänden der „großdeutschen Wehrmacht". Ein stümperhafter Anwalt derjenige, der uns weismachen möchte, die Soldatenserien in „Kristall" entsprängen Springers glühendem Pazifismus. In Stil und Aufbau bezwecken und bewirken diese Serien etwas ganz anderes. Auch Eugen Kogon ging in einer Hinsicht an das Springer-Problem falsch heran als er in seiner Fernsehsendung „Wie frei ist unsere Presse?" u. a. sinngemäß feststellte, daß im Hinblick auf das Springersche Zeitungsarrangement unter seinen Gazetten die „Bildzeitung" die auflagenmäßig wohl größte, im übrigen aber unbedeutendste wäre. Pritzkoleit wie Kogon scheinen aus ihrer intellektuellen Sicht heraus zu übersehen, daß man auch zwischen Moritaten, Rührseligkeiten und Hochzeitskutschen handfeste Politik treiben kann, ja, daß gerade eine derart verpackte Politik — noch dazu, wenn sie mit den Mitteln der Demagogie gereicht in Millionen Haushalte einzieht — politisch umwälzender wirken kann als der ausgefeilteste Leitartikel in der „Welt" oder in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung". Wem muß man dies nach den Praktiken der Hugenberg-Presse, des „Völkischen Beobachters" und des „Stürmers" eigentlich noch sagen?!

Es geht in diesem Beitrag um Aspekte einer geistigen Machtergreifung. Die Entwicklung ist im Sinne restaurativer, nationalistischer, rechtsreaktionärer Kräfte schon weit gediehen. Die besonders seit kurzem sich häufenden Beteuerungen aus Kreisen der Regierung wie auch aus den Reihen der „oppositionellen" SPD-

[1]) Kurt Pritzkoleit, „Die neuen Herren", Seiten 538/39.

Führungsspitze, daß keine Gefahr des Rechtsradikalismus bestünde, erscheint angesichts der Tatsachen grotesk. Sie sind nur aus dem Umstand erklärlich, daß sich mit dem verwerflichen Kurswechsel der SPD insgesamt in der Bundesrepublik eine Verschiebung der Begriffe von links und rechts vollzog. Wo die Sozialisten als Kommunisten zu gelten haben und die zur Mitte, zu einer nebulosen Mitte, geschwenkten Sozialdemokraten immer noch das Prädikat links für sich in Anspruch nehmen, da hat sich natürlich auch der Standort der Rechten, beziehungsweise die Begriffsbestimmung dessen, was als rechts oder rechtsradikal zu gelten hat, verändert. Zusammengefaßt: Es fand ein allgemeiner Ruck nach rechts statt, wobei in demselben Maße, in dem die echte und demokratische Linke auf der Strecke des Rufmords und der Verfolgungen zu bleiben droht, die radikale Rechte an demokratischer Legitimation und Salonfähigkeit gewinnt. Und das sieht sehr nach Weimar aus.

Es ist der bemerkenswerte Zustand eingetreten, daß Konzernchef Springer auf der einen Seite gute Noten an die SPD verteilen und auf der anderen Seite zugleich heftige Attacken gegen die „Linksclique" reiten kann. Und was noch bemerkenswerter ist: Die SPD nimmt diese Attacken des Herrn Springer gegen die „Linksclique" beim „Deutschen Fernsehen" nicht etwa zum Anlaß einer ebenso heftigen Verteidigung der Linken, sie begnügt sich vielmehr mit der lapidaren Feststellung, daß im Programmbeirat der Fernsehanstalten die CDU ja wesentlich vertreten sei. Der Makel der Kommunistenhörigkeit, von einer sich immer selbstsicherer gebärdenden Rechten über Literaten und Intellektuelle der Linken ausgesprochen, bleibt unwidersprochen, ja er wird von der SPD im Grunde bekräftigt.

Die Angriffe des Hamburger SPD-Innensenators Schmidt gegen die wenigen linksoppositionellen Publikationen, die wir noch in der Bundesrepublik haben, und die Verleumdungskampagne der Rechten gegen diese Blätter läuft zu einer Zeit auf vollen Touren, in der die „Deutsche Nationalzeitung und Soldatenzeitung", in ihrer Konzeption wohl die eindeutigste Rehabilitierungs-Zeitung der Bundesrepublik, unangefochten von Bonn und der SPD, mit Siegesbewußtsein — den Umständen entsprechend mit berechtigtem Siegesbewußtsein — der 100 000er-Auflage entgegenmarschiert.

Springer und Frey — was ihre publizistischen Mittel betrifft zur Zeit noch weit voneinander entfernt — stehen ideell doch auf einer gemeinsamen Plattform. Durch ihren abgrundtiefen Kommunistenhaß schimmert immer deutlicher der Haß gegen den Sozialismus als Weltanschauung, gegen die Linke allgemein hindurch.

Die „Lösung der gesamtdeutschen Probleme" streben sie in bezeichnender Übereinstimmung an: Vom sicheren Port ihrer Redaktionsräume aus spornen sie politische Heißköpfe zur Niederwalzung der Berliner Mauer durch Bulldozzer an und umkränzen Mauer-Attentäter mit Lorbeer (DSZNZ 6. Juli 1962 und DSZNZ 31. Dezember 1962), oder aber sie gehen, wie das Springer-Massenmedium „Bild", noch einen gefährlichen und unverantwortlichen Schritt weiter und bringen, als Leserbrief, scheinbar „außer Verantwortung", getarnt, einen Appell zum OAS-Terror in der DDR.

Sicher gehört es mit zu den Aspekten einer geistigen Machtergreifung durch die Rechte, daß auf diese ungeheuerliche Veröffentlichung die konforme Presse kein Wort der Empörung fand, der Deutsche Presserat keinen Anlaß zum Einschreiten sah und die Anzeige der Deutschen Volkszeitung, Düsseldorf, eine der ganz wenigen öffentlichen Reaktionen auf diese verbrecherische Publizistik, bei Abschluß dieses Manuskriptes, also volle acht Monate später, noch immer unerledigt im Aktenschrank der Hamburger Staatsanwaltschaft lag.

Hat der Rechtsradikalismus bei uns wirklich ausgespielt? Oder ist es nicht viel-

mehr so, daß hier auf schleichendem Wege die Rechte zur Macht greift und neue Maßstäbe dafür setzt, was als rechts und als radikal zu gelten hat?

Es ist das Wort von der „zweiten Emigration" im Umlauf. Diejenigen, die sich sorgenvoll damit beschäftigen, darf man wohl zu den besten und den demokratischsten Kräften zählen. Wenn diese Entwicklung aber so weit gedeihen konnte, dann sollte man dabei nicht den Beitrag der sozialdemokratischen „Opposition" vergessen. Über die jüngsten Jahre bundesrepublikanischer Geschichte ist der Titel zu setzen: „Es begann in Hannover . . ."

Aus der Wirtschaft

Phoenix-Rheinrohr und das Röhren-Embargo

Wir veröffentlichen nachstehend aus der Rede von Assessor Ernst Wolf Mommsen auf der Hauptversammlung der Phoenix-Rheinrohr AG, Vereinigte Hütten- und Röhrenwerke, vom 3. April 1963 die das Röhren-Embargo der Bundesregierung und den amerikanischen Markt betreffenden Teile. *D. Red.*

Phoenix-Rheinrohr liefert nunmehr schon seit 1956 Großrohre nach Rußland, und zwar seit dem Zeitpunkt, da diese Rohre von der NATO-Verbotsliste gestrichen sind und außerdem in den deutsch-russischen Handelsvertrag eingebaut wurden. Wir haben uns hierauf mit einem anderen deutschen Werk spezialisiert und eine ganze Reihe technischer Entwicklungen durchgeführt.

Auch im Jahre 1962 hatten wir wieder einen größeren Auftrag durchzuführen, der im November auslief.

Ab Juli verhandelten wir über die Anschlußaufträge für 1963 und konnten am 4. Oktober zu dem entsprechenden Abschluß kommen, der ab Februar bis in den Sommer abgewickelt sein sollte, mit der Option, hieran anschließend eine weitere Tonnage zu gleichen Bedingungen zu erhalten. Da wir seit einiger Zeit bereits diese Aufträge nur im Lohnveredelungsverfahren von den Russen erhalten konnten, bedurften wir hierfür einer Genehmigung, da das einzuführende russische Roheisen das Handelsvertragskontingent überstieg. Nachdem noch im September ohne jedwede Schwierigkeit diese Genehmigung für entsprechende Geschäfte erteilt worden war, wurden wir durch den plötzlich von der NATO n a c h Abschluß unserer neuen Geschäfte verkündeten NATO-Beschluß, der für diese Rohre ein Embargo empfahl, überrascht.

Meine Damen und Herren!

Ich will nun nicht noch einmal auf die ganze Debatte um diesen Beschluß und die hierauf beruhende Verordnung der Bundesregierung eingehen. Ich möchte nur so viel sagen, daß wir, und zwar alle drei beteiligten Werke — wie uns inzwischen auch von der Bundesregierung bestätigt wurde — bei unseren Vertragsabschlüssen mit den Russen nicht mit diesem Schritt der NATO rechnen konnten. Wir haben deshalb mit aller Energie um die Durchführung dieser vor der NATO-Empfehlung abgeschlossenen Verträge gerungen, um unser Gesicht als Vertragspartner zu wahren und um der Bundesrepublik den Vorwurf des Bruchs des Handelsvertrages und der auf der Basis dieses Vertrages abgeschlossenen Privatverträge zu ersparen.

Wir glaubten hierzu auch im Interesse der übrigen deutschen Industrie verpflichtet zu sein, da nach unserer Auffassung mit der Nichtdurchführung der vor dem Embargo abgeschlossenen Verträge eine allgemeine Gefährdung des deutschen Ansehens im Export verbunden sein dürfte. Wie richtig diese Meinung war, geht daraus hervor, daß nunmehr die Russen für

Geschäfte ganz anderer Art vor weiteren Verhandlungen zunächst eine Garantieleistungen verlangen, die sie gegen Schäden aus einer abermaligen Nichterfüllung von Verträgen sichert.

Meine Damen und Herren!

Die Entscheidung der Bundesregierung in der Großrohrfrage ist gefallen. Wir müssen nunmehr nach vorne sehen.

Ich glaube aber, daß dieser Fall eine grundsätzliche Frage aufgeworfen hat, die im Interesse der gesamten deutschen Exportwirtschaft eine Klärung verlangt. Wir sind uns — glaube ich — alle bewußt, daß im Verhältnis zum Ostblock Politik und Handel in Verbindung stehen. Wir sind wohl auch der Meinung, daß die Garantie unserer Sicherheit Vorzug genießt. Wenn aber im Rahmen unserer Beziehungen zum Ostblock auch ein Warenaustausch vorgesehen ist, so muß dieser eingebettet sein in eine auch für die beteiligte Wirtschaft erkennbare und damit gesicherte handelspolitische Gesamtkonzeption, innerhalb derer die beteiligte oder interessierte Wirtschaft mit dem größten Maß an Sicherheit und ohne Diskriminierung in der deutschen und ausländischen Öffentlichkeit arbeiten kann.

Wenn dies nach den jetzigen unerfreulichen Diskussionen um die Großrohre erreicht wird — und hierum haben die vom Großrohrembargo betroffenen Unternehmen die Bundesregierung dringend gebeten — so hat die unerfreuliche Debatte um die Großrohre für die deutsche Exportwirtschaft wenigstens etwas Gutes gehabt.

Unser Unternehmen und seine Mitarbeiter haben mit dem Verbot der Großrohrlieferungen leider sehr viel Ärger. Wir mußten 501-Öfen herausnehmen, können unsere große Grobblechstraße nur mit eingeschränkter Produktion fahren und müssen auch im Großrohrwerk herunterfahren.

Damit bin ich bei dem zweiten Problem unseres Unternehmens, dem von der amerikanischen Industrie eingeleiteten Antidumping-Verfahren gegen die Handelsrohrimporte.

Meine Damen und Herren!

Die USA sind der größte Absatzmarkt der internationalen Stahlrohrindustrie. Es hängt dieses mit dem hiesigen Rohrbedarf dieses Landes zusammen und der Tatsache, daß sich große Verbraucherzentren gebildet haben, die frachtungünstig zu den eigenen Werken der USA liegen. Obwohl die USA der größte Exportmarkt sind, betragen aber die Importe nur 5 bis max. 8 % des amerikanischen Stahlrohrverbrauches.

Phoenix-Rheinrohr hat nun seit Jahren den amerikanischen Markt mit für unsere Verhältnisse großen, aber stets etwa gleichbleibenden Mengen beliefert. Wir verfügen über ein eigenes Verteilernetz. Seit 1961 versuchen nun plötzlich die Japaner, uns diesen Markt streitig zu machen. Während Japan in 1960 im Monat nur rd. 2000 t Rohre nach USA lieferte, hat man diese Menge 1962 sprunghaft gesteigert, um im vierten Quartal schließlich auf 15 000 t im Monat zu kommen. Wir können verstehen, daß dieses die nationale Industrie beunruhigt. Was wir aber nicht begreifen, ist, daß man dann Antidumping-Verfahren gegen die europäische Industrie einleitet, deren Exporte sich seit dieser Zeit laufend verringern, weil sie der Preisoffensive der Japaner nicht folgen wollen. Für uns in Deutschland stellt sich dazu das besondere Problem, daß die USA bekanntlich fast das doppelte Exportvolumen n a c h Deutschland haben wie wir nach den USA. Wir können nicht glauben, daß sich dieses Verhältnis durch die Antidumping-Verfahren weiter zu unseren Ungunsten verändern soll.

Röhren-Embargo

Der durch das Röhren-Embargo der Bundesregierung verursachte Umsatzausfall der westdeutschen Stahlindustrie wird — laut Handelsblatt vom 20. März — auf 115 bis 120 Millionen DM geschätzt. „Sicher ist, daß der Wegfall der Lieferungen in die Sowjetunion den jetzt schon starken Angebotsdruck am deutschen Stahlmarkt noch weiter vergrößern wird. Diese unerwünschten Wirkungen auf die Produktions- und Beschäftigungslage der westdeutschen Stahlindustrie müssen in Kauf genommen werden, obwohl das Röhren-Embargo der Bundesrepublik den angestrebten strategischen Effekt nicht erreichen dürfte, da die Russen sich um einen Ersatz für die deutschen Rohrlieferungen bei den Röhren-Herstellern anderer europäischer Länder bemühen."

Die größte britische Wirtschaftszeitung, die „Financial Times", schrieb am 4. Mai zum Bonner Röhren-Embargo: „Der Streit, mit dem das ursprüngliche Verbot im Bundestag durchgebracht wurde, mußte wie ein

Hohn auf die parlamentarischen Institutionen wirken und damit die Unpopularität der Maßnahme verstärken. Außerdem ist der Status der sogenannten Empfehlung im NATO-Rat, der angeblich den Mitgliedsstaaten die Ausfuhr von Rohren großen Durchmessers verbot, stets umstritten gewesen. Die britische Regierung hat immer wieder betont, daß sie damit formell nicht übereinstimmte ... Sicherlich würde kein Anlaß sein, die Situation nicht auszunutzen, falls die britische Stahlindustrie gebeten werden sollte, die Röhren zu liefern, weil die deutsche Industrie daran gehindert wird. Und es ist für Großbritannien nur vernünftig, wenn es die Aufträge begrüßt sollten sie schließlich hierherkommen."

Inzwischen haben Besprechungen zwischen britischen Rohrherstellern und den sowjetischen Außenhandelsstellen über eine Lieferung an die Sowjetunion begonnen. Der japanische Außenminister Ohira erklärte Ende März, seine Regierung werde Ölrohr-Exporte in die Sowjetunion weder behindern noch zu ihnen auffordern. Anfang Mai ist auf zwei sowjetischen Schiffen eine erste Lieferung japanischer Großrohre mit 480 und 687 Tonnen in dem sowjetischen Fernosthafen Nachodka eingetroffen. Insgesamt werden 2000 Tonnen japanischer Rohre erwartet.

Osthandel

Anfang April traf der Präsident der Russisch-Britischen Handels-Vereinigung, John Meyer, in Moskau ein. Er erklärte, in Großbritannien begegne der Handel mit der Sowjetunion heute größtem Interesse. Es beständen alle Voraussetzungen für eine weitere Ausdehnung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen (Handelsblatt v. 3. 4. 63.). — Mitte April reiste ferner eine Gruppe von sechs Direktoren des großen britischen Konzerns Cope Allmanad Harper Engineering nach Moskau. (Handelsblatt v. 22. 4. 63)

Eine sowjetische Handelsdelegation, die sich seit einiger Zeit in Westeuropa aufhält und mit einem Einkaufsprogramm von 3,5 Milliarden DM ausgestattet sein soll, hielt sich Anfang April zu eingehenden Besprechungen mit englischen Wirtschaftskreisen in Großbritannien auf. Der Londoner Korrespondent des Handelsblattes berichtete, man sei in Regierungskreisen an neuen großen Abschlüssen außerordentlich interessiert. „Denn nicht nur hat Moskau sich während der letzten 30 Jahre als höchst kreditwürdig erwiesen; seit dem Brüsseler Fiasko kann England es sich auch nicht länger leisten, irgendeine Gelegenheit zu erhöhtem Absatz ins Ausland ungenutzt zu lassen." (13. 4. 63). Die Sowjetunion ist besonders an chemischen Werksausrüstungen interessiert.

Zwischen Brasilien und der Sowjetunion ist im April ein neues Handelsabkommen geschlossen worden. Es sieht eine Steigerung des Handels-Volumens zwischen beiden Ländern von etwas mehr als 70 Millionen Dollar im Jahre 1962 auf zunächst 180 Millionen Dollar, in den beiden folgenden Jahren auf 200 und 225 Millionen Dollar vor. Außerdem räumen sich beide Länder wechselseitig einen technischen Kredit von 10 Millionen Dollar ein. Brasilien wird vor allem Kaffee und andere tropische Produkte liefern, die Sowjetunion nach Brasilien in erster Linie Erdöl, Industrie-Einrichtungen und Fertigwaren exportieren. Der Anteil der Sowjetunion an der brasilianischen Erdöl- und Benzin-Einfuhr wird infolge dieses neuen Handelsvertrages erheblich steigen. Für September ist ein Besuch des brasilianischen Finanzministers in Moskau vorgesehen. (Deutsche Zeitung v. 2. 5. und Neue Zürcher Zeitung v. 3. 5. 63)

Die Europäische Wirtschaftskommission (ECE) in Genf, „das einzige Forum, auf dem das westliche und östliche Europa zusammentreffen und in wesentlichen Fragen ernsthaft zusammenarbeiten" (Süddeutsche Zeitung v. 6. 5.) hat beim Abschluß ihrer diesjährigen Jahreskonferenz u. a. eine Verbesserung des Ost-West-Handels durch Bemühungen von Regierungsexperten beider Seiten sowie eine Beteiligung der ECE an der Vorbereitung der für Anfang 1964 vorgesehenen Welt-Handels-Konferenz der UNO gefordert.

Rüstungswirtschaftliche Tendenzen in der Bundesrepublik

Der Haushaltsausschuß des Bundestages hat in seinem am 21. April veröffentlichten mündlichen Bericht über den Wehretat der Bundesrepublik eine Erhöhung des Betrages für die Beschaffung von Kampf-Motorfahrzeugen von 590 Millionen auf 890 Millionen DM vorgeschlagen. Insgesamt beträgt die Höhe des Wehretats nunmehr 18,4 Milliarden DM. Davon sind für gemeinsam zu finanzierende NATO-Programme über 200 Millionen DM vorgesehen, für die Beschaffung von Flugzeugen und Raketen-

waffen 2,17 Milliarden DM, für die Anschaffung von Schiffen 462 Millionen DM, für die Anschaffung von Munition 1,28 Milliarden DM.

Die zusätzlich vorgesehenen 300 Millionen DM für Kampffahrzeuge sollen vor allem der Produktions-Vorbereitung einer eigenen westdeutschen Panzer-Fabrikation zugute kommen. Entgegen früheren Erklärungen aus diesen Kreisen lassen deutsche Industrie-Firmen in zunehmendem Maße Interesse an einer solchen Panzer-Produktion erkennen. Man hofft, daß der neue Standard-Panzer der Bundeswehr soweit wie möglich in der Bundesrepublik selbst produziert wird. (Basler Nachrichten v. 22. 4. und Westfälische Rundschau v. 23. 4.)

Zu den Interessenten gehört u. a. der bekannte Großindustrielle Harald Quandt, der, laut Basler Nachrichten v. 18. 4., in Hamburg auf dem Gelände der früheren Schlieker-Werft unter Ausnutzung der dort bestehenden Produktionsanlagen mit beträchtlichen Neuinvestitionen eine Panzer-Produktion aufzubauen plant. Der sozialdemokratische Hamburger Bürgermeister Nevermann erklärte, Hamburg werde der Ansiedlung von Rüstungs-Industrien zustimmen, um durch die Ansiedlung neuer Industrien von der Krisenanfälligkeit der Werften frei zu werden. (Deutsche Zeitung v. 25. 4.)

Das Beschaffungs-Volumen der Bundeswehr wird im Jahre 1963 gegenüber 1962 um 800 Millionen DM auf rund 7 Milliarden DM steigen. „Eine besondere Rolle spielen in diesem Zusammenhang Zusagen, die in der Vergangenheit gegenüber Großbritannien und den USA gemacht wurden. Die Auftragsverpflichtungen gegenüber den USA liegen bei 2,8 Milliarden DM, die gegenüber Großbritanniens bei je 485 Millionen DM für die Jahre 1962/63 und 1963/64." — Die Textil-Aufträge des Verteidigungsministeriums, die nahezu ausschließlich an deutsche Unternehmen gehen, steigen 1963 um 80 Millionen DM auf 400 Millionen DM. Für den Flugzeugbau sind für 1963 und 1964 jeweils 2 Milliarden DM reserviert. — „Der Export von Rüstungsgütern ist bisher in bescheidenem Umfang angelaufen. Im Bundesverteidigungsministerium kritisiert man in diesem Zusammenhang eine gewisse Lethargie der in Frage kommenden Firmen. Diese würden vielfach vorhandene Chancen nicht genügend nutzen oder aber der Kundenpflege nicht die Beachtung schenken, die er auch in diesem Sektor durchaus zukommt." (!) (Handelsblatt v. 5./6. 4.)

Der von der Luftwaffe angeschaffte „Star-Fighter" ist nach wie vor erheblicher Kritik der Fachleute ausgesetzt. „Der Mittag" berichtete am 4. Mai, der neue Verteidigungsminister von Hassel stehe vor der Frage, „ob er das Bauprogramm von 620 Star-Fightern um die Hälfte oder noch mehr kürzen soll. Jedes Flugzeug, das europäische NATO-Staaten in Lizenz bauen, kostet etwa 6,5 Millionen DM. Die Amerikaner hatten die Maschine als Jäger entworfen, Strauss machte daraus durch dauernde Umbauten einen Atom-Bomber, Abfangjäger und Aufklärer zugleich. Dadurch hat der Star-Figther viele seiner Flugeigenschaften verloren ... Wird das Bau-Programm gekürzt, womit zu rechnen ist ... müssen die Werke entschädigt werden, denn mit den Betrieben wurden langfristige Verträge abgeschlossen. Das bedeutet zum Fenster hinausgeworfene Milliarden."

Anfang Mai verlautete in Bonn, die festgestellten ernsthaften Materialmängel an den neuen deutschen Unterseebooten seien auf fehlerhafte Qualität des von einer österreichischen Firma gelieferten Stahls zurückzuführen. Man befürchtet einen neuen Beschaffungs-Skandal.

Die Süddeutsche Zeitung äußerte am 6./7. April ihre Besorgnis über die Expansion der Rüstungsaufwendungen der Bundesrepublik: „Auch ohne die multinationale Polarisflotte, die weitere Milliarden jährlich verschlingen würde, ist also dafür gesorgt, daß der Verteidigungsetat seinen Anteil von ungefähr ein Drittel an den gesamten Bundesausgaben zumindest halten wird. Es sieht ganz so aus, als ob man sich bald an zuständiger Stelle ernsthaft überlegen muß, wo die Grenze liegt, bis zu der die Verteidigungslasten ohne wirtschaftlichen Störungen gehen können."

Verteidigungsminister von Hassel teilte auf einem Gespräch zwischen Vertretern der Bundeswehr und der Universität in Bad Boll Anfang Mai mit, die Bundeswehr vergäbe derzeit an Universitäts-Institute Forschungsaufträge in Höhe von 700 Millionen DM im Jahr.

A. v. B.

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften

Nun bin ich kein „Kommunist" mehr ...

Ich bin also kein „Kommunist" mehr, ich bin noch nicht einmal mehr ein „Werkzeug Ulbrichts", ich bin neu katalogisiert worden: ich bin ein „unrealistischer Schwärmer", ein „armer Irrer" oder ein „politisch Instinktloser".

Warum?

Weil ich mit Menschen anderer Nationen lieber spreche als sie bekriege. Ich bin weltfern, weil ich weiß, daß ich in jedem kommenden Krieg, ob siegender oder verlierender Seite angehörend, kein Lebender bleiben werde. Ich bin ein „unrealistischer Schwärmer", weil ich mich dagegen wehre, Weltanschauungen, Wirtschaftssystemen oder Religionen zuliebe als Kugelfang zu dienen.

Leider trage ich keinen Beatnik-Rauschebart, kann nicht Gitarre spielen und trage keinen komischen Hut auf dem Kopf, weshalb ich als einer der vieltausend „formalen" Ostermarsch-Teilnehmer nicht fotogen bin.

Ich bin so hoffnungslos dumm wie etwa Erich Kästner, Robert Jungk oder der Nobelpreisträger Lord Bertrand Russell. Ich muß so einfältig sein wie zahllose Professoren, Pfarrer und Ärzte, wenn ich der Meinung bin, daß ich meine Meinung äußern muß, wenn es um Leben oder Tod geht.

Es widerspricht vielleicht dem guten Ton, mit einem Pappschild vorm Bauch über die Straßen zu ziehen. Dies mögen viele Bürger *shocking finden. Ich komme mir*, zugegebenermaßen, auch zuweilen etwas albern vor, wenn ich mich mit einer Parole drapiere. Doch wer glaubt oder zumindest behauptet, daß diese zur Schau gestellte Opposition ihren Ursprung in Komplexen hat, der irrt oder möchte irren!

Hier gingen Tausende und aber Tausende auf die Straße, da sie sich vom Parlament in einer der entscheidensten Gegenwarts- und Zukunftsfrage nicht vertreten sehen. Zehntausende von Bürgern greifen zum realistischen Mittel öffentlichen Protestes und werden von schockierten Elfenbeinturm-Bewohnern zur „Sekte" deklassiert. Diese Zehntausende von Bürgern, welche ohne konfessionelle, klassentrennende oder parteipolitische Rücksichten das Grundgesetz so ernst nehmen wie ihr Verantwortungsbewußtsein dem gegenüber, was morgen geschehen kann, wenn die Lage sich nicht entspannt, sind unbequeme Bürger. Nur unbequeme Bürger sind Staatsbürger. Staatsbürger zu sein heißt mehr, als alle vier Jahre einen Stimmzettel abzugeben. Für eine Regierung ist es bequemer, alle vier Jahre einmal das Volk zu fragen. Es ist bequem für eine Regierung, die aktivsten Bürger zu diffamieren. Diese Bequemlichkeit ist aber ein Verbrechen an der Wurzel der Demokratie.

Wirft man uns, die wir am Ostermarsch teilnahmen, politische Instinktlosigkeit vor, so antworte ich: Rüsten oder Nichtrüsten, Atombombenversuche oder keine sind keine Fragen nationalpolitischen Prestiges mehr, das sind die dringlichsten Existenzfragen der ganzen Menschheit. Weltanschauungen, welche sich mit Waffen schützen, die es nach ihrem Einsatz den Menschen unmöglich machen, diese Welt anzuschauen, sollten ihre Glaubwürdigkeit auf friedlichem Gebiete erringen! Sind die Menschen unrealistisch, welche erkennen, daß man auf diesem Globus nicht mehr in kleinnationalen Größen denken kann?

Ist es nicht an der Zeit einmal zu recherchieren, woran es liegt, daß immer mehr Menschen mit uns demonstrieren? Die Notwendigkeit einsehen, demonstrieren zu müssen?

Ist man sich dessen bewußt, daß es Millionen in unserem Lande gibt, die uns gegenüber aufgeschlossen sind, denen es nur an Zivilcourage fehlt, den Schritt auf die Straße zu wagen?

Wo ist die „Schwärmerei" zu suchen, wenn auf meinem Schild geschrieben steht: Wir fordern Entspannungszonen in Mitteleuropa? Wer behauptet, dies sei der Slogan eines Sektierers, sollte endlich den Kopf aus dem Sand ziehen!

Wenn in unserem Untertanenstaat plötzlich aus einer Ecke ein frischer Wind weht, entfacht von vielen tausend leidenschaftlichen Demonstranten, so darf man sich nicht wundern, wenn Gehorsamgewohnte dem Kind, nicht wählerisch, einen Namen geben wollen, den sie kennen. Dieser Name hieß vor kurzem noch: „Kommunist". Da dem Kind dieser Name nicht zu Gesicht stand, taufte man es um in: „unrealistischer

Schwärmer". Die, welche eine Zukunft in Frieden für unrealistisch halten, sind für die Menschheit gefährlich. Sie im Auge zu behalten, ist so wichtig wie für uns, daß jene uns nicht mehr übersehen können.

Wo Kriege für unumgänglich gehalten werden, möchte ich gern ein „armer Irrer" sein! Es ist an der Zeit, daß die diesbezüglich „Normalen" einsehen, daß ihre Majorität geschwunden ist.

Rudolf Rolfs

Kanada und die Demokratie

Die Weltöffentlichkeit hatte die Ereignisse in Kanada seit dem Sturze der Regierung Dieferbaker mit Interesse verfolgt: Kanada, ein Land, dessen politische und wirtschaftliche Beherrschung durch die Vereinigten Staaten lange als ein „fait accompli" akzeptiert worden war, hatte Anzeichen von politischer und ideeller Selbständigkeit entwickelt. Es hatte die Forderung des Pentagon, kanadische Streitkräfte mit amerikanischen Kernwaffen (die aber unter amerikanischer Kontrolle verblieben wären!) auszurüsten, abgelehnt. Diese „Atomwaffenfrage" hatte die Regierung Diefenbaker zu Fall gebracht.

Der Ausgang der Wahlen hat manchen ausländischen Beobachter enttäuscht. Man hatte gehofft, die Regierung Diefenbaker würde mit ihrer Forderung „keine Atomwaffen für Kanada" einen klaren Sieg erringen. Statt dessen gewannen die pro-amerikanischen Liberalen die meisten Parlamentssitze. „Das Pentagon hat die kanadischen Wahlen gewonnen!" erklärte ein bekannter britischer Journalist über das Londoner Fernsehnetz, als die Wahlresultate bekannt wurden.

Diese Pessimisten, die die Wahlen als nicht wieder gutzumachende Niederlage für die junge pro-kanadische Freiheitsbewegung ansehen, dürften im Irrtum sein. Um den Ausgang der kanadischen Wahlen verstehen zu können, müssen wir die Resultate untersuchen. Dies hat auch allgemeine Bedeutung, weil hier die Manipulierbarkeit jeder Demokratie sichtbar wird.

Kanada hat kein Proporzwahlsystem, sondern wählt nach dem britischen Kreiswahlsystem. Jede Partei stellt einen Kandidaten für ihren Wahlkreis auf. Der Kandidat, der die meisten Stimmen erhält, ist für den Wahlkreis gewählt. Alle anderen Stimmen sind verloren. Wenn also beispielsweise ein Wahlkreis wie St. Anne auf der Insel Montreal dem liberalen Kandidaten 12 000 Stimmen bringt, dem konservativen 11 000 und den Kandidaten der Neuen Demokraten und Sozialkreditoren 6000, beziehungsweise 7000, so gilt der liberale Kandidat mit seinen 12 000 Stimmen als gewählt, die anderen 24 000 Stimmen aber, die auf die drei Gegenparteien entfallen, sind für die Wähler total verloren.

Es war von Anfang an zu erwarten, daß die Liberalen die meisten Stimmen erringen würden. Die gesamte kanadische Presse hatte, mit geringen Ausnahmen, für die liberale Partei Stellung genommen — eine verständliche Entwicklung, wenn wir daran denken, daß über 72 % der kanadischen Industrie in amerikanischen Händen ist und daß diese Industrie die kanadische Presse mit ihren Inseraten am Leben erhält. Die Wahlkampagne der Liberalen war nicht nur indirekt, sondern in manchen Fällen sogar direkt von Washington finanziert worden.

Die wichtigste Entwicklung der Wahlen: Die Liberalen haben zwar die meisten Sitze, aber keine Parlamentsmehrheit errungen (das kanadische Parlament besteht aus 265 Sitzen, und 134 sind nötig, um eine Mehrheitsregierung bilden zu können.) Das bedeutet, daß jede Regierung, die in Ottawa amtieren wird, zunächst eine Minderheitsregierung sein wird und jederzeit vom Parlament wieder gestürzt werden kann. Das Pentagon hat also sein Hauptziel, nämlich eine feste, proamerikanische Regierung in Ottawa, welche für die absehbare Zeit von fünf Jahren amtieren kann, nicht erreicht.

Um aber die Stimmung der kanadischen Wählerschaft zu verstehen, müssen wir die Prozentzahl der für die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmen prüfen: Die Liberalen erzielten insgesamt 40,8 % der Gesamtstimmenzahl. Diefenbakers Konservative errangen 33,2 %; die Sozialdemokraten (New Democrats) erhielten 14,1 % und die Sozialkreditoren 11,9 %. Von allen Parteien waren aber nur die Liberalen für die Ausrüstung Kanadas mit Kernwaffen. Das bedeutet: Von der gesamtkanadischen Wählerschaft stimmten 58,2 % gegen Kernwaffen, 40,8 % für Atomausrüstung. Diese Ziffern sollte die Weltöffentlichkeit im Auge behalten.

Ein anderer wichtiger Punkt ist die Tatsache, daß nicht alle kanadischen Wahlkreise die gleiche Zahl von stimmberechtigten Wählern aufweist. Der größte Wahl-

kreis in Toronto zum Beispiel umfaßt mehr als 200 000 Wähler; der kleinste, im ländlichen Quebec, weniger als 3000. Mit anderen Worten, 1501 Stimmen im kleinen Wahlkreis können einen Kandidaten wählen, über 100 000 andere Stimmen im großen Wahlkreis können entrechtet sein ... Diese Ziffern können noch schroffer sein, wenn mehr als 2 Kandidaten in den Wahlbezirken kandidieren. Da jeder Wahlkreis, wie groß oder klein auch die Anzahl seiner wahlberechtigten Wähler sein mag, immer nur je einen Kandidaten ins Parlament schickt, könnte es daher theoretisch möglich sein, daß 850 000 Stimmen das Parlament Kanadas kontrollieren, während über 9 Millionen von Wählern politisch entrechtet wären. Dieses System der „ridings" ist seit vielen Jahren kaum verbessert worden, da die Großindustrie und die amerikanischen Interessen, welche letzten Endes die Geschicke Kanadas leiten, bisher an einer durchgreifenden Reform kaum interessiert waren. Dieses Wahlkreissystem hat es beispielsweise fertiggebracht, daß die neofaschistische Social Credit Party mit nur 11,9 % 24 Abgeordnete erhielt, während die Sozialdemokraten (New Democratic Party) mit 14,1 % der Stimmen nur 17 Abgeordnete aufweisen können: Die Sozialdemokraten leben eben meist in größeren Städten, welche große Wahlbezirke aufweisen, während die Neo-Faschisten meist auf dem flachen Lande in der Provinz Quebec leben, wo die Wahlbezirke weniger bevölkert sind.

Der schlimmste Verlust, den die Sache des Fortschritts erlitten hat, war zweifellos die Wahlniederlage des Außenministers Howard Green in Vancouver-Quadra. Dieser Wahlkreis liegt unmittelbar hinter der amerikanischen Grenze in Britisch-Kolumbien am Pazifischen Ozean. Die amerikanische Presse und das amerikanische Fernsehnetz hatten sich auf den Kampf gegen diesen für die amerikanischen Militärinteressen so besonders unangenehmen Staatsmann konzentriert. Wochenlang vor dem Wahltag funkte das Fernsehnetz der Stadt Seattle Propaganda gegen den Außenminister Howard Green. Selten hat die Fernsehindustrie einer ausländischen Macht in so flagranter Weise in den Wahlkampf einer benachbarten und angeblich befreundeten Nation eingegriffen. Das Resultat war erklärlich; Howard Green, ein Mann, der sich scharf gegen die Bewaffnung der kanadischen Streitkräfte mit amerikanischen Atomköpfen eingesetzt hatte, wurde besiegt — mit einer kleinen Zahl von Stimmen, die man direkt auf das Konto der amerikanischen Fernsehpropaganda buchen darf.

Am besten schnitten die Konservativen in den Agrikulturprovinzen Saskatchewan und Alberta ab. In Saskatchewan haben die Konservativen in ausnahmslos allen Wahlkreisen gesiegt. In Alberta erhielten sie gleichfalls die meisten Stimmen. Es ist von Interesse, daß es diese beiden Provinzen waren, welche sich am stärksten für fortgesetzten Handel mit Kuba und China eingesetzt hatten. Das Schlagwort „Don't trade with Cuba" war von den amerikanischen Fernsehsendern Tag und Nacht in diese Provinzen gefunkt worden. Die Antwort der Wähler: Ein durchschlagender Sieg Diefenbakers in diesen Provinzen. Grund: Die gutgehende Wirtschaft dieser beiden Provinzen basierte auf den Weizenverkäufen an China und den landwirtschaftlichen Exporten nach Kuba. „Unsere Feinde sitzen nicht in Havana, sie sitzen in Washington!" war das Schlagwort einer der bekannteren Radiopersönlichkeiten Saskatchewans.

Vor dem Jahre 1963 hatte Washington seinen Einfluß auf das kanadische Leben tatsächlich „hinter den Kulissen" ausgeübt. Viele Amerikaner, besonders solche, die südlich der „Mason-Dixon"-Linie wohnten, nahmen an den lebhaften kubanisch-kanadischen Handelsbeziehungen Anstoß. Manche amerikanischen Zeitungen kritisierten den „ungetreuen kanadischen Bundesgenossen" in Leitartikeln und Leserbriefen. Aber die amerikanischen Fernseh- und Radiosendungen waren von anti-kanadischen Äußerungen verhältnismäßig frei gewesen. Denn das offizielle Washington hielt an der Fiktion eines „gleichdenkenden und gleichfühlenden" Kanada fest.

Der Anfang der offiziellen Trübung der kanadisch-amerikanischen Beziehungen ging auf den Besuch Präsident Kennedys in Ottawa zurück. Präsident Kennedy hatte ein Geheimdokument, den sogenannten „Rostovreport", in Kanada versehentlich liegen lassen, und das Dokument war in die Hände Diefenbakers geraten. Der „Rostovreport" war eine Art Memorandum, von einem engen Mitarbeiter Präsident Kennedys, Walt Rostov, verfaßt. Dieser nur für Kennedys Augen bestimmte Geheimbericht schlug eine „harte politische Linie" gegen Kanada vor. „Kanada muß gezwungen werden, amerikanische Kernwaffen anzuneh-

men, welche aber unter amerikanischer Kontrolle verbleiben würden", besagte das Geheimdokument. „Amerikanische Heereskontingente allein müssen die Verteidigung und Bemannung der in Nordkanada befindlichen DEW- (Distant Early Warning) Line übernehmen." Und vor allem: „Gebt den Kanadiern keinesfalls irgendwelche wirtschaftlichen Konzessionen: Nach den Verlusten des amerikanischen Besitzes in Kuba können die Finanzinteressen Amerikas keine weitere Schmälerung ertragen: Die kanadische Wirtschaft muß weiter von Washington aus kontrolliert werden!"

Seit Herr von Papen seine berühmte Aktenmappe in den Vereinigten Staaten verlegt hatte, war ein solch peinlicher Verlust eines Geheimdokumentes nicht mehr vorgekommen. Beide Regierungen hielten den Zwischenfall zunächst streng geheim, und dieses Geheimnis wurde erst vom Journalisten Peter Trueman, der für die große kanadische Zeitung „Montreal Star" schrieb, gelüftet. Präsident Kennedy sandte rasch seinen so plötzlich bekannt gewordenen Mitarbeiter Walt Rostov auf eine lange Reise nach Indien. Der Inhalt des Dokuments und die weiteren Ereignisse im Zusammenhang mit dem „Rostovreport" wurden erst in der 1963er Wahlkampagne bekannt. Weder Ottawa noch Washington haben je die Wahrheit des Berichtes und des Zwischenfalles bestritten!

Zunächst war Diefenbaker wie vor den Kopf geschlagen. Als Erzkonservativer war er im Innern seines Herzens eigentlich immer proamerikanisch gewesen. Diefenbaker teilte zunächst einmal den Inhalt des Dokuments sowohl dem britischen Ministerpräsident Macmillan wie auch dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle mit. Bei de Gaulle hatte der Bericht einen erstaunlichen Erfolg: de Gaulle fühlte, daß manche der amerikanischen Dokumentarbemerkungen sich auf sein eigenes Land beziehen könnten: Er forderte nunmehr seine eigenen französischen Atomstreitkräfte. MacMillan dagegen stellte sich auf die Seite Washingtons, was ihm die Feindschaft des ursprünglich probritischen Ministerpräsidenten Diefenbaker eintrug. Die proamerikanische Haltung MacMillans im Zusammenhange mit dem „Rostovreport" hatte auch die erste Abkühlung zwischen MacMillan und de Gaulle zur Folge, welche dann in den Ereignissen von Brüssel ihren Höhepunkt fand.

Diefenbaker informierte sein Kabinett, und man entschloß sich nunmehr, sich in punkto Atomwaffen keinesfalls in das Schlepptau des Pentagon zu begeben. Diefenbaker lehnte die Lieferung der amerikanischen Kernwaffenköpfe für die Bomarcmissiles rundweg ab, obwohl dieselbe Regierung Diefenbaker ursprünglich die Kontrakte für die Lieferungen unterzeichnet hatte. Dies erklärt die Schwenkung der kanadischen Regierung in diesem Punkte; da Diefenbaker weiter am diplomatischen Protokoll festhielt und den Grund seiner plötzlichen Weigerung nicht bekanntgab, gab er seinen Kritikern damit Gelegenheit, ihn als „unentschlossen" beziehungsweise als „kontraktbrüchig" zu brandmarken. Pearson hat von Diefenbakers Anstand den besten Gebrauch gemacht — er wußte, daß ein Ministerpräsident Kanadas nie das diplomatische Protokoll brechen und die Existenz des Dokumentes eingestehen würde.

Rechtzeitig hatte das State Department mit seinem alten Freund Lester Pearson, Führer der Liberalen Partei, Fühlung genommen. Der Erfolg blieb nicht aus: Lester Pearson, Nobelfriedenspreisträger, setzte sich für die Verwendung amerikanischer Kernwaffenköpfe seitens der kanadischen Wehrmacht ein. Diese paradoxe Situation wurde in weiten Kreisen der kanadischen (und bis zu einem gewissen Punkte sogar der amerikanischen) Öffentlichkeit klar erkannt: Lester Pearson war der Mann Washingtons. John Diefenbaker war der Gegner Washingtons. Man wußte: Wird Diefenbaker wiedergewählt, kann es eine amerikanische militärische Intervention gegen Kanada geben — unter dem Vorwand, Kanada habe seine NATO-Verpflichtungen nicht erfüllt.

Der Wahlkampf des Jahres 1963 wurde vor diesem Hintergrund ausgekämpft. Es muß auch festgestellt werden, daß amerikanische Publikationen in offensichtlichster Weise in den kanadischen Wahlkampf eingegriffen haben. Das amerikanische Magazin „Newsweek" brachte einen bösartigen Artikel gegen Diefenbaker, der zwischen (angeblich befreundeten) Nationen wohl einmalig war: Schon die Titelseite brachte eine Karikatur des Ministerpräsidenten, die an witzloser Schärfe nichts zu wünschen übrig ließ. Die Artikelserie selbst war mit Äußerungen angefüllt, welche unter Privatpersonen sofort zu einer Beleidigungsklage geführt hätten. Ein anderer Artikel, etwas milder im Ton, wurde von der „Saturday Evening Post" unter der Schlagzeile „The

unknown Canadians" gebracht. Die Radiostationen Buffalos sandten 24 Stunden, Tag und Nacht, Wahlpropaganda der Liberalen Partei nach Kanada. Amerikanische Unternehmungen füllten die Wahlkassen der Liberalen Partei, und den großen Tageszeitungen Kanadas wurde klar mitgeteilt, daß im Falle einer Wiederwahl der Regierung Diefenbaker sie kaum mehr auf Inserate und Werbungsaufträge rechnen dürften. Der Erfolg blieb nicht aus: Alle großen kanadischen Tageszeitungen gingen in das Lager Pearsons über, sogar der erzkonservative „Toronto Globe-Mail".

Unter solchen Umständen ist das Wahlergebnis des 8. April 1963 eine Niederlage für das Pentagon und das Department of State. Ihr Mann, Lester Pearson, hat nur 41 % der Volksstimmen erhalten. 59 % der kanadischen Wählerschaft hat sich klipp und klar gegen die Ausrüstung der kanadischen Streitkräfte mit amerikanischen Atomwaffen und gegen Übernahme der kanadischen Wirtschaft durch ferngesteuerte ausländische Unternehmungen ausgesprochen. Doch scheint es, als ob die Minderheit von 41 % regieren und den Mehrheitswillen des kanadischen Volkes „ad absurdum" führen wird.

Peter Lust, Montreal

Buchbesprechungen

Neuerscheinungen historisch-politischer Literatur

Soziologie, Geschichte, Philosophie

Ernst Bloch, Tübinger Einleitung in die Philosophie (I). Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 205 S. brosch. 3,— DM (Edition Suhrkamp, Bd. 11).

Jean Paul, Werke. Band V: „Vorschule der Ästhetik", „Levana", „Politische Schriften". Carl Hanser Verlag, München, 1355 S., Ln. 36,— DM.

Eric Hobsbawm, Europäische Revolutionen. Kindler Verlag, München, 680 S., Ln. 34,— DM. — Eine sehr materialreiche Darstellung Europas zwischen 1789 und 1848.

Hundert Jahre deutsche Sozialdemokratie 1863—1963. Bilder und Dokumente. Herausgegeben von Prof. Dr. Georg Eckert. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Hannover, ca. 600 S. mit rund 1000 Abb. auf Kunstdruckpapier, Ln., Subskriptionspreis bis Ende Mai d. J. 48,— DM, ab 1. Juni 58,— DM.

Theodor Geiger, Demokratie ohne Dogma. Die Gesellschaft zwischen Pathos und Nüchternheit. Szczesny Verlag, München, 360 S., Ln. 19,80 DM. — Dieses gedankenreiche, sehr unkonventionelle Buch des bedeutenden, in der Emigration gestorbenen deutschen Soziologen, das hier zum ersten Mal von einem deutschen Verleger herausgebracht wird, erschien im Ausland schon vor zehn Jahren. Geiger untersucht die philosophischen Lehrsätze Ortega y Gassets, Spenglers, Heideggers und Röpkes, in denen er jene „unheilvolle Strömung" sieht, ohne die es niemals einen 30. Januar 1933 gegeben hätte.

Deutsche Friedensverträge aus vier Jahrhunderten. Vom Westfälischen Frieden bis zum Friedensvertrag der Sowjetunion im Jahre 1959. Verlag Rütten & Loening, Berlin (Ost), 152 S., brosch. 1,85 DM.

Zeitgeschichte

Rosa Luxemburg, Die russische Revolution. Eingeleitet von Ossip K. Flechtheim. Europäische Verlagsanstalt, 88 S., brosch. 5,80 DM (Sammlung res novae, Bd. 19).

Die Weimarer Republik. Herausgegeben von Walter Tormin. Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover, 306 S., Paperback 14,80 DM (Zeitgeschichte in Text und Quellen).

Albert Wucher, Die Fahne hoch. Das Ende der Republik und Hitlers Machtübernahme. Ein Dokumentarbericht. Süddeutscher Verlag, München, 256 S. mit 16 Abb., Ln. 14,80 DM.

Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932—1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen. Selbstverlag Max Domarus, Würzburg, Band I: Triumph

die VVN gehören und natürlich auch viele andere Strafverfahren gegen konsequente Kritiker der Regierungspolitik. Auch die geplante Notstandsverfassung ist ein Teil dieser Großaktionen zur Rettung der politischen Macht für jene Ewig-Gestrigen, die im Zwanzigsten Jahrhundert mit den Mitteln des vorigen Jahrhunderts glauben regieren zu können. Soweit es mich betrifft, werde ich nicht aufhören — wie das Urteil auch ausgehen mag —, die Irrtümer und Verbrechen der deutschen Vergangenheit anzuprangern, um die Menschen gegen eine nicht ganz unmögliche Wiederholung immunisieren zu helfen. Vor allem lasse ich mich nicht einschüchtern von jenen, die auf Grund ihrer in Nürnberg kommentierten Vergangenheit eher in Acht und Bann gehören als an die Spitze der Bundeswehr. Wer in Hitlers Diensten an hervorragender Stellung stand und ohne dessen Hilfe oder Helfershelferschaft „die Angriffslüste Hitlers und seiner Nazi-Kumpane akademisch und ohne Folgen geblieben" wären, sollte seinem Vaterland zuliebe alle öffentlichen Ämter zur Verfügung stellen. Wer heute etwas tut, was an die Schrecken der Vergangenheit erinnert, z. B. die Verfassung der Generalsdenkschrift zur Atomwaffenfrage oder das kennzeichnende Verhalten des Herrn Foertsch zum Fernsehstück „Stalingrad", der ist m. E. nicht wert, ein derartiges Amt in unserem Lande auszufüllen.
Das historische Urteil über die Hitler-Generale ist gesprochen, auch wenn sie durch eine die Lehren der deutschen Geschichte außer Acht lassende Politik wieder zu Amt und Würden gekommen sind. Das historische Urteil über die Regierungszeit Adenauers, in der Anti-Faschisten benachteiligt und verfolgt, die nach Wahrheit Trachtenden verleumdet, viele Hitler-Generale wieder zur Macht gekommen sind, wird auch noch gesprochen werden. Noch in diesem Jahrzehnt!

Lorenz Knorr

Bemerkungen:

Walter G r a b ist 1919 in Wien geboren, wo er auch sein Studium begann. Angesichts der nationalsozialistischen Machtübernahme in Österreich wanderte er nach Palästina aus, wo er zunächst in kaufmännischen Stellungen tätig war. Seit 1957 studierte er am Historischen Institut der Universität Tel Aviv, an dem er 1961 Assistent wurde. Gegenwärtig bereitet er sich an der Universität Hamburg auf seine Promotion vor, um nach seiner Rückkehr nach Israel eine Dozentur für Geschichte der frühen Neuzeit in Tel Aviv zu übernehmen.